



# INTEGRATIONS- POLITIK FÜR DIE **MEHRHEITS- GESELLSCHAFT**

***Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten  
für junge und alte Menschen  
im Ruhrgebiet***

**Brost**  
Stiftung

**BA PP**  
BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK

## **IMPRESSUM**

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonn, März 2019

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,  
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: [bapp@uni-bonn.de](mailto:bapp@uni-bonn.de)

[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)

Facebook: [www.facebook.com/bapp.bonn](http://www.facebook.com/bapp.bonn)

Twitter: [www.twitter.com/BonnerAkademie](http://www.twitter.com/BonnerAkademie)

### **Redaktion**

Dr. Stefan Brüggemann (V.i.S.d.P.)

Sandra Butz

Taner Ekici

Lucas Scheel

### **Layout und Satz**

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

### **Recht**

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

# INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE **MEHRHEITSGESELLSCHAFT**

*Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten  
für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet*

# INHALT

- **GRUSSWORT VON DR. BORIS BERGER** SEITE **07**
- **VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH** SEITE **08**
- **EINLEITUNG**  
INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT.  
EIN PRAXISORIENTIERTES FORSCHUNGSPROJEKT SEITE **10**
- TEILHABE IN EINER GESELLSCHAFT DES WANDELS:  
CHANCEN FÜR NRW UND DAS RUHRGEBIET  
**DR. JOACHIM STAMP** SEITE **14**
  
- I. PRAXIS – AKTEURE VOR ORT. PROBLEMLAGEN, HERAUSFORDERUNGEN  
UND ERRUNGENSCHAFTEN.**
- ABGEHÄNGT VON DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT?  
ANALYSE DER LEITFADENGESTÜTZTEN EXPERTENINTERVIEWS  
**LUCAS SCHEEL, M.A.** SEITE **19**
- REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE, VERTRAUEN, AKZEPTANZ  
UND DIE INTEGRATION DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT.  
URSACHEN – MASSNAHMEN – ZUSAMMENHÄNGE  
**PROF. DR. VOLKER KRONENBERG** SEITE **34**
- DIE VOLKSPARTEIEN HABEN DAS VOLK VERGESSEN  
ENTFREMUNG ZWISCHEN BÜRGERN UND POLITIK  
IM RUHRGEBIET  
**PROF. MANFRED GÜLLNER** SEITE **42**

## II. POPULISMUS, DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT

- MITTE UNTER DRUCK? HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR DEMOKRATIE, BÜRGER UND PARTEIEN  
**PROF. DR. KARL-RUDOLF KORTE** SEITE **55**
  
- WIE PARTEIEN DEN BÜRGER IN ZEITEN SOZIALER UND MIGRATIONSPOLITISCHER SPALTUNG WIEDER ERREICHEN KÖNNEN  
**PROF. DR. ELMAR WIESENDAHL** SEITE **62**
  
- POPULISMUS, INTEGRATION UND POLITISCHE BILDUNG  
**DR. SIMON T. FRANZMANN** SEITE **77**

## III. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN

- 27. MÄRZ 2018: WAS DIE MENSCHEN „WIRKLICH“ DENKEN – DEMOKRATIE IN ZEITEN DES POPULISMUS SEITE **86**
  
- 25. JUNI 2018: RECHTE VOR GERICHT – EINE BILANZ DES NSU PROZESSES SEITE **88**
  
- 19. NOVEMBER 2018: TOWNHALL MIT OBERBÜRGERMEISTER THOMAS KUFEN SEITE **90**
  
- 29. NOVEMBER 2018: WAS IST HEIMAT? ZUR POLITISCHEN WIRKUNGSMACHT EINER FAST VERGESSENEN KATEGORIE SEITE **92**
  
- 07. DEZEMBER 2018: WORKSHOP: INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT – AKZEPTANZ, PARTIZIPATION UND BILDUNG SEITE **94**
  
- 22. MÄRZ 2019: WER HÄLT DAS LAND ZUSAMMEN? REPRÄSENTATION UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN SEITE **96**



# GRUSSWORT VON DR. BORIS BERGER



**Dr. Boris Berger**  
*Vorsitzender des Vereins für Forschung  
und Lehre Praktischer Politik*

Die Gewinner und Verlierer der letzten Bundes- und Landtagswahlen sind schnell identifiziert: Die sogenannten Volksparteien haben kontinuierlich an Stimmanteilen verloren, während neben der FDP und den Grünen vor allem die Alternative für Deutschland (AfD) als die großen Gewinner aus den Wahlen hervorgegangen sind. Neben dem flächendeckenden Erfolg der populistischen Herausforderer ist jedoch besonders besorgniserregend, wie viele Menschen sich dagegen entschieden haben, überhaupt an den Wahlen teilzunehmen. Auf kommunaler Ebene gingen in den letzten Jahren über 50 Prozent der Menschen nicht wählen, auf Bundesebene waren es rund 25 Prozent. Doch was sind die genauen Gründe für diese wachsende Politikverdrossenheit? Ein Blick auf aktuelle Debatten offenbart, dass bei vielen Deutschen eine Entfremdung von der Politik, den Medien und so genannten ‚etablierten Parteien‘ herrscht. Auch aktuelle Umfragen stützen das fehlende Vertrauen der Menschen in die Politik und seine Akteure. Immer mehr Menschen fühlen sich ‚abgehängt‘, politisch ausgeschlossen und nicht repräsentiert und stellen dies vermehrt – auch medial für alle wahrnehmbar – zur Schau. Egal ob in Dresden, in Berlin oder im Internet – die Menge der Unzufriedenen scheint stetig zu wachsen.

Auch im Ruhrgebiet, einst Wirtschaftsmotor Deutschlands, lässt sich eine solche Desintegration großer Teile der sogenannten Mehrheitsgesellschaft beobachten. Nirgendwo anders in Westdeutschland konnten Rechtspopulisten bei den vergangenen Bundestagswahlen mehr Stimmanteile gewinnen als in den großen Ruhrgebietsmetropolen. Der Wandel von Bergbau und Montanindustrie hin zu Wissenschaft und Hochtechnologie hatte nicht nur wirtschaftliche Folgen für ‚die Kumpel‘, sondern auch weitreichende Konsequenzen für deren Identität. Hinzu kommt, dass die große Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund, die das Ruhrgebiet ihr zu Hause nennen, von vielen Bewohnern zunehmend kritisch betrachtet wird. So vermischen sich ökonomische Abstiegsängste mit Sorgen um einen Identitätsverlust zu einer Furcht vor jeglichen weiteren Veränderungen und all jenen, die diese Veränderungen zu verantworten haben.

Auf politischer Seite hat man diese Problematik lange Zeit unterschätzt und betrachtet die aktuelle Entwicklung nun mit Sorge. Die Parteien wechseln zwischen Annäherung und Abwertung der Betroffenen als ‚Ewiggestrige‘, ohne bislang eine versöhnliche und nachhaltige Lösung gefunden präsentieren zu können. So manifestiert sich das Fortbestehen des Misstrauens in der gerade im Ruhrgebiet sinkenden Wählerschaft der Volksparteien, die einst auf nahezu uneingeschränkte Loyalität ihrer Wähler hoffen konnten.

Genau diesem Spannungsfeld widmet sich die Bonner Akademie in Kooperation mit der Brost-Stiftung mit dem Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“. Innerhalb des dreijährigen Projekts sollen zunächst die Gründe für die zunehmende Unzufriedenheit und wachsende Entfremdung großer Teile der Gesellschaft herausgearbeitet werden. Der besondere Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Begleitung ausgewählter Projekte, anhand derer konkrete Ansätze und Bildungsangebote zur Re-Integration der ‚Abgehängten‘ verbessert, weiterentwickelt und entworfen werden. Damit leistet das Projekt nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Analyse der kritischen Faktoren, sondern auch zur Entwicklung konkreter Ansätze, die für eine effektive Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft notwendig sind.

Die vorliegende Publikation präsentiert eine erste Bestandsaufnahme der Verhältnisse im Ruhrgebiet und beleuchtet die allgemeine Problematik der wachsenden Politik- und Parteienverdrossenheit aus unterschiedlichen Perspektiven. Neben der im Rahmen des Projektes bereits gewonnenen Erkenntnisse freue ich mich deshalb ganz besonders, dass neben unserem Schirmherrn, dem nordrhein-westfälischen Integrationsminister Dr. Joachim Stamp, renommierte Wissenschaftler und Experten Beiträge zu dieser Publikation geleistet haben. Ihre weitreichende Expertise bereichert das Projekt in großem Maße.

**Dr. Boris Berger**

*Vorsitzender des Vereins für Forschung und Lehre  
Praktischer Politik*

# VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH



**Prof. Bodo Hombach**  
Präsident der  
Bonner Akademie

## „INTEGRATION“ IST EIN SCHLÜSSELWORT UNSERER NERVÖSEN ZEIT.

Schon immer gab es Epochen großer Unruhe. Unerwartete Veränderungen konnten sich durch Tempo, Vielfalt und Komplexität zu einem verdüsterten Weltgefühl bündeln und je nach Spannkraft der Gesellschaft Ver lust- und Abstiegsängste erzeugen.

- **Technische Innovationen** überfallen mit der Wucht einer Naturgewalt die vertrauten Verhältnisse. Nach einer anarchischen und emphatischen Phase werden negative Folgen sichtbar. Die nötige Anpassung des Regelwerks hinkt hinterher.
- **Emanzipationsschübe zerrütten Milieus** und verschieben die Koordinaten des früheren Wertekanons. Sie erlauben, erfordern aber auch, neue und individuelle Inszenierungen der persönlichen Lebensgestaltung.
- **Globalisierung beflügelt den Welthandel.** Sie erzeugt Gewinner und Verlierer. Offene Grenzen erhöhen Mobilität.
- **Menschen setzen sich in Bewegung,** auf der Flucht vor kriegerischen Ereignissen, oder weil ihr angestammtes Siedlungsgebiet sie nicht mehr ernähren kann. Die Einheimischen stehen plötzlich vor ungeahnten Herausforderungen.

Große Bevölkerungsdichte in Ballungsräumen, demografische Verschiebungen und politische Bewegungen

können Integrationsprobleme zuspitzen oder abfedern. Die humanen und universellen Grundsätze der Verfassung werden unvermittelt beim Wort genommen und strapaziert. Man soll zusammenrücken, was die Verletzungsgefahr für die persönliche „Hoheitszone“ steigert. Kulturelle Unterschiede erschweren ein kollisionsfreies Zusammenleben. Populistische Bewegungen nutzen die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse, um einfache „Lösungen“ anzubieten, Schuldige zu etikettieren und das bestehende System der offenen Gesellschaft zu attackieren. Dabei nutzen Sie Freiheiten und Spielräume, die die freie Gesellschaft bietet. Das Ergebnis: Eine zunehmend gespaltene und sich selbst entfremdete Gesellschaft, die ihre Kräfte vergeudet, anstatt sie konstruktiv zu nutzen. Da ist Integration das Gebot der Stunde. Sie ist vor allem Sache der Zivilgesellschaft. Sie geschieht im Alltag der Leute, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Schule, in Gemeinde, im Verein und beim Schwatz an der Marktplatzecke. Sie braucht Zeit und Geduld. Sie braucht auf allen Seiten die Bereitschaft, sich selbst im Gegenüber zu erkennen. Integration ist nicht Preisgabe eigener Identität. Sie ist nie „Einbahnstraße“. Anpassungsbereitschaft Zuziehender darf erwartet werden. Dabei geht es um Argumente und Diskurs, aber auch um non-verbale Kommunikation (Gesten, Mimik, Körperhaltung). Politik und Behörden können verlautbaren oder verordnen. Sie können jedoch nur einen Rahmen abstecken und ein günstiges Klima fördern. Sie können Initiativen der Bürgerebene

wahrnehmen, formal absichern und verstetigen. Dazu braucht es klare Ansagen und Orientierungshilfen. Dazu braucht es auch wissenschaftliche Begleitung, die den Entscheidungsträgern realitätsnahe Kriterien und Fakten anbietet.

Die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP), gefördert durch die Brost-Stiftung, Essen – wenn sie sich um drängende Probleme des Ruhrgebietes kümmert – greift neue und dringliche Themen mit ihren Mitteln und Werkzeugen auf. Systematische Erkundungen, Veranstaltungen und Publikationen leisten einen Beitrag, die Probleme zu erkennen, sie zu gewichten und sie mit praxisnahen Vorschlägen auszustatten.

Die vorliegende Publikation ist Auftakt für das Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen am Beispiel des Ruhrgebiets“. Es ist auf drei Jahre ausgelegt und wird die Gründe für die wachsende Unzufriedenheit und Entfremdung breiter Gesellschaftsschichten von etablierten politischen und gesellschaftlichen Institutionen untersuchen. Im Ruhrgebiet sind die Abstiegsängste besonders virulent. Der Strukturwandel und ein hoher Anteil muslimischer Migranten schüren Furcht vor weiteren Veränderungen. Das Projekt begnügt sich nicht mit bloßer Diagnose. Es entwickelt – empirisch fundiert – konkrete Ansätze zur Re-Integration der „abgehängten“ Bevölkerungsgruppen in das politische und gesellschaftliche Leben. Das geschieht durch Bildungsangebote speziell für junge und alte Menschen. Schirmherr ist dankenswerterweise der sehr interessierte und hoch engagiertere Herr Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW. ■

„POPULISTISCHE  
BEWEGUNGEN NUTZEN  
DIE UNÜBERSICHTLICHKEIT  
DER VERHÄLTNISSE,  
UM EINFACHE „LÖSUNGEN“  
ANZUBIETEN, SCHULDIGE  
ZU ETIKETTIEREN UND  
DAS BESTEHENDE SYSTEM  
DER OFFENEN GESELLSCHAFT  
ZU ATTACKIEREN.“

# INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT

## ***Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet***

*Ein Forschungsprojekt der Bonner Akademie in Kooperation mit der Brost-Stiftung unter der Schirmherrschaft von Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration.*

„Egal, ob ich wählen gehe oder nicht – Es wird sich doch sowieso nichts ändern.“ – Diese oder ähnliche Aussagen konnte man bei den vergangenen Wahlen vielerorts in Deutschland vernehmen. Hinter den Äußerungen verbirgt sich eine substanzielle Entfremdung von der Politik, die zugleich eine grundlegende Unzufriedenheit in großen Teilen der Mehrheitsgesellschaft widerspiegelt. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich von der Politik nicht repräsentiert und mit ihren Problemen alleine gelassen. Die Politikverdrossenheit schlägt sich nicht zuletzt in der Abspaltung vieler Menschen von der Mitte und der damit einhergehenden Stärkung der politischen Ränder nieder, die vorgeben, mit dem aktuellen politischen Status quo zu brechen. Lange Zeit haben viele Politiker und Entscheidungsträger den Vertrauensverlust in die Politik und die generelle Politikverdrossenheit der Gesellschaft ignoriert oder zumindest verdrängt. Nicht zuletzt aufgrund von Ereignissen wie in Chemnitz letzten September steht das Problem zwar nun wieder auf allen politischen Ebenen auf der Tagesordnung, eine effektive Strategie zur Re-Integration des unzufriedenen und desillusionierten Teils der Bevölkerung in die Gesellschaft wurde jedoch noch nicht gefunden.

## **DIE PROBLEMLAGE**

Gerade im Ruhrgebiet, in dem verschiedenste Problemlagen aufeinandertreffen, zeigen sich diese Herausforderungen unmittelbar. Nirgendwo in Westdeutschland konnte die Alternative für Deutschland (AfD) bei der letzten Bundestagswahl so viele Stim-

men für sich gewinnen. Gleichzeitig setzte sich der Abwärtstrend der etablierten Parteien fort, die im Vergleich zur Wahl von 2013 weiter an Stimmen verloren haben. Obwohl die Wahlbeteiligung in NRW höher als bei vorherigen Wahlen war, entschieden sich immer noch knapp 35 Prozent der Stimmberechtigten gegen eine Stimmenabgabe.

Doch wie geht die Gesellschaft mit der großen Gruppe von Menschen, die sich von der Politik und zum Teil auch der Mehrheitsgesellschaft entfremdet haben, um? In bundesweiten Debatten ist mittlerweile vom sogenannten ‚Abgehängten‘ die Rede, der sich von der Politik nicht mehr vertreten sieht und der von gesellschaftlicher Teilhabe größtenteils ausgeschlossen ist. Im Ruhrgebiet kommen zudem noch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen durch den Strukturwandel zum Tragen, dadurch werden Desintegrationsprozesse zusätzlich verschärft. Monokausale Erklärungsansätze für die Abspaltung großer Teile der Mehrheitsgesellschaft, wie etwa die Modelle des Arbeitsmarkts- oder des Globalisierungsverlierers, gelten mittlerweile jedoch als zu einseitig, da sich die steigende Unzufriedenheit und die Abspaltung von der Gesellschaft nicht nur über den sozialen Status erklären lässt. Vielmehr müssen verschiedenste Facetten, die nicht nur im engeren sondern auch im weitesten Sinne mit der Integration der Gesellschaft zusammenhängen, betrachtet werden.

Die Gründe für das Gefühl, abgehängt zu sein, sind so vielschichtig wie die Menschen selbst. Und genau diese Unterschiede zwischen den Menschen, die lediglich

über das ‚Abgehängtsein‘ gemeinsam charakterisiert werden können – während sie sonstige Charakteristika wie politische Einstellung, soziale Herkunft oder Bildungsstand nur in unterschiedlicher Ausprägung teilen –, erschweren den Erfolg einer **gesamtgemeinschaftlichen Integrationspolitik** erheblich. Es reicht nicht aus, den Blick nur auf einen Aspekt der (Re-)Integration wie etwa die Integration in das Berufsleben zu werfen, wenn die Gründe so vielfältig sein können. Zwei Altersgruppen sind besonders von Desintegrations-tendenzen betroffen: Junge Menschen sind für die Thematik empfänglich, da ihre Zukunft im direkten Zusammenhang mit gesellschaftlichen Aspekten wie Chancengleichheit oder beruflicher Perspektive steht. Da die Weichen für eine spätere Bindung an die Gesellschaft schon früh gestellt werden, gilt es dort frühzeitig anzusetzen und Präventionsarbeit zu leisten, denn Defizite bei den oben genannten Aspekten wirken sich äußerst negativ auf das Vertrauen in politische Prozesse aus. Eine zweite Gruppe, auf die besonderes Augenmerk gelegt werden muss, ist die Gruppe der Seniorinnen und Senioren, die häufig mit Anpassungsproblemen aufgrund schnell fortschreitender Entwicklungen und Veränderungen konfrontiert werden. Dies hat häufig einen Rückzug in das Private und somit auch die Aufgabe der sozialen Kontakte zur Folge. Zusätzlich verhärten sich dadurch politische Ansichten und Misstrauen oftmals, weshalb Partizipations- und Integrationsangebote schwerer zu den älteren Menschen durchdringen können. In beiden Fällen, so lautet die Arbeitsthese des Projekts, kann die zielgruppenorientierte politische Bildung ein wirksames Mittel gegen die Desintegration darstellen.

## DAS PROJEKT

In dem auf drei Jahre angelegten Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ will die Bonner Akademie in Kooperation mit der Essener Brost-Stiftung die Lebensrealitäten der Menschen im Ruhrgebiet analysieren. Im Kern der Untersuchungen stehen dabei die Ursachen, die dazu geführt haben, dass sich ein großer Teil der Mehrheitsgesellschaft von politischen und gesellschaftlichen Institutionen vernachlässigt fühlt und sich letztendlich von ihnen entfernt hat. Im Rahmen des Projektes sollen nicht nur das Verständnis für die Sorgen und Ängste dieser Menschen verbessert, sondern auch praxisnahe Ansätze zur (Re-)Integration dieser ‚abgehängten‘ Bevölkerungsschicht in das politische und gesellschaftliche Leben entwickelt und umgesetzt werden.

Besonders wichtig ist dabei der konkrete Praxisbezug, da nur durch die fundierte Beobachtung und Analyse von Angeboten vor Ort zielgruppengerechte Ansätze entworfen und mit Leben gefüllt werden können. Aufbauend auf einer fundierten Untersuchung der Situation im Ruhrgebiet und der Evaluation ausgewählter Bildungs- und Teilhabeangebote, die gleichzeitig auch das im Ruhrgebiet bestehende Angebot in seinen verschiedenen Facetten darstellen sollen, können Vorschläge entwickelt werden, die in konkrete Projekte für junge und alte Menschen einfließen werden. Hierbei ist es uns wichtig, nicht nur auf unser theoretisches Verständnis von Integrationskenntnissen zurückzu-

„DA DIE WEICHEN FÜR EINE SPÄTERE BINDUNG AN DIE GESELLSCHAFT SCHON FRÜH GESTELLT WERDEN, GILT ES DORT FRÜHZEITIG ANZUSETZEN UND PRÄVENTIONSARBEIT ZU LEISTEN, DENN DEFIZITE BEI DEN OBEN GENANNTEN ASPEKTEN WIRKEN SICH ÄUSSERST NEGATIV AUF DAS VERTRAUEN IN POLITISCHE PROZESSE AUS.“

greifen, sondern mit den Menschen vor Ort erfahrungsorientiertes Wissen zu sammeln und weiterzuverarbeiten. Der besondere Fokus liegt hierbei auf der Fragestellung, welche Angebote benötigt werden, um eine intergenerationale und interkulturelle – und somit gesamtgesellschaftliche – Integrationspolitik zu gewährleisten.

Um diesen Zielen gerecht zu werden, ist eine enge Vernetzung mit Praktikern und Experten aus dem Ruhrgebiet unabdingbar. Dazu zählen vor allem jene Institutionen und Personen, die das Leben der Menschen vor Ort prägen: Parteien, Vereine, Kirchen, Schulen und Volkshochschulen, politische Bildner, Stadtteilprojekte – sie alle betreiben auf mehr oder minder indirekte Weise Integration für die Mehrheitsgesellschaft. Auch kommunale und städtische Akteure, die sich u.a. mit der Jugend- und Altenhilfe befassen, sollen miteingebunden werden, da sie oftmals eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Anwohnern und den privaten Initiativen darstellen. Die umfassenden und vielfältigen Erfahrungen all dieser Institutionen gilt es für das Projekt nutzbar zu machen. Gleichzeitig sind sie auch diejenigen, an die sich die Ergebnisse dieses Projekts richten, und somit ideale Partner bei der Realisierung konkreter Initiativen, bei denen sich eine langfristige und effektive Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erwarten lässt.

## „WELCHE ROLLE SPIELT DER BEDEUTUNGSVERLUST VON TRADITIONELLEN INSTITUTIONEN? WURDEN ALLTAGSNAHE UND IDENTITÄTSSTIFTENDE INSTITUTIONEN IN DER JÜNGEREN VERGANGENHEIT VERNACHLÄSSIGT?“

## DIESER BAND

Gerade entlang der zentralen Fragestellungen des Projekts sind bundesweit hitzige Debatten entstanden. Auf allen politischen Ebenen wird diskutiert, warum sich diese Desintegrationstendenzen auf einmal so stark zeigen und wie man mit den betroffenen Menschen umgehen muss. Diesen politischen und gesellschaftlichen Debatten kann sich das Projekt natürlich nicht entziehen, andererseits verpflichtet der praxisorientierte Fokus zur Formulierung und Umsetzung konkreter Ziele, die in den häufig theoretisch geführten Debatten nicht zum Tragen kommen: Welche Rolle spielt der Bedeutungsverlust von traditionellen Institutionen? Wurden alltagsnahe und identitätsstiftende Institutionen in der jüngeren Vergangenheit vernachlässigt? Kann politische Bildung den aktuellen antidemokratischen Tendenzen etwas entgegenzusetzen? Welche Probleme haben für die Betroffenen selber die höchste Bedeutung? Bezieht sich der Integrationsbegriff im Wesentlichen auf Zugewanderte oder bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Integrationspolitik?

Diese Publikation versucht auf diese und weitere Fragen aus der praxisorientierten Perspektive heraus Antworten zu finden. Einleitend stellt **Dr. Joachim Stamp** die Herausforderungen aber auch Chancen für NRW aus Sicht der praktischen Politik dar, wobei er vor allem auf die Notwendigkeit der gesamtgesellschaftlichen Zusammenarbeit zur Überwindung des Strukturwandels hinweist. Im ersten Teil dieser Publikation stehen dann die bisherigen Ergebnisse des Projekts im Mittelpunkt. Zentral ist dabei die Auswertung der Experteninterviews, die die gesamte Komplexität der steigenden Unzufriedenheit herausstellen. Die im Rahmen des Projekts von **Jasmin Sandhaus, Taner Ekici** und **Lucas Scheel** durchgeführten qualitativen Experteninterviews gewähren Einblicke in die für die Desintegration der Mehrheitsgesellschaft kritischen Problemfelder – durch die Erfahrungen der befragten Praxisexperten können die Gründe für wachsende Entfremdung von Politik und Gesellschaft greifbar dargestellt werden. Projektleiter **Prof. Dr. Volker Kronenberg** untersucht in seinem Beitrag die Ursachen für das fehlende Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die repräsentative Demokratie. Dabei stellt er drei konkrete Anknüpfungspunkte zur Überwindung der Vertrauenskrise als praktische Handlungshinweise für die Politik heraus, die auch als Referenzrahmen für die weitere Projektarbeit genutzt werden können. Zusam-

men ergibt sich dadurch ein klares Bild über die größten Integrationshürden, die zu beseitigen gilt, wenn man eine effektive Integrationspolitik für die ganze Gesellschaft entwickeln möchte. Flankiert wird die Bestandsaufnahme durch eine quantitative Umfrage des forsa-Instituts. Ausgehend von aktuellen Statistiken beschreibt **Prof. Manfred Güllner** detailliert, wie die Menschen im Ruhrgebiet zu den Parteien stehen, ob von einer Entfremdung zu sprechen ist und was die Wähler sich für die Zukunft erhoffen.

Im zweiten Teil wird das komplexe Verhältnis zwischen den Menschen und den Politikern, die häufig als ‚abgehoben‘ und ‚bürgerfern‘ wahrgenommen werden, sowie zwischen der Gesellschaft und Populismus durch Beiträge von renommierten Soziologen und Politikwissenschaftlern dokumentiert. **Dr. Simon Franzmann** analysiert die Möglichkeiten, die politische Bildung bieten kann, um dem steigenden Populismus Einhalt zu gebieten. Dabei zeichnet er ein nüchternes und von gängigen Klischees freies Bild vom Populismus, dem man gerade im Aspekt der gesellschaftlichen Entfremdung entgegentreten könnte und müsste. **Prof. Dr.**

**Karl-Rudolf Korte** charakterisiert den aktuellen Stand unserer Demokratie hinsichtlich steigender Politikverdrossenheit und wachsendem Populismus, wobei das Verhältnis der politischen Mitte als Pfeiler der liberalen Demokratie und den Parteien im Mittelpunkt steht. In diesem Kontext hebt er auch die lokale Ebene, die eine Schlüsselrolle bei der Reintegration von Unzufriedenenspielen hervor. Abschließend zeigt **Prof. Dr. Elmar Wiesendahl** Wege auf, wie die Parteien die Mehrheitsgesellschaft, die sich aufgrund kultureller und sozioökonomischer Gründe von der Politik nicht mehr repräsentiert sehe, wieder konkret erreichen können.

Vor dem Hintergrund der in den Expertenbeiträgen dargelegten Problemstellungen, Integrationshürden aber auch Lösungsansätze sollen in den kommenden Monaten verschiedene Angebote im Ruhrgebiet hinsichtlich ihrer (Re-)Integrationswirkung untersucht und evaluiert werden. Gemeinsam mit den Projektpartnern sollen somit konkrete Maßnahmen entwickelt werden, die wichtige Schritte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft darstellen. ■



# TEILHABE IN EINER GESELLSCHAFT DES WANDELS: CHANCEN FÜR NRW UND DAS RUHRGEBIET



**Dr. Joachim Stamp**  
Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge  
und Integration des Landes  
Nordrhein-Westfalen

Das Ruhrgebiet und die Menschen in der Region haben sich immer durch zwei Werte ausgezeichnet: Offenheit und Zusammenhalt. Die Mentalität der Kumpels, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die gemeinsame harte Arbeit, aber auch die Identitätsstiftung, dass man gemeinsam etwas schafft, das hat eine ganze Region geprägt. Dieser Zusammenhalt verbindet auch Menschen unterschiedlicher Herkunft. Von den ersten polnischen Bergleuten im 19. Jahrhundert bis zu den türkischen und südeuropäischen Einwanderern in der boomende Industrieregion der Wirtschaftswunderzeit – das Ruhrgebiet war immer ein Schmelztiegel, in dem die Menschen sich durch Leistung beweisen, sich hocharbeiten konnten und sich durch die gemeinsame Arbeit enge Gemeinschaften bildeten. Das war und ist ein natürlicher Motor auch für Integration im privaten und gesellschaftlichen Leben.

Heute, mitten in einem noch nicht abgeschlossenen Strukturwandel und in Anbetracht der zunehmenden Digitalisierung, die unser Zusammenleben und unsere Arbeitswelt radikal verändert, stehen wir vor neuen Aufgaben für das Land und die Region. Gerade vor dem Hintergrund eines großen Zuzugs aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens und Afrikas sowie aus Südosteuropa sind dies große Herausforderungen.

Dies geht nicht spurlos an den Menschen vorbei. Sie haben Angst, ob im Einzelfall berechtigt, oder nicht. Angst vor dem Klimawandel, vor Migration, vor dem Erstarken von Extremisten und Terroristen, vor Kriminalität. Angst auch, vielleicht in der digitalen Welt nicht mehr mitzukommen.

Diese Sorgen werden von Populisten durchaus geschickt genutzt. Ihnen geht es dabei aber nicht um die Lösung von konkreten Problemen, sondern sie schüren Ängste, um von diesen zu profitieren. Sie versuchen, Teile der Bevölkerung von der politischen Mitte zu entfernen und sie gegen „die da oben“ oder „die Etablierten“ zu mobilisieren. Dabei handeln sie nur vorgeblich lösungsorientiert; in der Realität geht es ihnen primär darum, Stimmung für ihre eigenen Zwecke zu machen. Niemand hat das schonungslos und entlarvender zugegeben als Alexander Gauland, der die Migrationskrise als Segen für seine Partei bezeichnet hat.

Wir brauchen neue Ideen, um die vielfältige Gesellschaft gegen extremistische Bestrebungen zu stärken – für Vernunft statt Populismus. Dabei müssen wir deutlich machen, dass Vielfalt keine Bedrohung, sondern auch Chance ist. Die Menschen müssen spüren, dass die alten, vertrauten Mechanismen noch greifen und durch

neue Strukturen ergänzt werden, dass Wandel Heimat nicht zerstört, sondern Heimat eine neue Zukunft gibt.

Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Wir wollen, dass sie sich anerkannt und zu Hause fühlen als Teil einer funktionierenden Gemeinschaft. Wir wollen allen Menschen die Chance geben, sich einzubringen, teilzuhaben und mitzuwirken.

Wie wir das tun, möchte ich an den zwei Gruppen erläutern, für die ich als Integrations- und Familienminister tagtäglich arbeite: Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit Einwanderungshintergrund, denen wir Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen ermöglichen wollen. Wir nennen unser Familien- und Integrationsministerium in NRW daher auch kurz das Chancenministerium. Wir wollen neue Chancen schaffen, für jeden unabhängig von der Herkunft.

Die frühkindliche Bildung und Förderung in den ersten Lebensjahren prägt ein ganzes Leben. Wir wünschen allen Kindern, dass sie ihre ersten Schritte in der Welt behütet und gefördert gehen können. Aber nicht alle Kinder wachsen mit den gleichen Chancen auf. Wir müssen deshalb für alle Kinder Chancengerechtigkeit schaffen, damit die Hoffnung auf ein gutes, erfülltes Leben kein Luxus ist, sondern etwas Normales – der Regelfall.

Familiäre Herkunft und Schicksale dürfen dem nicht im Wege stehen. Jedes Kind muss an Bildung teilhaben und seine Talente und Fähigkeiten frei entfalten können.

Wenn Eltern – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sind, ihren Kindern alle Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung zu garantieren, dann müssen wir dafür sorgen, das nach Möglichkeit auszugleichen. Wir sind in der Verantwortung, dafür zu sorgen,

dass jeder durch gute Bildung eine faire Chance hat, seine Möglichkeiten zu entwickeln und auszubauen. Das kostet Geld. Denn wer glaubt, beste Bildung gäbe es zum Nulltarif, der irrt.

Als eine der ersten Maßnahmen nach der Regierungsübernahme 2017 haben wir deshalb ein Kita-Rettungspaket geschnürt, um drohende Kita-Schließungen wegen chronischer Unterfinanzierung zu vermeiden. Eine halbe Milliarde Euro floss als Sofortmaßnahme in die rund 10.000 Kitas Nordrhein-Westfalens. Doch das war nur ein erster Schritt. Wir wollen gute Personalschlüssel dauerhaft sichern und arbeiten bereits intensiv an einer grundlegenden Reform unseres Kindergartengesetzes. Dieses heißt in Nordrhein-Westfalen übrigens „Kinderbildungsgesetz“ – wie ich finde ein sehr passender Name, an dem sich Politik immer wieder messen lassen muss.

Der wichtigste Bildungs- und Erziehungsort der Kinder sind jedoch nicht Kitas, das bleiben selbstverständlich die Familien. Wir müssen deshalb auch die Familien dazu befähigen, ihren Kindern Bildungschancen zu eröffnen, sie zu stärken, zu ermutigen und ihnen Rückhalt zu geben. Schon die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hat 2006 deshalb in Nordrhein-Westfalen damit angefangen, Kitas zu sogenannten Familienzentren auszubauen.

Hier erhalten die Eltern Zugang zu niederschweligen Unterstützungs-, Beratungs- und Bildungsangeboten. Es gibt ein viel zitiertes afrikanisches Sprichwort: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen“. Um ein solches Dorf, im übertragenen Sinne, handelt es sich auch bei den Familienzentren in Nordrhein-Westfalen: Sie sind ein Netzwerk rund um unsere Kinder und ihre Familien. Diese Netzwerke sind ganz bewusst an die Kindertageseinrichtungen angedockt. Denn Kitas

„WIR BRAUCHEN NEUE IDEEN, UM DIE VIELFÄLTIGE  
GESELLSCHAFT GEGEN EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN  
ZU STÄRKEN – FÜR VERNUNFT STATT POPULISMUS.  
DABEI MÜSSEN WIR DEUTLICH MACHEN, DASS VIELFALT  
KEINE BEDROHUNG, SONDERN AUCH CHANCE IST.“

sind für die Eltern eine gewohnte Umgebung, der sie mit einem hohen Vertrauen begegnen. Und sie sind ein guter Ort, um Eltern erreichen zu können – im Vorbeigehen sozusagen, beim Bringen und Abholen.

Dieses Konzept ist äußerst erfolgreich: Im kommenden Kindergartenjahr haben wir fast 2.650 Familienzentren, in denen rund 3.700 Kindertageseinrichtungen zusammenarbeiten. Bei der frühen Förderung gerade junger Familien haben die Familienzentren eine Schlüsselstellung. Sie sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Kindern bestmögliche Startchancen zu eröffnen, aber auch die Erziehungs- und Bildungskompetenz der Eltern zu fördern.

Mir ist es außerdem ein großes Anliegen, dass alle Kinder, egal welcher sozialen oder regionalen Herkunft, durch das Erlernen der deutschen Sprache die Chancen in ihrem Leben auch ergreifen können. In Nordrhein-Westfalen ist die Sprachförderung in den Alltag integriert. Allzu oft entscheidet jedoch noch der Zufall – auch bedingt durch die zu knapp bemessene Finanzierung –, ob ein Kind die passgenaue Sprachförderung erfährt oder nicht. Wir können uns damit jedoch nicht abfinden, dass der Zufall über Bildung und Förderung entscheidet. Wir wollen den bestmöglichen Übergang in die Grundschule sicherstellen. Kinder müssen dort von Beginn an vollumfänglich dem Unterricht folgen können. Das ist der Anspruch, den wir an die frühkindliche Bildung stellen.

Bildung darf kein Privileg sein, wenn wir wirklich Chancen für alle schaffen wollen. Daher müssen wir Bildung, auch exzellente Bildung, an Orte tragen, an denen es derzeit für Kinder aus bildungsfernen Familien noch nicht so chancenreich ist. Deswegen gründen wir in NRW Talentschulen gerade in eher schwierigeren Stadtteilen. Sie werden nicht nur besonders ausgestattet, sondern arbeiten auch konzeptionell anders. Ziel ist eine bessere Vernetzung mit der Stadtgesellschaft und mit den Unternehmen in der Umgebung, damit die vielen Talente, die wir auch in diesen Stadtteilen haben, so gefördert werden, dass tatsächlich der Sprung gelingt, auch aus einem bildungsfernen Umfeld eine berufliche oder akademische Karriere beginnen zu können.

Um Kinder zu motivieren, bedarf es außerdem Vorbildern, denen sie nacheifern. Das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem Einwanderungshintergrund.

## „GELINGEN KANN INTEGRATION NUR DANN, WENN SIE ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE VERSTANDEN WIRD.“

Kein anderes Bundesland ist so von Einwanderung geprägt wie Nordrhein-Westfalen. Über fünf Millionen Menschen haben eine Einwanderungsgeschichte. Unter ihnen sind ehemalige „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeiter“, Aussiedlerinnen und Aussiedler, EU-Angehörige, Studentinnen und Studenten und wie auch Geflüchtete und Asylsuchende, die erst in den letzten Jahren zu uns gekommen sind. Wenn die Integration von Zugewanderten gelingt, dann profitiert davon unsere ganze Gesellschaft. Das zeigt die Geschichte unseres Landes Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll.

Im Dezember 2018 haben wir die landesweite Wertschätzungs- und Integrationskampagne „#IchDuWirNRW“ gestartet. Sie zeigt die positiven Integrationsbeispiele von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. #IchDuWirNRW zeigt, dass Integration gelingt. Unsere Vorbilder sind mit ihren Geschichten Beispiele für die erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft. Sie stehen für gemeinsam gelebte Werte und bürgerschaftliches Engagement. Wir werben für mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst und für verbesserte Einbürgerung, die volle Teilhabe an der Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten ermöglicht. Wir möchten, dass in Nordrhein-Westfalen jeder – unabhängig von seiner Herkunft – Chancen auf sozialen Aufstieg hat.

Unsere Kampagne zeigt Werte, für die es sich lohnt, einzutreten. Denn wir wollen den negativen Bildern und Ressentiments im Boulevard und den sozialen Medien entgegentreten. Ausgehend von „#IchDuWirNRW“ werden wir deshalb 2019 eine öffentliche Wertedebatte einleiten, um grundsätzlich darüber zu diskutieren, was die Einwanderungsgesellschaft in NRW ausmacht, wer wir sind und welche Werte wir teilen und leben.

Die Grundwerte unserer Gesellschaft sind nicht verhandelbar. Nordrhein-Westfalen ist stolz auf die Errungenschaften dieser offenen Gesellschaft, in der nicht darauf

geschaut wird, woher man kommt, sondern welche Haltung man hat und wie man sich einbringen möchte. Die Vermittlung der Grundwerte unserer Gesellschaft und der Rechtsordnung ist eine wichtige Säule der Integrationspolitik und Aufgabe aller Akteure, die am Integrationsprozess mitwirken. Sie muss mit der Einreise beginnen und bleibt eine permanente Querschnittsaufgabe.

Darum arbeiten wir an einer Integrationsstrategie 2030, die diese Querschnittsaufgabe voll berücksichtigt. Gelingen kann Integration nur dann, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird.

Dabei kann auch die Digitalisierung helfen: Der digitale Wandel revolutioniert die Art und Weise, wie wir leben, arbeiten, kommunizieren und uns informieren. Mit nur wenigen Klicks können Ideen, Informationen, Waren und Dienstleistungen weltweit geteilt und ausgetauscht werden.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Chancen der Digitalisierung gerade auch für die Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu nutzen. Als Teil der landesweiten Digitalisierungsstrategie sollen digitale Anwendungen künftig die analoge Integrationsarbeit vor Ort ergänzen, um mithilfe digitaler Angebote noch mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu erreichen.

Als alternde Gesellschaft sind wir darauf angewiesen, dass qualifizierte Fachkräfte aus anderen Teilen der Welt zu uns kommen. Deutschland muss für Einwanderung offen bleiben, wenn wir weiterhin in Wohlstand leben wollen. Und als offene Gesellschaft sollte es uns egal sein, woher jemand kommt. Entscheidend ist, wo er oder sie mit uns zusammen hin will. Größere gesell-

„BILDUNG, SPRACHE, ARBEIT  
UND WERTEVERMITTLUNG –  
DAS SIND UND BLEIBEN DIE  
DREH- UND ANGELPUNK-  
TE GESELLSCHAFTLICHER  
TEILHABE UND GELINGENDER  
INTEGRATION.“

schaftliche Vielfalt ist für uns keine Gefahr, sondern ein Motor für mehr Fortschritt, Freiheit und Wohlstand. Wir brauchen mehr qualifizierte Einwanderung und sollten auch das Potenzial der Migrant\*innen, die hier leben, besser entwickeln und nutzen.

Wer zum Beispiel bereits in Deutschland lebt und am Arbeitsmarkt Fuß fassen konnte, keine Sozialleistungen bezieht, die deutsche Sprache spricht und nicht straffällig geworden ist, soll die Möglichkeit bekommen, auch unabhängig vom Ausgang seines Asylverfahrens in Deutschland zu bleiben. Es ist weder humanitär vertretbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll, gut integrierte Steuerzahler und ihre Familien abzuschieben. Deswegen wollen wir Asylbewerber\*innen und Geduldeten den Spurwechsel in den Rechtskreis der qualifizierten Einwanderung ermöglichen. Aber ebenso klar muss sein, dass wir konsequenter handeln müssen, wenn Integrationsverweigerer, Gefährder und Kriminelle zur Gefahr für andere Menschen und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft werden.

Nicht zuletzt startet NRW eine Einbürgerungskampagne. Wir wollen verdeutlichen, dass es sich lohnt, sich nicht nur zur Stadt oder dem Land NRW, sondern auch zu Deutschland und seiner Demokratie zu bekennen, zu dem Land, das längst Heimat geworden ist. Wir wollen aufzeigen, welche Perspektiven sich durch den deutschen Pass eröffnen. Wir werden daher gezielt informieren zu Voraussetzungen, Möglichkeiten, Chancen und dem Mehrwert einer Einbürgerung.

Bildung, Sprache, Arbeit und Wertevermittlung – das sind und bleiben die Dreh- und Angelpunkte gesellschaftlicher Teilhabe und gelingender Integration. Wie Deutschland die gegenwärtigen Entwicklungen meistern wird, ist entscheidend für unsere wirtschaftliche Stärke, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden.

Was am Anfang versäumt wird, kann später nur sehr schwer nachgeholt werden – manches niemals mehr. Das gilt für die frühkindliche Bildung genauso wie für die Integration von Menschen, die zu uns kommen. Dort wird das Fundament gelegt für erfolgreiche Lebenswege und damit für Chancengerechtigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe.

Diese Chancen konsequent zu ermöglichen und weiterzuentwickeln ist unser Auftrag – im Ruhrgebiet, aber auch weit darüber hinaus. ■



**I. PRAXIS –  
AKTEURE VOR ORT.**  
PROBLEMLAGEN, HERAUS-  
FORDERUNGEN UND  
ERRUNGENSCHAFTEN.

# ABGEHÄNGT VON DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT?

*Eine Analyse der leitfadengestützten Experteninterviews*



**Lucas Scheel, M.A.**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Bonner Akademie für Forschung und Lehre  
praktischer Politik

## 1. METHODIK UND FRAGESTELLUNG

Im Zuge des Projekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ sind im Rahmen der Bestandsaufnahme der ersten Projektphase **25 qualitative, leitfadengestützte Experteninterviews** durchgeführt worden. Durch die Befragung von Akteuren vor Ort konnte ein breiter Überblick über den Sachstand, die relevanten Strukturen und Protagonisten im Ruhrgebiet gewonnen und ein erstes Verständnis über die Herausforderungen, positiven Errungenschaften, Bedarfe und Probleme einer gesamtgesellschaftlichen Integrationspolitik geschaffen werden. Da der Integrationsbegriff des Projekts – bezogen auf Teile der Mehrheitsgesellschaft – weiter gefasst und weniger greifbar ist als das klassische Verständnis von Integration, war es notwendig, verschiedene gesellschaftliche Facetten aus unterschiedlichen Perspektiven zu untersuchen, um ein möglichst umfassendes Bild über die Gründe für fortschreitende Desintegrationstendenzen in der Gesellschaft zu erhalten. Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit auch ein Mitglied der Mehrheitsgesellschaft als in die Gesellschaft integriert gilt? Warum fühlen sich Menschen als ‚abgehängt‘ oder ‚ausgegrenzt‘ und welche Gruppen sind davon besonders betroffen? Gibt es Unterschiede im Hinblick auf die gesellschaftliche und politische Teilhabe alter und junger Menschen? Welche Rolle spielen gesellschaftliche Akteure aus der

Zivilgesellschaft dabei, Unzufriedenheit und Ängsten entgegenzuwirken? Welche Rolle kann politische Bildung mit dem Blick auf wachsende Desintegrationsprozesse spielen?

Konzeptionell sollten die befragten Experten jeweils ihre eigene Sichtweise und eigenen lokalen Erfahrungen in das Projekt einbringen, um so alle relevanten Themenfelder abzudecken. Das Spektrum der Interviewpartner umfasste dadurch bedingt Wissenschaftler, politische Bildner, Medienvertreter, Lokalpolitiker, Mitarbeiter der Stadtverwaltungen, Kirchenvertreter, Gewerkschafter sowie Praktiker aus der Zivilgesellschaft vor Ort – immer in besonderem Hinblick auf die Integration von jungen und alten Menschen. Methodisch waren die Interviews so konzipiert, dass die Fragenkataloge aus einem allgemeinen Pool an Fragen auf jeden Experten und seinen Bereich zugeschnitten wurden. Die Interviews fanden in einem dreimonatigen Zeitraum vom 11. Juli bis zum 9. Oktober 2018 in persönlichen Gesprächen statt. Die für das Projekt ausgewählten Experten kamen aus unterschiedlichen Städten des Ruhrgebiets, wobei das Hauptaugenmerk auf den vier im Projekt fokussierten Städten Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Dortmund lag. Zwar kann eine breit angelegte, aber dennoch stichprobenartige, Auswahl von Interviewpartnern keine Repräsentativität garantieren, allerdings kann eine Auswertung der

in den Interviews erkennbaren Tendenzen für das Projekt relevante Zielrichtungen und Problemstellungen aufzeigen. Dies wird in späteren Projektphasen eine lösungs- und praxisorientierte Vertiefung sowie Spezialisierung ermöglichen.

## 2. ANALYSE DER PROBLEMFELDER

Die Auswertung der Experteninterviews weist auf verschiedene Problemfelder hin, die eng mit wachsenden Desintegrationstendenzen im Zusammenhang stehen. Da die Experten aus verschiedensten Professionen und Praxisbereichen kommen, wurden die auffälligen Trends in Bezug auf bestimmte Felder herausgestellt und inhaltlich gebündelt. Aus den Interviews ließen sich fünf Problemfelder extrahieren, die aus Sicht der Befragten kausal im Zusammenhang mit der Abspaltung von Teilen der Mehrheitsgesellschaft im Ruhrgebiet stehen: (A) Über den außerordentlich starken Einfluss der sozialen Situation im Ruhrgebiet auf das Verhältnis der Menschen zur Gesellschaft und Politik gab es nahezu Einigkeit, aber auch (B) die Medien als integrationsstiftendes Medium wurden oft thematisiert. Ein weiterer zentraler Punkt aller Interviews war zudem (C) die Rolle der Politik, die einerseits effektiv Lösungen parat stellen kann, aber auch sehr häufig als einer der Hauptgründe für die Desintegration genannt wurde. Auch das (D) direkte Umfeld und die Quartiersentwicklung spielen eine wichtige Rolle, da die Wahrnehmung der Menschen durch die Stadt beziehungsweise den Stadtteil geprägt wird. Nicht zu vernachlässigen ist auch der Aspekt (E) der politischen Bildung, auf dem im Rahmen des Projektes ein besonderer Fokus als mögliches ‚Gegenmittel‘ für aktuelle politische Entwicklungen liegt.

### A) DIE SOZIALEN PROBLEME

Eine Vielzahl der Befragten hat die soziale Situation im Ruhrgebiet als den maßgeblichen Grund für die Abspaltung großer Teile der örtlichen Mehrheitsgesellschaft verantwortlich gemacht. Dementsprechend sind andere Gründe, die die Zielgruppe eventuell selber äußert, meist nur vorgeschoben; die wahren Beweggründe liegen aber in den sozialen Problemen. Auch wenn andere Sorgen und Ängste durchaus begründet und auch real sein können, so ist zumeist die soziale Situation ausschlaggebend, ob sich jemand als ‚abgehängt‘ betrachtet beziehungsweise so betrachtet wird.

*„Ich kriege viel mit – dass etwa viele Schüler sagen, die jetzt nicht auf dem Gymnasium sind: „Wir sind sowieso die Abgehängten. Ich bin Hauptschüler, aus mir wird nichts...“ (...)  
Es sind schon überall Sorgen und Ängste da. Also bei den Alten – klar – Thema Gesundheit, Geld, Pflege spielt eine Rolle.“*

**Michael Zühlke**, Bezirksbürgermeister  
für u.a. Essen Katernberg

Natürlich können auch die sozial-bedingten Sorgen wiederum vielfältige Gründe haben. Häufig lässt es sich allerdings auf mangelnde Zukunftsperspektiven reduzieren, die gerade im Ruhrgebiet aufgrund des Strukturwandels vorherrschend sind. Fehlende Perspektiven in Bezug auf Ausbildung und Arbeit haben besonders für junge Menschen drastische Auswirkungen, da viele Jugendliche angesichts der eigenen (wahrgenommenen) Hoffnungslosigkeit schnell resignieren und sich von gesellschaftlichen und politischen Prozessen zurückziehen. Bei den älteren Mitmenschen führen Zukunftsängste häufig zu der Furcht vor sozialem Abstieg und zu dem Gefühl, dass sich die Dinge zum ‚Schlechten‘ wandeln. Allerdings darf man nicht unterschätzen, dass diese Verlust- und Abstiegsängste durchaus auch bei jungen Menschen genauso wie in verschiedenen sozialen Schichten auftauchen können – nicht nur Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen laufen Gefahr, ‚abgehängt‘ zu werden.

*„Aber da gibt es natürlich schon gewisse Zukunftsängste von jungen Menschen, die sich keine solide Grundlage bauen und nicht wissen, was sie machen und wie es weitergehen soll. An dieser Stelle sind dann auch kriminelle Energien vorzufinden, auch das bleibt nicht aus.“*

**Pater Otto Nobsch**,  
Direktor Salesianer Don Boscos in Essen

*„Essen ist in einem echten Wandlungsprozess, der sich schon vollzogen hat und sich auch zeigen lassen kann. Wir sind von der Montanindustrie zur Dienstleistungsstadt gewachsen. Die Gewinner davon sind sicherlich die Bildungsbürger und die Leute, die zuverlässig zu Ihrem Job kommen und durch die Institutionen rennen.“*

**Florian van Rheinberg,**  
Politische Jugendbildung Stadt Essen

Viele der sozialen Probleme resultieren immer noch direkt oder indirekt aus dem Strukturwandel, also dem kulturellen und wirtschaftlichen Wandel im Ruhrgebiet. Besonders die Abkehr von der ruhrgebietstypischen Arbeit unter Tage hin zu einer am Service und an Hochqualifikation orientierten Wirtschaftsstruktur lässt viele Menschen zurück. So bleibt eine Schicht, die sich nicht uneingeschränkt in den Arbeitsmarkt integrieren kann und der somit auch die finanziellen Mittel fehlen, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Diese Frustration kann schnell in Resignation und folglich eine weitreichende Abschottung von politischen Prozessen umschlagen.

*„Hier kann doch keiner aus dem Stadtteil zu einer Kulturveranstaltung gehen, wo eine Karte 45€ kostet! Das bedeutet aber, Jugendliche sind von jedem Konzert von ihrer Fangruppe ausgeschlossen.“*

**Dr. Rolf Heinrich,** Vorsitzender der Bürgerstiftung  
„Leben in Hassel“ (Gelsenkirchen)

Verstärkt wird dieser Faktor durch die häufig sichtbare Teilung – die A40 in Essen wird im Volksmund als ‚Armutsäquator‘ bezeichnet – in die wohlhabenden Stadtteile und die sozialen Brennpunkte. In den Brennpunktquartieren erfahren die Menschen nicht die Wertschätzung, die dafür nötig wäre, dass sie sich

für sich selbst und andere einsetzen. Gerade hier deutet sich eine perspektivlose Zukunft in Bezug auf Arbeit und Wohlstand an, die schon früh die Weichen für die Desintegration stellen kann. Dabei spielen häufig unscheinbare Dinge eine entscheidende Rolle für das Unzufriedenheitsgefühl der Anwohner: heruntergekommene Schulen, Straßen im schlechten Zustand, triste Straßenzüge etc. Nicht selten machten die Interviewpartner dafür auch politische Versäumnisse verantwortlich, die dazu geführt haben, dass so eine Teilung entstehen konnte und weiterhin so prominent sichtbar ist. Insbesondere niedrige Investitionen bei gleichzeitiger Bevorzugung der ‚besseren‘ Stadtteile wurden häufig als ein Faktor für das Gefühl der fehlenden Wertschätzung der – in vielen Fällen jungen – Bewohner durch die Politik genannt.

*„In der Schule ist es so, dass man, wenn man die Schülerinnen und Schüler fragt, ob sie sich in der Gesellschaft wertgeschätzt fühlen, in der Regel die Antwort ‚nein‘ erhält. Anderen ist es doch egal, ob die Fenster geöffnet werden können oder nicht. Wir sind froh, wenn wir in jeder Klasse zwei Fenster öffnen können, weil es keine Griffe mehr gibt. Aber daraus lesen die Schülerinnen und Schüler ab, dass sie nicht wertgeschätzt werden.“*

**Julia Gajewski,** Schulleiterin Gesamtschule  
Bockmühle in Essen

*„Und das Klassische, was sich hier wie immer abzeichnet: im Essener Süden entstehen teure Eigentumswohnungen und teure Neubauten und wir im Essener Norden kriegen die Sozialwohnungen.“*

**Sabine Schreck,**  
Politische Jugendbildung Stadt Essen

*„Es macht natürlich jeder seine Unzufriedenheit daran fest, was vor seiner eigenen Haustür passiert. Es ist auffällig, dass gerade da, wo also Zuwanderung aus Südosteuropa zum Beispiel sehr stark ist, auch die Stimmanteile der AfD sehr hoch sind, das ist richtig. Andererseits ist aber auch da festzustellen, dass genau in diesen Wahlbezirken die Wahlbeteiligung insgesamt sehr niedrig war.“*

**Martin Ahlers**, WAZ Duisburg

Zusätzlich zu den auf ökonomischen Gründen beruhenden Integrationshürden konstatieren zahlreiche Kommentatoren oftmals eine kulturelle Entfremdung der ‚Abgehängten‘ von der eigenen Stadt beziehungsweise dem Umfeld – dabei werden vor allem die Wahlerfolge von Rechtspopulisten als ein Ausdruck für eine gestiegene Ausländerfeindlichkeit im Ruhrgebiet gesehen. Nichtsdestotrotz waren sich die Interviewpartner nahezu einig, dass migrationskritische oder gar xenophobe Einstellungen letztlich ebenfalls ein Produkt der sozialen Probleme sind. Verlustängste am unteren Spektrum des Arbeitsmarktes sind so eher als Hintergrund zu migrationskritischen Einstellungen zu verstehen als eine generelle Fremdenfeindlichkeit bei den Bewohnern des Ruhrgebiets. Auch wenn Themen wie Zuwanderung, Überfremdungsangst und interkulturelles Zusammenleben durchaus kontrovers diskutiert werden und einen Anteil an dem Gefühl des ‚Abgehängtseins‘ haben können, so scheinen vor allem die sozialen Probleme die realen Faktoren hinter der Desintegration zu sein. Allerdings kann das Gemisch aus einer prekären wirtschaftlichen Situation – insbesondere in den sozialen Brennpunkten – gekoppelt mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationsanteil bei den Betroffenen oftmals zu der Schlussfolgerung führen, die Politik tue nichts für die Menschen vor Ort und ließe sie im Stich.

*„Hier muss wirklich dagegen gesteuert werden, durch gezielte Stadtentwicklung, durch sozialen Arbeitsmarkt, durch Maßnahmen für junge Menschen, für Langzeitarbeitslose. Und dann wird das auch wieder aufhören. Der Ruhrgebietler ist nicht fremdenfeindlich.“*

**Susanne Schübel**,  
Geschäftsführerin im Journalistenbüro Herne

## **B) DIE MEDIEN**

Den Medien wurde von den Interviewpartnern eine janusköpfige Rolle zugesprochen: Einerseits können sie die Sorgen und Ängste der Menschen bestätigen oder sogar verstärken, andererseits können gerade Lokalzeitungen durchaus als integrationsförderndes Moment wahrgenommen werden. Zusätzlich zu den klassischen Medien bieten auch die neuen – also vor allem Social Media – sowohl Potentiale als auch Gefahren.

*„Ich glaube, dass die sozialen Medien die Zeitungen vor sich hertreiben. (...) Wenn dann irgendwie eine Sau durchs Dorf gejagt wird, die müssen sie dann in Echtzeit auch durchs Dorf treiben. Und da haben sie oft gar keine Zeit, zu recherchieren, ob das überhaupt stimmt (...) Damit macht man sich noch unglaublicher!“*

**Susanne Schübel**,  
Geschäftsführerin im Journalistenbüro Herne

Insgesamt wurde dem Internet und den Sozialen Medien häufig der Vorwurf gemacht, dass sie zu einer regelrechten Verrohung des (medialen) Diskurses geführt haben. Dadurch, dass weite Teile des Internets nicht kontrolliert sind und damit jedwede Redaktion oder Faktenüberprüfung von Behauptungen und Kommentaren wegfällt, sind die neuen Medien maßgeblich mit dafür verantwortlich, dass der politische Ton rauer geworden ist; die im Internet anonym ausgelebte Ausländerfeindlichkeit ist nur ein Beleg dafür. Zudem bilden sich problematische Filterblasen, in denen das eigene Weltbild bestätigt wird, weil man seine Informationen immer wieder aus der eignen Filterblase,

*„Es war vorher mehrheitsgesellschaftlicher Konsens: Es gibt bestimmte Sachen, die sagt man nicht. Ich hab ja vorhin schon auf die Studie ‚Deutsche Zustände‘ hingewiesen – dieses Denken war immer in der Bevölkerung vorhanden, und jetzt ist der Moment, in dem man mal die Sau rauslassen kann. Und dementsprechend hart und rau ist auch der Ton geworden im Internet.“*

**Jonas Ploeger**, Jugendhilfe Essen

also aus Kreisen mit ähnlich Denkenden zieht. Hierbei wurde häufig der Vorwurf erhoben, dass sich dies besonders rechte Demagogen zu Nutze machten, indem sie ihre Informationen hauptsächlich über das Internet an ihre Zielgruppe verteilen würden. Die klassischen Medien kämten dadurch in den Zugzwang und würden letztendlich diese Meinungen (meist) unfreiwillig reproduzieren.

Als Beispiel wurde die ‚Flüchtlingskrise‘ genannt, bei der gerade die klassischen Medien die Bilder von Tausenden von Flüchtlingen an den Grenzzäunen immer wieder gezeigt und somit die Angst vor Überfremdung mitgeschürt haben. Generell wurde die übermäßige

*„Da merkt man einfach, dass sich die tagespolitischen Themen, die sich in den letzten zwei Jahren sehr stark um Flucht und Migration gedreht haben, schon auf die Menschen auswirken und dass es sie verunsichert. Wenn alle so lange und ausdauernd darüber reden, dann muss es schließlich einen Grund dafür geben und wir müssen Probleme haben – so ist ein bisschen die Denkweise.“*

**Indra Paas**, Vorsitzende der Jusos Dortmund

Fokussierung auf das Thema Migration maßgeblich dafür verantwortlich gemacht, dass viele Menschen sich in ihrer Stadt fremd fühlen und dementsprechend Politiker, die diese aus ihrer Sicht ausufernde Migration zuließen, zunehmend als unverantwortlich oder gar gefährlich betrachten.

*„Auf der einen Seite die fehlende Medienkompetenz der Leute – dass sie nicht in der Lage sind, zwischen ‚News‘ und ‚Fake News‘ zu unterscheiden. Auch die mangelnde Fähigkeit, zwischen seriösen und vertrauenswürdigen und nicht vertrauenswürdigen Medien zu unterscheiden. Und auf der anderen Seite hat man Medien, die diese Unfähigkeit bedienen und die daraus Kapital schlagen.“*

**Martin Ahlers**, WAZ Duisburg

Hinzu kommt, dass viele Menschen den ‚etablierten‘ Medien nicht mehr trauen, was letztlich in dem polemischen Wort ‚Lügenpresse‘ kulminierte. Gerade bei Menschen, die sich von politischen Prozessen ausgegrenzt und von ‚denen da oben‘ nicht vertreten fühlen, ist das Misstrauen in die Medien besonders hoch, während Informationen aus dem Netz, die die eigene Weltansicht bestätigen, häufig unkritisch akzeptiert werden. Als Grund dafür nannten mehrere Interviewpartner eine mangelnde Medienkompetenz vieler Menschen, die dazu führt, dass vertrauenswürdige Quellen nicht mehr identifiziert werden können und damit in der Fülle der verfügbaren Informationen untergehen. Um hier den Demagogen den Riegel vorzuschieben, wäre es nötig, die Menschen in Medienkompetenz auszubilden. Allerdings sind nicht nur Medienkonsumenten in der Pflicht, auch die Zeitungen selber müssen in vielen Fällen ihre Einstellung gegenüber den Lesern ändern. So scheint das Misstrauen in beide Richtungen zu laufen, da die Zeitungen den Leser häufig herablassend behandeln und die Ansicht vertreten, ihm die Welt erklären zu müssen. So eine Bevormundung führt jedoch lediglich zu einer weiteren Spaltung zwischen den Medien und den Menschen.

*„Ich glaube, die Zeitungen haben die Menschen viel zu lange von oben herab behandelt. (...) Wir als Zeitung müssten ex cathedra die Wahrheit verkünden. Nicht nur in den Tatsachen – ‚Die Straße wird 7 km lang, und kostet so und so viel‘ – sondern auch ‚Ist die gut oder ist die schlecht?‘ Und die haben wirklich geglaubt, die Verantwortung zu tragen, dem dummen Leser aus der Siedlung zu erklären, warum was gemacht werden muss.“*

**Martin Kaysh**, Kabarettist, Kolumnist und Blogger

Als mögliches Bindeglied zwischen den beiden Gruppen wurden vor allem die Lokalmedien genannt, die in der Vergangenheit allerdings sträflich vernachlässigt worden sind. Indem beispielsweise Lokalzeitungen durch die Berichterstattung den Menschen lokale Perspektiven und – simplifiziert gesagt – gute Nachrichten überbringen, können sie die Bindung an den Stadtteil bereits stärken. Dies kann unter Umständen dazu führen, dass sich die Anwohner über die positiven Seiten ihres Stadtteils bewusst werden und ihnen auch Wege aus der Perspektivlosigkeit aufgezeigt werden. Nichtsdestotrotz mussten Lokalzeitungen aus Kostengründen häufig auf eine Printausgabe verzichten und werden nur noch im Internet veröffentlicht, was wiederum eine verminderte Wahrnehmung bei der Breite der Stadtteilbewohner zur Folge hat. Hinzu kommt das Problem der Erreichbarkeit von jungen Lesern – was im Übrigen auch auf die überregionalen Tageszeitungen zutrifft –, die ihre Informationen häufig nur noch aus dem Internet beziehen. Hier konnten die Zeitungen bisher noch keine verlässliche Methode finden, besonders die jungen Menschen zielgruppengerechter anzusprechen.

*„Und wir verstehen uns in diesem Konzert eben als lokale Stimme, die dafür sorgt, dass so ein kleiner, umgrenzter Bereich wie Rotthausen Aufmerksamkeit bekommt. Und die die Menschen eben zusammenhält, damit sie da wohnen bleiben, oder sogar dahinziehen!“*

**Susanne Schübel**,  
Geschäftsführerin im Journalistenbüro Herne

*„Die Essenz aus dieser ganzen Geschichte ist, dass sich die örtliche Politik um die Basis nicht mehr kümmert. Das ist aber nicht nur in Rotthausen so, das ist grundsätzlich so. Die schwelgen ja in Sphären, die kümmern sich um die große Weltpolitik, aber der kleine Mann in den Stadtteilen interessiert die gar nicht.“*

**Klaus Koschei**,  
Vorsitzender des Rotthausener Netzwerks (Gelsenkirchen)

## C) POLITIK UND BÜRGERBETEILIGUNG

Die steigende Unzufriedenheit und daraus folgende Desintegration bei wachsenden Teilen der Mehrheitsgesellschaft ist laut dem Urteil der befragten Experten häufig ein Resultat aus politischen Versäumnissen. Viele Menschen fühlen sich nicht ernst genommen und somit vom politischen Prozess ausgeschlossen. Der Vorwurf lautet, dass die (Lokal-)Politik sich nicht mehr um die Alltagsorgen und -ängste der Menschen kümmere, sondern lieber über die Weltpolitik diskutiere. Dabei sollte sich die örtliche Politik gerade um diese Probleme kümmern, anstatt diese Verantwortung auf Bürgerinitiativen zu delegieren.

Das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, ist besonders bei jungen Menschen weit verbreitet. Wertschätzung stellt dabei die zentrale Ressource dar, die die jungen Menschen brauchen, um ein Vertrauensverhältnis zur Politik aufzubauen zu können. Dabei kommt es auch darauf an, dass erwachsene Politiker

die Jugendlichen nicht bevormunden sollten, da dies zu einer Abwendung von politischen Prozessen führen kann. Insgesamt, so waren sich die Befragten einig, könnten junge Menschen relativ sicher erkennen, ob von Politikern initiierte Beteiligungskonzepte für Jugendliche ernst gemeinte Partizipationsangebote oder vielmehr Prestigeobjekte für die Politiker sind. Bei der Erstellung solcher Konzepte ist auch darauf zu achten, dass die Ansprache stimmt: Ein häufig genannter Punkt der Entfremdung war die sprachliche Abgrenzung. Um Jugendliche effektiv ansprechen zu können, müssen die Politiker eine zielgruppengerechte Sprache finden, anstatt sich in unverständlichen Fachbegriffen und politischen Floskeln zu verlaufen. Gerade Letzteres fällt dann besonders auf, wenn Politiker Schulen in ihrem Wahlbezirk besuchen, aber aufgrund kommunikativer Barrieren nicht zu den Schülerinnen und Schülern durchdringen können.

*„Da würde ich schon die Herausforderung darin sehen, einen Weg zu finden, dass Jugendliche sich für die Gestaltung ihres Sozialraumes und ihrer Gesellschaft interessieren. Grundsätzlich tun sie das – aber Instrumente zu haben, wo man sie erreicht und wo sie das Gefühl haben, dass ihre Meinung wirklich gefragt ist und nicht irgendein „Alibi-Jugendlicher“ dazu geholt werden soll. (...) Wenn ich das Gefühl habe, ich werde in den relevanten Sachen gar nicht gefragt, dann glaube ich, sind Jugendliche nicht anders als Erwachsene. Dann kriegen die das Gefühl: ‚Macht es doch alleine!‘“*

**Gregor Gierlich,**  
Geschäftsführer Landesjugendring NRW

Auch müssen die Parteien moderner auftreten, wenn sie die jungen Leute wieder erreichen möchten. Die Frage, ob junge Menschen heutzutage – wie ihnen häufig vorgeworfen wird – politikverdrossen oder gar unpolitisch sind, wurde vehement verneint. Die Ju-

*„Und dann sind da noch beispielsweise die Ratsvertreter, die vielleicht schon 40 Jahre in einer Partei sind und mit Plakate-Kleben angefangen haben. Das wollen die Jugendlichen aber nicht mehr. Aber solange die Plakate-klebenden, damals noch sehr hierarchisch hochgekommenen, Leute noch da sitzen, wo sie sitzen, werden die jungen Leute wenig Lust dazu haben, sich politisch zu engagieren.“*

**Michaela Bonan,**  
Leiterin des Projekts „nordwärts“ (Dortmund)

gendlichen sind durchaus für Partizipationsangebote zu begeistern, wenn diese lebens- und praxisnah sind und eine moderne Ansprache nutzen. Gleichzeitig scheint sich die politische Auseinandersetzung weg von der Mitgliedschaft in einer Partei hin zu einem politischen Meinungsaustausch auf alternativen Wegen, vorzugsweise über Internetplattformen, zu bewegen. Analog zum Bedeutungsverlust der (Sport-)Vereine finden Parteien bei jungen Menschen zwar weniger Anklang, was aber im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass kein Politikinteresse besteht: Oftmals stehen stattdessen neue Formen der Interessenartikulation zur Verfügung, die die Politiker anerkennen und fördern müssen, um zu dieser Zielgruppe vorzustoßen.

Ähnliche Problemlagen lassen sich auch bei älteren Menschen feststellen. Diese fühlen sich – wie die Jugendlichen – häufig vernachlässigt, wobei die Muster unterschiedlich ausfallen. Während bei Jugendlichen die Sprache eine große Rolle spielt, so herrscht bei älteren Menschen häufig das Gefühl, dass die Politik sich nur um Minderheiten und migrantische Gruppen kümmert. Dieses Gefühl muss nicht immer durch Fakten belegbar sein, häufig sind Emotionen statt Statistiken die ausschlaggebenden Faktoren. Zwar suggeriert dies, dass diese Bevölkerungsgruppe vornehmlich aufgrund kultureller Gründe ‚abgehängt‘ ist, jedoch wurde in den Interviews immer wieder darauf hingewiesen, dass viele Gründe und teils auch ein Zusammenspiel dieser zur Desintegration führen können –

*„Mittlerweile sind die Abgehängten die, so Leute wie Du und ich, um die man sich nicht mehr kümmert. Das ist genau der Punkt, die gehen zur Wahl und wählen AfD. Und da muss man gegen halten. Die sagen auch auf der Straße, dass die Politik sich nicht um uns kümmert. Und bei jeder Sitzung haben wir 5 Leute der AfD bei uns sitzen, immer. Die sind da, aber die demokratischen Parteien – also die SPD, CDU, die Grünen und die FDP – nicht. Das ist Politik der 50er und 60er Jahre, als die noch Kugelschreiber und Fähnchen verteilt haben. Die Zeit ist vorbei, aber das haben die noch nicht gemerkt.“*

**Klaus Koschei,**  
Vorsitzender des Rotthäuser Netzwerks (Gelsenkirchen)

die ‚Abgehängten‘ unterscheiden sich ansonsten nicht unbedingt allzu stark von der Durchschnittsbevölkerung. Problematisch ist dabei nicht nur, dass die Politik die Menschen – real oder vermeintlich – ‚vergisst‘, sondern auch, dass häufig nicht mehr zeitgemäß Politik betrieben wird: Zu oft bevormundet die Politik den Wähler und vermittelt ihm auch so das Gefühl, ihn nicht ernst zu nehmen.

Gerade an diesem Punkt setzen rechtspopulistische Parteien an und schaffen es, die Wut der Leute politisch zu kanalisieren und in Stimmen umzuwandeln. Gleichzeitig greifen sie aber auch ein gewisses extremistisches Potential auf, welches sich vor allen Dingen in dem für Populismus typischen Majoritarismus – also der Überzeugung, der Wille von Mehrheiten sei auch trotz eventueller Verletzungen von Minderheitenrechte umzusetzen – widerspiegelt.

In diesem Zusammenhang muss die Frage gestellt werden, ob das extremistische Potential nicht schon immer da gewesen ist und jetzt einfach eine politische Ausdrucksform gefunden hat. Nichtsdestotrotz konnten die populistischen Parteien auch viele Nichtwähler und Protestwähler auf ihre Seite ziehen, was zusätzlich unterstreicht, dass die ‚etablierten‘ Parteien diese Menschen immer schwerer erreichen.

*„Es gibt so viele Menschen in dieser Gesellschaft, die menschenfeindliches Gedankengut mit sich herumtragen und hegen! Waren die überhaupt mal in diese demokratische Gesellschaft integriert oder war immer Druck auf dem Kessel, aber der Deckel hat gehalten – und jetzt entlädt sich das halt?“*

**Jonas Ploeger,** Jugendhilfe Essen

*„Und das ist genau ein Grund, warum die AfD so hochgegangen ist – das ist meine These – weil nämlich viele, die schon lange hier wohnen und schon abgehängt sind oder sich von der Abhängung bedroht fühlen, gespürt haben: ‚Auf einmal wird immer nur noch etwas für die gemacht, die Fremden. An uns denkt keiner!‘ Sie übersehen dabei, dass vorher für sie auch nichts gemacht wurde; dass die herrschende Politik sie nicht erst wegen der Zuwanderer, sondern schon viel früher abgehängt hat. Aber in der Wahrnehmung ist es so angekommen, als wenn jetzt auf einmal alle die anderen bevorzugen und sie benachteiligen.“*

**Hartmut Hering,** Kreissprecher die Linke Gelsenkirchen

*„Und die AfD hat es geschafft, dieses Potential, was immer da war, sich aber immer auf mehrere Parteien verteilt hat – selbst FDP und SPD – zum Teil auf sich zu ziehen; möglicherweise durch den Mechanismus: ‚Wir sind für die Abgehängten da, wir artikulieren eure Wut auf das System. Wir sind die, die endlich mal sagen, was ist!‘“*

**Hartmut Hering**, Kreissprecher die Linke Gelsenkirchen

Als Handlungsempfehlungen, wie es den Parteien gelingen kann, die Menschen wieder besser anzusprechen, wurden von den Interviewpartnern mehrere Möglichkeiten genannt: Zunächst einmal sind es vor allem sehr konkrete und oftmals kleine Dinge – eine renovierte Bushaltestelle oder eine reparierte Laterne – die den Menschen das Gefühl geben, dass sich die Lokalpolitiker um den Stadtteil kümmern. Viel zu häufig schreiben Politiker mitunter ganze Straßenzüge ab, weil sie dort kein Wählerpotential für ihre Parteien erkennen können. Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Integrationspolitik ist unerlässlich, gerade diejenigen anzusprechen, die unzufrieden sind anstatt sich mit einer Klientelpolitik zum eigenen Nutzen zufriedenzugeben – denn nur vor Ort mit den Menschen kann man ein Gefühl der Wertschätzung kreieren.

*„‘Bürgernah‘ und ‚Bürgerbeteiligung‘. Wenn es dann zur Bürgerbeteiligung kommt, dann passt es denen nicht: ‚Die haben doch keine Ahnung, die Bürger.‘ Das stimmt meiner Meinung nach nicht. Das ist die Arroganz der Bürokratie und der Macht: ‚Wir wissen, was gut ist für euch.‘“*

**Dr. Rolf Heinrich**

Hier liegt das Potenzial besonders in Bürgerbeteiligungsformaten als Bindeglied zwischen den Bewohnern. Beteiligungsformate bieten einen effektiven Weg, Wertschätzung und ein Verständnis für politische Beteiligungsprozesse zu schaffen. Allerdings müssen diese gewisse Kriterien erfüllen, sodass der gewünschte Effekt nicht ins Negative umschlägt. Ähnlich wie bei den Jugendlichen geht es darum, die Bürger tatsächlich ernst zu nehmen und die Ideen von Bürgerbeteiligungsformaten auch wirklich in die Lokalpolitik einzubringen. Hierbei gilt

es auch zu beachten, dass Bürgerbeteiligungsformate für die jeweilige Zielgruppe passgenau zugeschnitten sein müssen. Wenn man möglichst viele Leute erreichen will, sind Faktoren wie Spaß und ein nachhaltiger Austausch unter den Teilnehmern unabdingbar. Werden Bürgerbeteiligungsformate korrekt angegangen, können sie allerdings ein sehr effektives Werkzeug zur (Re-)Integration von Menschen und zum Brückenschlagen zwischen Politik und Bürgerschaft darstellen.

*„Bürgerbeteiligung muss immer einen Eventcharakter haben, es muss Spaß machen, es muss was zu essen und was zu trinken geben und es muss immer die Möglichkeit geben, auch nochmal mit dem Nachbarn ein Pläuschchen zu halten.“*

**Michaela Bonan**,  
Leiterin des Projekts „nordwärts“ (Dortmund)

*„Von den etablierten Parteien wird immer – nicht offiziell – gesagt: ‚Wir schauen, wo engagieren wir uns, weil überall schaffen wir es nicht. In welche Quartiere gehen wir rein, in welche Straßen gehen wir rein?‘ Da wird ganz oft gesagt: ‚da brauchst du gar nicht hingehen, da geht keiner mehr wählen. Da kannst du dich engagieren, wie du willst, die kommen nicht.‘ Die haben aber dieses Mal AfD gewählt. Also muss man doch dahingehen!“*

**Michael Zühlke**,  
Bezirksbürgermeister für u.a. Essen Katernberg

## D) DAS DIREKTE UMFELD UND DIE QUARTIERSENTWICKLUNG

*„Also erstmal grundsätzlich spiegelt sich das Große immer im Kleinen. Und gerade im Lokalen ist die große Politik, oder sind die großen Trends, mit Händen zu greifen.“*

**Susanne Schübel**, Geschäftsführerin im Journalistenbüro Herne

Die wichtigste Ebene der Erlebniswelt der Menschen ist zunächst einmal die lokale Stadt(teils)ebene. Auf dieser Ebene findet der alltägliche soziale Kontakt mit den Mitmenschen statt, und somit spielt das Lokale eine entscheidende Rolle für das Gefühl der Zugehörigkeit. Dementsprechend sollte das direkte Umfeld als erste Anlaufstelle für etwaige (Re-)Integrationsbemühungen verstanden werden.

*„Kein Mensch kommt hier auf die Idee, zu sagen: ‚Mensch diese zugewanderten Menschen sind überwiegend auch junge Leute, das ist ein riesiges Potential, auch für eine altgewordene Nachbarschaft.‘“*

**Andreas Beilein**, ehemals Programmleiter Stadterneuerung Gelsenkirchen

In den Interviews hat sich gezeigt, dass die Ressource Nachbarschaft bislang nicht ausreichend genutzt wird. Gerade über die Nachbarschaft ist es möglich, das Zusammenleben der Menschen auf allen Ebenen zu organisieren, aber häufig werden Potentiale nicht erkannt. Die soziale Durchmischung als integrationsstiftendes Moment findet nicht in ausreichendem Maße statt und kann auch nicht von der Stadtteilgesellschaft alleine vollbracht werden. Eine solche Durchmischung ist aber für ein interkulturelles und intergeneratives Zusammenleben notwendig, welches wiederum die Verbundenheit zum Quartier und auch zu den unterschiedlichen Menschen in der Gesellschaft solche herstellen kann. In diesem Zusammenhang gilt es, weitere Begegnungsstätten einzurichten, um eben diesen alltäglichen Austausch zwischen Anwohnern aus verschiedenen Alter- und Gesellschaftsschichten eines Stadtteils zu ermöglichen.

*„Der Kern ist doch der, Begegnungen zu ermöglichen. Begegnungen zu ermöglichen zwischen Menschen, die sich sonst nicht begegnen.“*

**Dr. Rolf Heinrich**, Vorsitzender der Bürgerstiftung „Leben in Hassel“ (Gelsenkirchen)

Doch gerade auf dieser Ebene offenbaren sich Defizite in vielen Stadtteilen im Ruhrgebiet: Es fehlt an Begegnungsorten, an denen die Menschen bei Bedarf zusammenkommen können. Solche Orte können unterschiedlicher Natur sein und reichen vom umfangreich ausgestatteten Stadtteilzentrum bis hin zur einfachen Eckkneipe – soziale Interaktion kann auf unterschiedlich institutionalisierten Ebenen stattfinden. Diese Entwicklung wird von den Gesprächspartnern häufig als Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels verstanden, welcher dazu geführt hat, dass klassische Begegnungsorte geschlossen wurden. Erschwerend kommt der wirtschaftliche Druck durch das Internet hinzu, der auch dazu führt, dass viele Geschäfte vor Ort nicht mehr konkurrieren können. Gerade bei älteren Anwohnern führt dies häufig zu einem Gefühl ei-

*„Es gibt ein ganz starkes Bedürfnis von Vernetzung und Verbindung von irgendetwas. Dieses ‚Ich möchte irgendwo hingehen, wo ich mich mit jemandem treffen kann.‘ Das, was früher die Stammkneipe oder so etwas wie der Schützenverein war, das fehlt.“*

**Michaela Bonan**, Projektleiterin „nordwärts“ (Dortmund)

*„Sie sind früher aus der Zeche rausgegangen, vor jeder waren vier Kneipen – links, rechts, geradeaus. Das war einfach so und das hörte dann irgendwann auf als diese Arbeitsplätze wegfielen. Die Leute mussten sich morgens ins Auto setzen und nach Recklinghausen und nach dahin und dorthin fahren. Früher sind sie aus der Zeche raus, in die Kneipe – fünf Bier – nach Hause.“*

**Jörg Sartor,**  
Vorsitzender der Essener Tafel

nes negativen Wandels, der sich dadurch auszeichnet, dass traditionsreiche Lokale und Geschäfte scheinbar ohne Ersatz wegfallen.

Diese Ressentiments werden zusätzlich dadurch verstärkt, dass speziell die traditionellen Begegnungsorte an Bindungskraft verloren haben. Sinkende Mitgliederzahlen in Sport- und anderen Vereinen deuten darauf hin, dass die Menschen sich nicht mehr zwangsweise in Vereinen organisieren, um sich sportlich, gemeinnützig, politisch etc. zu betätigen. Allerdings boten die Vereine eine Struktur an, in der die Teilnehmer regelmäßig ihre Freunde und Bekannten treffen konnten. Durch den Wegfall dieser Angebote veränderte sich auch die gesellschaftliche Teilhabe, die nun individueller und weniger organisiert ausfällt. Gerade für Menschen mit limitierten finanziellen Mitteln oder ohne die Fähigkeit, im Internet die relevanten Ereignisse aus der Masse der verfügbaren Angebote herauszufiltern, können sich somit Probleme bei der gesellschaftlichen Bindung an den Stadtteil und die dann als anonym wahrgenommene Nachbarschaft ergeben.

*„Wir müssen die Quartiere stärken, und zwar ganz schnell und ganz massiv, weil wir diesen gesellschaftlichen Zusammenhang durch die Digitalisierung, durch das schnelle Leben verlieren. Die jungen Leute sitzen alle nur noch zu Hause und daddeln. Wenige spielen noch auf der Straße Gummitwist oder Völkerball. Es gibt keine Orte der Begegnung mehr, die Kneipe an der Ecke stirbt aus; das gilt auch für den Tante-Emma-Laden.“*

**Michaela Bonan,** Projektleiterin „nordwärts“ (Dortmund)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Experten sich einig waren, dass das Quartier als direkter Begegnungsort systematisch und weitläufig gestärkt werden muss, um den Desintegrationstendenzen entgegenzuwirken. Auf Stadtteilebene können bereits kleine und scheinbar unwichtige Änderungen gravierende Folgen nach sich ziehen, weshalb eine Fokussierung auf diese Ebene besonders wichtig ist.

*„Viele von diesen Menschen sind mittlerweile auch nicht mehr in diesen klassischen Vereinsstrukturen, die man früher auch gerade im Ruhrgebiet sehr stark hatte. Das gibt es einfach vielerorts nicht mehr, oft ist einfach nur noch die SPD-Struktur übriggeblieben. Vereinssterben ist auch ein Thema, gerade in Bezug auf Sportvereine.“*

**Indra Paas,** Vorsitzende Jusos Dortmund

## **E) POLITISCHE BILDUNG ALS LÖSUNG?**

Als weitere wichtige Komponente bei der Reintegration der 'Abgehängten' wurde in den Interviews immer wieder die politische Bildung hervorgehoben, die eine zentrale Rolle bei der Prävention von Desintegration spielen kann. Allerdings gibt es auch auf diesem Feld mehrere Probleme, die es anzugehen gilt, wenn man für diese Zielgruppe effektive Bildungsangebote kreieren möchte.

Sowohl die befragten Praktiker als auch die Wissenschaftler aus dem politischen Bildungsbereich waren sich einig, dass die politische Bildung ein Imagepro-

blem hat und nicht die gesellschaftliche Zustimmung erfährt, die sie eigentlich bräuchte. Dieses Problem verdichtet sich besonders am Beispiel Schule, wo politische Bildung häufig an ihre Grenzen stößt – sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. So arbeiten politische Bildner häufig unter finanziellem Druck, was auch durch die häufig fehlende Anerkennung aus Politik und Gesellschaft bedingt ist. Die politische Bildung muss dementsprechend mit anderen Bildungsfächern, die von großen Teilen der Öffentlichkeit häufig als wichtiger angesehen werden, ‚konkurrieren‘,

*„Die Kolleginnen und Kollegen in der außerschulischen Bildung müssen sich immer mehr über die Einnahmen durch ihre Angebote rechtfertigen; aber politische Bildung bringt kein Geld. Wenn es hier keine Querfinanzierung innerhalb der Institutionen oder keine zusätzliche Finanzierung gibt, dann marginalisiert politische Bildung. Es müsste schon ein Kerngeschäft dieser Gesellschaft sein.“*

**Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer**, Bildungswissenschaftler der Universität Duisburg-Essen

wodurch politische Bildner häufig in einen finanziellen Rechtfertigungsdruck geraten. Lange Zeit wurden zudem die Effekte von politischer Bildung unterschätzt und viele Projekte im Bereich Extremismusprävention eingestellt oder weniger gefördert. Erst mit den jüngsten Ereignissen, die in den Vorfällen in Chemnitz im Spätsommer 2018 kulminierten, scheint das Thema wieder verstärkt auf die Agenda der politischen Entscheidungsträger gekommen zu sein.

*„Für uns ist auf jeden Fall der Bereich Rechtspopulismus und –Extremismus ein großes und ganz schwieriges Thema, was aber schon immer ein Kern in unserer Gesellschaft war. Wir hatten das Thema jetzt für etwa 20 Jahre das Thema ein bisschen weggehängt und uns alle im Bereich der intellektuellen Mitte eingefunden.“*

**Florian van Rheinberg**, Politische Jugendbildung Stadt Essen

Allerdings fehlt es auf Seiten der Adressaten oftmals am Interesse, sich an Bildungsangeboten zu beteiligen. Gerade in Bezug auf die Schülerschaft herrscht häufig ein Nichtinteresse an diesen Themen oder gar eine grundsätzliche Oppositionshaltung, die dadurch verstärkt wird, dass der Lehrer oftmals nicht aus seiner Lehrerrolle herauskommt und die Schüler dementsprechend bei höchst sensiblen und persönlichen politischen Themen nicht erreichen kann. Zudem haben viele Schüler keine Lust auf außerschulische (politische) Bildungsangebote, da sie mit ihrem Schulalltag bereits ausgelastet sind und das Wort ‚Politik‘ auch oftmals negativ konnotiert ist. In der Regel erreichen die Bildner dementsprechend nur diejenigen, die sich sowieso schon für die Themen interessieren. Die

*„Für mich ist es das größte Anliegen, Jugendliche und Politik zusammenzubringen und das klappt auf Bezirksebene hervorragend, weil da die Interessen ähnlich sind und die dadurch a) Politiker einmal anders erleben und b) mal mitbekommen, wie sie selber politisch agieren können.“*

**Detlef Black**, SJD-Die Falken Essen

Zielgruppe, die allerdings dringend adressiert werden müsste, also die ‚Abgehängten‘ oder diejenigen, die von einem Abstieg in extremistische Kreise bedroht sind, sind selten über klassische Bildungsangebote zu erreichen. Die Politische Bildung hat also auch ein Problem mit der Erreichbarkeit problematischer und bildungsferner Zielgruppen – dies trifft allerdings nicht nur auf die Jugendlichen als Zielgruppe zu, sondern auf Adressaten aller Altersklassen.

*„Jemand, der in Chemnitz auf die Straße geht, den erreiche ich doch nicht mit einem Workshop in der Schule oder einem Angebot in der Kinder- und Jugendarbeit. Den erreiche ich, wenn der nicht möchte, gar nicht mehr.“*

**Jonas Ploeger**, Jugendhilfe Essen

Dieses Problem der politischen Bildung ist allerdings kein neues Phänomen, sondern konnte bereits in der Vergangenheit so beobachtet werden. Interessanter ist vielmehr die Frage, wie die politischen Bildner heutzutage versuchen, diese Hürde zu überwinden. Die Interviewpartner antworteten darauf meistens damit, dass die politische Bildung über die klassischen Ansätze, die nur einen Teil der bereits interessierten und engagierten Menschen erreichen, hinausgehen müsse. Auch wenn vermutlich niemand, der bereits über ein geschlossen rechtes Weltbild verfügt, zu einem politischen Bildungsangebot kommen wird, so ist es doch möglich, extremistische Tendenzen über das sogenannte Vor- und Umfeld – also über Menschen, die noch nicht vollends in ihrer Weltanschauung gefangen sind – einzugrenzen. Somit kann politische Bildung auch viel zur indirekten Extremismusprävention beitragen, wenngleich sie den ‚harten Kern‘ allerdings nur sehr selten erreicht.

*„Wenn ich jetzt schon politische Bildung schreibe und so ein Seminar der politischen Bildung anbiete, dann zieht das natürlich gewisse Gruppen an, die sich sowieso schon engagieren und auch vielleicht schon eingebunden sind.“*

**Pia Kötter**, Geschäftsführerin Arbeitskreis Jugend Essen

Dadurch, dass außerschulische Bildungsprojekte zu meist auf Freiwilligkeit basieren, ist es generell schwer, die gewünschte Zielgruppe zum Kommen zu bewegen. Daher ist es wichtig, politische Bildung mehrdimensional zu verstehen: Nicht nur die klassischen Institutionen und Bildungsangebote wie Seminare oder Kurse sondern auch viele soziale Akteure wie Kirchen, Gewerkschaften oder Sportvereine betreiben – manchmal unbewusst – politische Bildung. Überall dort,

*„Außerschulische Bildung ist auf Freiwilligkeit angewiesen. Und da kommt niemand, das zeigen alle Erkenntnisse aus der Sozialpsychologie, der eine manifeste autoritäre Grundstruktur hat, um sich vom Gegenteil überzeugen zu lassen. Rechtsextremisten kommen zu diesen Veranstaltungen, um zu stören. (...) Das bedeutet also, im Moment kann politische Bildung als organisierte Form wenig leisten, um den harten Kern zu erreichen. Aber – das ganze wäre schließlich sinnlos, wenn es das endgültige Ergebnis wäre – es gibt das sogenannte Vor- und das Umfeld. Da sind Leute, die noch abwarten und (noch) nicht zum harten Kern gehören; die sind noch überzeugungsfähig. Politische Bildung kann da viel zur Prävention leisten.“*

**Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer**, Bildungswissenschaftler  
Universität Duisburg-Essen

wo den Menschen eine gewisse Wertschätzung zugesprochen wird und man ihnen beibringt, wie sie sich in politische und gesellschaftliche Teilhabeprozesse einbringen können, kann und sollte man auch von einer Form der politischen Bildung sprechen. Analog zu der Feststellung, dass die Menschen sich am ehesten mit politischen Prozessen identifizieren können, wenn sie lokal und greifbar sind – also die ‚kleinen Dinge‘ angehen – muss die politische Bildung ebenso vermehrt konkrete und praxisnahe Projekte durchführen, die in die Lebenswelt der Menschen eindringen.

*„Der Begriff ‚politische Bildung‘ soll nicht auf die klassischen Institutionen beschränkt sein. Denn viele soziale Akteure – NGOs, Fußballvereine, Kirchen, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften – engagieren sich auch in politischer Bildung.“*

**Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer**, Bildungswissenschaftler der Universität Duisburg-Essen

Gerade an der schulischen politischen Bildung wird häufig kritisiert, dass sie zwar die Politik auf nationaler und internationaler Ebene erklärt, die lokale Politik und ihre Funktionsweise aber häufig vernachlässigt. Das kann wiederum dazu führen, dass die Menschen politische Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene nicht nachvollziehen können und sich so aus Unwissen oder Desinteresse von der Lokalpolitik vollends abwenden. Politische Bildung muss auch hier ansetzen und den Menschen die Politik, die sie direkt betrifft, nahebringen – sie also in die Lage versetzen, sich von alleine in politische Prozesse einbringen und ihre Interessen aktiv vertreten zu können. Gleichzeitig

*„Politische Bildung und Schule, glaube ich, kommt zu kurz. Die kommunalen Bildungslandschaften sind oft sehr schulzentriert, weil man bei dem Thema Bildung immer nur von Schule ausgeht.“*

**Gregor Gierlich**, Geschäftsführer Landesjugendring NRW

*„Wir stellen in unserer Arbeit fest, dass die politische Bildung an Schulen sehr mangelhaft ist, dass viele Jugendliche auch schon im wahlberechtigten Alter unser politisches System überhaupt gar nicht kennen. Weder wie Kommunalpolitik funktioniert, noch wie unser Rat funktioniert, oder was überhaupt Bezirksvertretungen sind. Das sind die, die als aller allerstes für meine Anliegen zuständig sind, wenn ich etwas in meinem Sozialraum ändern möchte.“*

**Pia Kötter**, Geschäftsführerin Arbeitskreis Jugend Essen

müssen aber die Rahmenbedingungen, unter denen die politischen Bildner arbeiten, verbessert werden. Ausreichend ausgebildetes Personal und finanzielle Unterstützung sind schließlich essentiell für den Erfolg der politischen Bildung.

### 3. AUSWERTUNG UND FAZIT

Die Interviews zeichnen ein heterogenes Bild des Integrationsstandes großer Teile der Mehrheitsgesellschaft. Es gibt eine Vielzahl an Gründen, warum Menschen sich von der Gesellschaft und/oder der Politik abgehängt fühlen und ebenso viele Hürden bei der Reintegration dieser Bevölkerungsschichten. Gleichzeitig existieren bereits Ideen und Konzepte gegen die Desintegrationstendenzen, die zumeist durch Wertschätzung auf einer persönlichen und lokalen Ebene versuchen, das Vertrauen in Gesellschaft und Politik wiederherzustellen. So können zum Beispiel Bürgernetzwerke den Menschen die Möglichkeiten zur eigenen Interessenartikulation aufzeigen, während Stadtteilzentren eine tiefere Bindung an den eigenen Stadtteil durch die Vernetzung mit Nachbarn ermöglichen. Die für die Integration relevanteste Ebene ist also die lokale Ebene, weil diese für die betroffenen Menschen in ihrem Alltag am greifbarsten ist. Doch gerade dieser Bereich wurde in der jüngsten Vergangenheit sträflich vernachlässigt: Lokalpolitiker kämpfen mit einem schlechten Image, auch weil die lokalen politischen Prozesse häufig nicht richtig nachvollzogen werden (können), die Lokalmedien wurden lange Zeit zugunsten der großen Tageszeitungen ignoriert und durchleben erst jetzt so etwas wie eine Renaissance und auch bei der Stadtteilentwicklung werden die Wünsche der Bürger oft nicht ernst genommen.

Dabei haben die Interviewpartner auch immer wieder unterstrichen, dass man ‚den Abgehängten‘ nicht

problemlos charakterisieren kann; stattdessen kann das Gefühl, abgehängt zu sein, sehr individuell ausfallen und an unterschiedlichen Gründen festgemacht werden. Diese Menschen ziehen sich durch alle sozialen Schichten und haben ein Misstrauen aufgrund verschiedener Faktoren entwickelt. Für manche Menschen spielen kulturelle, die Identität betreffende Aspekte eine Rolle, andere wiederum fühlen sich ökonomisch abgehängt oder zumindest bedroht und für wieder Andere liegt eine Vermischung zwischen diesen Kategorien vor. Dies stellt auch die Praktiker und politischen Bildner vor Herausforderungen, da Angebote passgenau gestaltet werden müssen, um diese Menschen effektiv ansprechen zu können. Gerade die Beispiele aus der Praxis zeigen, dass die gewünschte Zielgruppe nur selten motiviert werden kann, an entsprechenden Projekten, Initiativen oder sonstigen Angeboten teilzunehmen. Auch darum muss politische Bildung als universaler als rein klassische Bildungsangebote verstanden werden und auch auf andere Bereiche der Gesellschaft – wie auf Sportvereine oder Kirchen etwa – ausgedehnt werden. Dort kann man Leute in einem für sie gewohnten Umfeld erreichen, ohne direkt die bei der Zielgruppe häufig vorhandenen Vorurteile gegen politische Bildung oder Politiker zu aktivieren. Doch oftmals fehlt es an ganz praktischen Mitteln, um diese Integrationsprojekte voranzutreiben: Die häufig fehlende Wertschätzung ist immer nur der erste Ansatzpunkt, der im Weiteren durch konkrete – oftmals finanzielle – Unterstützung und zielgerichtete Angebote ausgebaut werden muss.

Besonders in der Pflicht stehen Politiker, die immer häufiger als egoistisch und nur auf den eigenen Vorteil bedacht gesehen werden. Diesem Image gilt es mit

einer bürgernahen und authentischen Politik entgegenzutreten, um so eine Vertrauensbeziehung zu den Wählern aufbauen zu können. Meistens sind es auf den ersten Blick triviale Kleinigkeiten, die den Unterschied ausmachen können – gerade auf diese kleinen Dingen sollte sich die Lokalpolitik stärker konzentrieren und auch kleine Erfolge besser kommunizieren. Bildung hingegen muss dazu beitragen, ein besseres Verständnis für diese Prozesse und die Funktionsweise der Demokratie insgesamt herzustellen.

Die Sorge um wachsende antidemokratische Tendenzen, wachsende Xenophobie und die Missachtung von Minderheitenrechten zugunsten der (selbsternannten) Mehrheit schimmerten in den Interviews immer im Hintergrund durch. Bildungsangebote auf allen Ebenen der Gesellschaft und insbesondere in der Schule müssten aktiver dagegen vorgehen, aber auch ältere Menschen, die häufig nicht Adressaten dieser demokratie-stärkenden Angebote sind, müssten stärker in die Pflicht genommen werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der nahezu unkontrollierten Informationen, die im Internet kursieren, müsste öffentlich auch stärker über Medienkompetenz diskutiert werden. Wenn den Menschen Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, sich selber über vertrauenswürdige Quellen informieren zu können, dann könnte auch das Misstrauen gegenüber den ‚etablierten‘ Medien reduziert werden. Passende Angebote, die die antidemokratischen Tendenzen bekämpfen, sollten also immer auch als Hilfe zur Selbsthilfe gesehen werden, da es effektiver ist, den Menschen ihre eigenen Möglichkeiten der demokratischen Interessensvertretung aufzuzeigen, als ihnen in Klassenräumen lediglich politische Theorie beizubringen. ■

*„Ich versuche mir mal eine Gruppe vorzustellen, für die ich jetzt Integrationsbedarf sehe; also eine Gruppe von ‚abgehängten Menschen‘. Dann sind es für mich Menschen, die in diesen Bereichen – angefangen mit Bildung über Bewegung und Sport, Sprache, kulturelle Angebote, politische Bildung – Defizite haben oder nie die Chance hatten, hier Kompetenzen zu erwerben und insofern muss ich hier sagen, Angebote gehen von ganz basalen Kompetenzen wie Sprache und Bewegung bis hin zu sozialem Miteinander, Kultur und politischem Engagement im Sinne von Engagement für die Umwelt und mein Gemeinwesen.“*

**Andreas Beilein**, ehemals Programmleiter Stadterneuerung Gelsenkirchen

# REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE, VERTRAUEN, AKZEPTANZ UND DIE INTE- GRATION DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT

## *Ursachen – Maßnahmen – Zusammenhänge*



**Prof. Dr. Volker Kronenberg**  
*Projektleiter und Vorsitzender des  
Wissenschaftlichen Beirats der Bonner  
Akademie, Institut für Politische Wissenschaft  
und Soziologie der Universität Bonn*

Globalisierung, Digitalisierung, Migration, Modernisierung – dies sind allesamt Schlagworte umwälzender gesellschaftlicher, politischer und kultureller Wandlungsprozesse, die ob ihrer Komplexität und Dynamik mithin Verunsicherungen und Ängste bei den Bürgern befördern.

Dabei geht es im Kern oftmals weniger um den Wandel an sich – denn die einzige Kontinuität von Gesellschaften ist ihr steter Wandel – sondern es scheint, als ob eine neue Dimension der Beschleunigung, der Entgrenzung und der Unübersichtlichkeit gewisse Bedrohungsszenarien und Krisengefühle potenziert und gesellschaftlichen Stress produziert.

Es mutet deshalb nur auf den ersten Blick paradox an, dass die krisenhaften Phänomene und deren Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie in eine Zeit fallen, in der es Deutschland wirtschaftlich gut geht: Die Arbeitslosenzahlen sind auf einem Rekordtief, der Export deutscher Produkte im globalen Handel floriert. Auf den zweiten Blick erkennt man jedoch, dass weniger die objektive soziale und ökonomische Lage entscheidend ist, als die subjektive Wahrnehmung gesellschaftlicher Entwicklungen. Dass diese Wahrnehmung in der Bevölkerung mit Blick auf das Vertrauen in „die Politik“ bzw. ihre Repräsentanten negativ eingefärbt ist, belegen jüngste Umfragen. Anfang des Jahres 2018 ermittelte Forsa, dass

nur noch 19 Prozent der Menschen den politischen Parteien vertrauen, der Bundeskanzlerin vertraut nur jeder zweite Bürger. Laut einer Erhebung von Infratest dimap im September 2018 haben 56 Prozent der Bürger wenig bis gar kein Vertrauen in die Bundesregierung.<sup>1</sup>

Diese Befunde sind mit Blick auf die notwendige gesellschaftliche Fundierung und Integration demokratischer Systeme besorgniserregend. Wesentlich ist nun, medizinisch gesprochen, von den beobachteten Auswirkungen als Symptomen einer Vertrauenskrise der repräsentativen Demokratie – die etwa an eben jener Repräsentationslücke offenbar wird – auf ihre möglichen Ursachen zu schließen, die vielfach im Unklaren und in Graubereichen liegen. Eine stichhaltige Anamnese hilft bei der Diagnose der tatsächlichen Ursachen, um kurativ nicht gegen sprichwörtliche Windmühlen zu kämpfen, sondern das Problem gleichsam „an der Wurzel zu packen“.

Im Zuge des Forschungsprojekts „Bürger, Demokratie, Politik. Die repräsentative Demokratie in der Akzeptanzkrise?“ wurden zu diesem Themenfeld bereits wichtige Vorarbeiten geleistet, die sehr gut als Bindeglied in das davon zu unterscheidende Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft. Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ integriert werden konnten.

Ziel des Projektes war es, die Ursachen für eine Vertrauenskrise herauszudestillieren, um dann geeignete institutionelle Reformmöglichkeiten für das repräsentative System aufzuzeigen, die die Akzeptanz von Politik und Demokratie sowie die Partizipation der Bürger wieder stärken sollen. Genähert hat man sich den Fragestellungen durch intensive Literatursichtung – aber eben nicht nur, ist der Anspruch der „Bonner Tradition“ in der politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft doch immer auch der einer „praktischen Wissenschaft“. Interviews mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Kirche, Gewerkschaft und Zivilgesellschaft als tragende Säulen der Bürgerschaft bildeten die Grundlage. Es folgten zahlreiche themenbezogene Expertenworkshops, beispielsweise zu „Jugend und Politik“ mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger. Weitere Veranstaltungen gab es zur sozialen Dimension der Akzeptanzkrise mit der damaligen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles oder zu Fragen des Zusammenlebens in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft, zu denen der Bundesabgeordnete Jens Spahn mit uns diskutierte. Gespräche mit lokalen Bürgerplattformen und -initiativen ergänzten das Panorama um die konkrete, kommunale Partizipation vor Ort. Nur anhand vielfältiger Perspektiven auf diesen komplexen Sachverhalt – den Mangel an Vertrauen und Akzeptanz, das gleichzeitige Erstarken des Populismus – lassen sich passgenaue und differenzierte Lösungen generieren.

Wenn von Integration die Rede ist, so assoziieren die meisten Menschen damit in erster Linie die Integration von Migranten. Wenn jedoch wachsende Teile der Bevölkerung unzufrieden mit der repräsentativen Demokratie sind und es an Vertrauen in das demokratische Gemeinwesen mangeln lassen, so ist es höchste Zeit, auch über geeignete Integrationsmaßnahmen der „Mehrheitsgesellschaft“ nachzudenken.

Bevor man über Maßnahmen spricht, gilt es, sich mit dem Begriff der „Mehrheitsgesellschaft“ definitorisch auseinanderzusetzen, da schon allein seine Verwendung kontrovers diskutiert werden kann, impliziert der Begriff doch zunächst intuitiv qua Größenordnung und Anteil in der Gesellschaft ein Machtverhältnis und die Existenz einer Dominanzkultur.<sup>2</sup> Daher wird gerade von Befürwortern des Multikulturalismus diese Begrifflichkeit zuweilen abgelehnt, insofern als inhaltlich damit in deren Augen oftmals eine kulturelle Assimilation der Minderheiten an die „Mehrheitsgesellschaft“ verbunden wird.<sup>3</sup> In diesem Sinne soll er hier nicht Verwendung finden. Denn Ziel des Integrationsprozesses ist nicht die assimilative, einseitige Anpassung der Migranten an die soziokulturelle Norm der Aufnahmegesellschaft. Es ist ein reziproker Prozess der Akkulturation und des Austausches mit Veränderungen auf beiden Seiten. Auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft, die im Übrigen selbst kein monolithischer, homogener Block ist, sondern sich in vielfältige Milieus unterglie-

„WENN VON INTEGRATION DIE REDE IST, SO ASSOZIIEREN DIE MEISTEN MENSCHEN DAMIT IN ERSTER LINIE DIE INTEGRATION VON MIGRANTEN. WENN JEDOCH WACHSENDE TEILE DER BEVÖLKERUNG UNZUFRIEDEN MIT DER REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE SIND UND ES AN VERTRAUEN IN DAS DEMOKRATISCHE GEMEINWESEN MANGELN LASSEN, SO IST ES HÖCHSTE ZEIT, AUCH ÜBER GEEIGNETE INTEGRATIONSMASSNAHMEN DER ‚MEHRHEITSGESELLSCHAFT‘ NACHZUDENKEN.“

dert, gelten als Parameter für das Gelingen der Integration die Offenheit für kulturellen Pluralismus und die Akzeptanz der Vielfalt.<sup>4</sup> Da die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft – trotz ihrer Heterogenität – grundsätzlich gegenüber neu ankommenden Minderheiten zunächst über mehr soziale und kulturelle Ressourcen verfügt, hat der Begriff mit einer pluralen, nicht wertenden oder machtzentrierten Implikation, seine Daseinsberechtigung und meint die aufnehmende, autochthone Gesellschaft. Wesentliche Grundlage beider Projekte ist darum das essentielle Verständnis, dass Integration als Bereicherung und nicht als Zumutung verstanden wird.

### **Aus diesem Fundus schöpfend widmet sich der folgende Beitrag drei zentralen Fragestellungen:**

1. Worin liegt der Ursprung für eine teilweise Desintegration der Mehrheitsgesellschaft, für das wachsende Misstrauen in die Demokratie?
2. Welche Maßnahmen sind geeignet, die Mehrheitsgesellschaft wieder für die repräsentative Demokratie zu gewinnen, mithin das Vertrauen in den demokratischen Prozess (wieder) zu stärken?
3. Welche Rolle kann politische Bildung in diesem Zusammenhang spielen?

Im Folgenden werden anhand der obenstehenden Leitfragen zunächst mögliche Ursachen für ein wachsendes Misstrauen gegenüber demokratischen Strukturen und Prozessen diskutiert, um dann erfolgversprechende (Gegen-)Maßnahmen zu präsentieren. In diesem Zusammenhang liegt ein wesentlicher, in einer gesonderten Unterfrage formulierter Fokus auf der Rolle und Wirkung politischer Bildung.

## **I. DER POLITIK VERTRAUEN UND DIE DEMOKRATIE AKZEPTIEREN: WIE, WARUM, WOZU?**

Ein Blick in Zeitungen oder, in noch stärkerem Maße, ein paar Klicks durch soziale Medien zeigen schnell auf, dass die repräsentative Demokratie mindestens in Teilen der deutschen Bevölkerung an Rückhalt, an Vertrauen, ja, an Akzeptanz verloren hat: Beobachtungen wie eine zunehmend rohe Sprache gegenüber politischen Repräsentanten, Verwaltungspersonal oder

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz deuten auf ein wachsendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber denjenigen hin, die dem ‚bonum commune‘ dienen sollen, die Ansprechstellen für die Bevölkerung sein sollen, die allgemeinverbindlich Recht sprechen sollen. Einerseits lautet ein zentraler Vorwurf aus der Bevölkerung, vonseiten der „Misstrauischen“, dass die Gewählten angeblich ihre Rechte nicht verträten, dass die gesellschaftlichen Eliten sich abkoppelten, immer weiter von „Volkes Wille“ entfernten und den partizipativen Bedürfnissen der Bevölkerung – kurzum: dem Wunsch, dass ihre individuellen Bedürfnisse und Interessenlagen nicht nur wahr-, sondern auch ernstgenommen werden und diese im Prozess der politischen Entscheidungsfindung sowohl zunächst transparent gemacht, als auch angemessen berücksichtigt werden – nicht nachkämen. Andererseits gehört zur Akzeptanz repräsentativ-demokratischer Verfahren nicht nur die Prozessakzeptanz, auf der in erheblichem Maße die Input-Legitimität unseres politischen Systems fußt, sondern ebenso eine Akzeptanz der erreichten Ergebnisse, die Output-Legitimität. Wenn in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, dass Prozesse kein Ende nehmen oder so lange diskutiert und abgestimmt wird, bis das ursprünglich durch politische Eliten gewünschte Ergebnis zustande kommt, wirkt sich das negativ auf ihr Vertrauen in die repräsentative Demokratie aus, wird deren Akzeptanz untergraben. Dies kann die Desintegration der Mehrheitsgesellschaft befördern.

Trauen, Vertrauen, Misstrauen – welche Bedeutung verbirgt sich hinter dieser Begriffsreihe und welche Rolle spielen Vertrauen respektive Misstrauen im Hinblick auf Akzeptanz von Politik? Das Wort „Vertrauen“ kommt ursprünglich aus dem Alt- bzw. Mittelhochdeutschen und geht auf das Gotische „trauan“ zurück. „trauan“ im Sinne von „treu“, „stark“, „fest“, „dick“. Die alten Griechen verwendeten den Begriff „pistis“ (πίστις), was mit „Glaube“ übersetzt werden kann. Im Lateinischen hat es seine Wurzeln zum einen in „fiducia“ – Selbstvertrauen, zum anderen im Begriff „fides“ – Treue. So steht Vertrauen im Antiken und mittelalterlichen Gebrauch im Spannungsfeld von Treue und Glauben. Bis heute hat sich die Formulierung „Auf Treu’ und Glauben“ im Sprachgebrauch gehalten.

Seit Beginn der Neuzeit, etwa im 17. Jahrhundert mit Thomas Hobbes einsetzend, ist Vertrauen immer stärker ein „Zutrauen“ in die eigenen Fähigkeiten – „Selbst-Vertrauen“ – auch anlehnend an Descartes’

Prinzip des „Cogito, ergo sum“. Das „Selbst“ bildet also, in seiner Beziehung zum „Anderen“ und zur Gesellschaft, einen wesentlichen Baustein zum Verständnis von „Vertrauen“. Zur Bedeutung von Vertrauen für den Menschen, den Einzelnen, das Selbst, zunächst jenseits von Politik: Vertrauen und Misstrauen sind im menschlichen Leben gleichermaßen basal, fundamental. Entwicklungspsychologisch bildete die Spannung zwischen Urvertrauen und Urmisstrauen eine Keimzelle im Werden der Person – strukturell gehört sie zu den Bedingungen des Individuellen selbst wie der sozialen Welt.

Das Politische im neuzeitlichen Sinne zielt, mit Hobbes gesprochen, auf die Überwindung von Angst im anarchischen Naturzustand – des „bellum omnium contra omnes“, des Krieges eines jeden gegen jeden. Politik wird daher vertraglich geregelt, institutionell systematisiert und kollektiv überprüfbar, kontrollierbar, berechenbar gemacht.

An diesen Existentialerfahrungen der Menschen wie auch den Grundbestimmungen des Politischen hat sich über die Zeitläufe hinweg wenig geändert. Zweifellos: Prozesse haben sich verändert, Institutionen und Organisationen, soziale und politische Systeme haben sich ausdifferenziert, subordiniert, supranationale Organisationen und Strukturen haben sich gebildet, Teilsysteme sind hinzugekommen oder haben fusioniert. Der Differenzierungsprozess mag komplexer geworden sein. Die Fundamentalannahmen dessen, was einst Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem berühmten Paradoxon formuliert hat, dass der freiheitlich-säkulare Verfassungsstaat auf Voraussetzungen beruht, die er selbst nicht zu garantieren vermag, haben sich hingegen nicht geändert.

Der moderne Staat und modernes politisches Handeln beruhen auf Gemeinsinn und auf einem „Vertrauensvorschuss“ der Bürgerinnen und Bürger, der von Institutionen, Organisationen, Prozessen, Personen und Parteien erfüllt werden muss. Gerade, weil Politik ein schwieriges und in vielen Fällen undurchsichtiges Geschäft ist – zumal in einer pluralistischen Demokratie mit zuweilen widerstreitenden Interessen gesellschaftlicher Gruppen – bedarf es eines verlässlichen Sets an Rahmenbedingungen, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in „die Politik“ stärken. Nur so schafft man nachhaltige Prozessakzeptanz bei gleichzeitiger Ergebnisakzeptanz.

## II: DETERMINANTEN VON VERTRAUEN: KANN MAN DEMOKRATIEAKZEPTANZ SCHAFFEN?

In Bonn ergab sich jüngst ein treffendes Beispiel für eine sich selbst antreibende Misstrauensspirale: Bereits seit Jahren schwelt in der ehemaligen Bundeshauptstadt ein Streit um den Zustand der öffentlichen Bäder. Einige dieser Schwimmbäder sind bereits baufällig und geschlossen – darunter das Viktoriabad, welches seit 2010 leer steht. Eine Kampagne der Bonner Stadtverwaltung unter CDU und Grünen, seit 2014 auch mit der FDP, hat daher vor einigen Jahren begonnen, einen Alternativplan zu entwickeln. Doch bereits zu Beginn der Planungen entstand eine verbal teils heftig geführte öffentliche Debatte um die „Bäderfrage“, die nunmehr schon in einen zweiten Bürgerentscheid gemündet ist. Kernbestandteil des Planes, der im ersten Bürgerentscheid im April des Jahres 2017 positiv beschieden wurde, war, zwei Stadtteilbäder zu schließen und umzufunktionieren, während im Bonner Stadtteil Dottendorf ein neues und größer angelegtes Bad entstehen sollte. Ein zweiter Bürgerentscheid im Sommer des darauffolgenden Jahres kippte dann den erst im Dezember 2017 vom Bonner Stadtrat beschlossenen Neubau.

Unabhängig davon, welcher Plan nun der „richtige“ für die Kommune ist, ist der Prozess der Entscheidungsfindung mehr als paradigmatisch für die Problematik, mit welcher sich der vorliegende Beitrag befasst. Nach jahrelanger Diskussion und nunmehr zwei groß angelegten – und daher sowohl organisatorisch wie monetär aufwendigen – Bürgerentscheiden ist die Debatte noch immer nicht am Ende. Die kommunal Verantwortlichen halten an ihrem Plan eines Neubaus und der Schließung einiger Stadtteilbäder fest, während die Opposition strikt für die Erhaltung aller Stadtteilbäder argumentiert. Dies äußerte sich auch in Statements der Parteien. Der Kreisvorsitzende der Bonner CDU, Dr. Christos Katzidis MdL, zeigte sich enttäuscht,

*„[d]ass eine Mehrheit der Bonnerinnen und Bonner gegen den Neubau eines modernen, attraktiven und barrierefreien Sport-, Schul-, Familien- und Freizeitbad gestimmt hat[.]“<sup>5</sup>*

Die Bonner SPD wiederum zeigt sich – naturgemäß – erfreut über den Erfolg ihrer eigenen Kampagne. Dabei ist bereits in der entsprechenden Pressemitteilung des Vorsitzenden der Bonner SPD, Gabriel Kunze, der nächste Akt dieses Dramas absehbar:

„Ich fordere den Oberbürgermeister auf, diese Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger mit einem zügigen Beginn der schon viel zu lange aufgeschobenen Sanierungen von Hardtbergbad und Beueler Bütt sowie der unmittelbaren Einleitung von Bürgerbeteiligungsverfahren zur Umgestaltung des Frankenbades und dem Neubau des Kurfürstenbades umzusetzen.“<sup>65</sup>

Aus den Erkenntnissen des aktuell in Kooperation mit der Bonner Akademie durchgeführten Forschungsprojekts „Bürger, Demokratie & Politik. Die repräsentative Demokratie in der Akzeptanzkrise?“ lassen sich bereits jetzt einige Befunde extrahieren, die auch auf den „Bonner Bäderstreit“ anwendbar sind: Politik funktioniert in Deutschland auf vielen Ebenen und ein zu starker Fokus auf nur eine Ebene – sei es nun die *territoriale* Ebene eines Stadtquarties oder die *Entscheidungsebene* eines (singulären) Ratsbeschlusses oder Bürgerentscheides – führt eher zu „institutionellen Flaschenhälsen“ als zu effizienter(er) Politik, geschweige denn zu gestärktem Vertrauen oder zu einer erhöhten Akzeptanz demokratischer Verfahren. In Interviews mit Bürgerbeteiligungsorganisationen wie der Agentur ZebraLog, aber auch mit Verantwortlichen aus den Verwaltungen verschiedener deutscher Kommunen, wird deutlich, dass nicht nur für die Politik Probleme aus der Organisation „guter“ Bürgerbeteiligung erwachsen, sondern dass diese vergleichsweise neuen Instrumente im Hinblick auf die Bildung von Vertrauen und die Erhöhung von Akzeptanz durchaus auch kontraproduktiv wirken können, wenn sie entweder lediglich als „Mittel zum Zweck“ oder erst an einem Punkt des Verfahrens Anwendung finden, an dem eine getroffene, politische Entscheidung – aus vielschichtigen Gründen – bereits quasi irreversibel ist, eine alternative Option realistischweise also gar nicht mehr zur Auswahl steht. Eine höchstmögliche Transparenz in allen Prozessphasen und eine klare Verbindlichkeit von Entscheidungen, insbesondere direkter Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger, schaffen politisches Vertrauen und stärken (auch) die repräsentative Demokratie.

### III. MÖGLICHE (GEGEN-)MASSNAHMEN: VERTRAUEN SCHAFFEN, AKZEPTANZ ERHÖHEN

Wie kann es vor diesem Hintergrund gelingen, weite Teile der Mehrheitsgesellschaft wieder besser zu integrieren und der repräsentativen Demokratie wieder zu mehr Akzeptanz zu verhelfen? Die Frage, wie

„der Bürger“ in die politische Entscheidungsfindung einbezogen wird, einbezogen werden kann, bleibt relevant und wird in Zukunft an Brisanz eher zunehmen denn zurückgehen. Bürgerinnen und Bürger möchten mitbestimmen, sich direkt(er) und kontinuierlich(er) beteiligen als lediglich alle vier Jahre zur Urne zu „pilgern“. Es geht darum, eigene Ideen ohne Umwege in die Entscheidungsfindung einzubringen und die eigene Expertise zur Verfügung zu stellen. Ein Zeichen dafür ist, dass sich beispielsweise viele Menschen aktiv in Stadtteilinitiativen engagieren und ihr direktes Umfeld so gestalten, dass sie sich darin wohl fühlen.

Das grundsätzliche Selbstverständnis vieler Abgeordneter und demokratisch gewählter Repräsentanten beinhaltet in vielen Fällen Facetten der Vorstellung, durch eine einmalige Wahl über die gesamte Wahlperiode den Wählerwillen alleine und korrekt zu vertreten. Mindestens in der Auslegung mancher juristischer respektive staatsrechtlicher Perspektive ist dieses Verständnis durchaus nicht bar jeder Grundlage. Immer mehr Wählerinnen und Wähler fordern jedoch eine stärkere Kontrolle von Abgeordneten und Repräsentanten und ein erweitertes Mitspracherecht auf unterschiedlichen politischen Ebenen, auch während einer laufenden Amtszeit oder Wahlperiode. Das bedeutet sicherlich nicht, dass gewählte Repräsentanten in jeder Situation alle Meinungen aus ihrem Wahlkreis in ihrer täglichen Arbeit berücksichtigen sollen. Derartige Forderungen sind schlechterdings unreal und schlichtweg nicht möglich. Dennoch impliziert diese Forderung, dass sich Repräsentanten, zumal in komplizierten Entscheidungen, nicht komplett von den Einschätzungen der Basis „vor Ort“ zurückziehen, sondern vielmehr das Korrektiv eines „stichtagsbezogenen Wählerwillens“ in ihre Arbeit integrieren. Bürgerinnen und Bürger möchten nicht bevormundet werden, denn das hat Politikverdrossenheit, mehr noch Politikerverdrossenheit zur Folge. Bürgerinnen und Bürger möchten gehört werden und sich sowohl vertreten als auch ernst genommen fühlen. Insofern erscheinen Beteiligungsinstrumente unterschiedlicher Art und auf verschiedenen politischen Ebenen zwar nicht als Ersatz, aber definitiv als Stütze und Korrektiv repräsentativer Demokratie. Sie können produktive Kräfte in Bezug auf die Integration der Mehrheitsgesellschaft entfalten. Nicht grundlos existiert indes in Deutschland auf Bundesebene nur in sehr begrenztem Maße und in wenigen Ausnahmefällen die Möglichkeit zu einer direktdemokratischen Abstimmung. Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass in der Fachlite-

ratur die Rolle direktdemokratischer Entscheidungen vor allem im Zuge von Öffentlichkeitsbeteiligung zwiespältig und nicht einheitlich beurteilt wird: In der Regel handelt es sich bei Bürger- respektive Öffentlichkeitsbeteiligung um deliberative und konsultative Verfahren, die eine Entscheidung der repräsentativ-demokratisch Gewählten lediglich vorbereiten oder bei deren Vorbereitung unterstützend wirken.

Der Diskurs über tatsächliche, „echte“ direkte Demokratie wird in der politischen Diskussion, zumal in der Bundesrepublik Deutschland, oftmals verzerrt geführt. Diese Verzerrung ergibt sich daraus, dass hinsichtlich verschiedener Formen der Demokratie in der Regel in Extremen argumentiert wird. Befürworter direktdemokratischer Instrumentarien lehnen begründete Bedenken in vielen Fällen kategorisch ab und setzen positive Aspekte direktdemokratischer Entscheidungen absolut. Demgegenüber bedienen sich Gegner der direkten Demokratie oftmals der Gleichsetzung beliebiger direktdemokratischer Instrumente, mithin auch Bürgerentscheide, mit einer Art „ständiger Regierung durch das Volk“. Sie zeichnen somit ein, im negativen Sinne, ebenfalls absolut gesetztes Bild, das „direkte Demokratie“ wiederum in allen ihren Facetten als zwingend zum repräsentativen System antagonistisch darstellt. Dabei sollen Referenden oder Bürgerentscheide die repräsentative Demokratie nicht ablösen, sondern sie vielmehr ergänzen und ihr als ein mögliches Korrektiv dienen.

Welche Maßnahmen beinhaltet Öffentlichkeitsbeteiligung aber konkret zur Stärkung der Demokratieakzeptanz? Egal, ob in Hamburg, Köln, Bonn oder Stuttgart: Verschiedene Ansätze existieren und werden seit einigen Jahren zunehmend verfeinert. Insbesondere die in vielen Städten verabschiedeten Leitlinien für Bürger- bzw. Öffentlichkeitsbeteiligung setzen einen Rahmen, der ein standardisiertes und konzertiertes Vorgehen der Akteure aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft erlaubt. Somit wird sichergestellt, dass Beteiligungsverfahren fester Bestandteil des demokratischen Prozesses werden, zumindest auf lokaler, auf kommunaler Ebene.

Gleichzeitig kommen auch direktdemokratische Elemente mehr in Mode. Es gibt sogenannte Bürgerhaushalte, die ähnlich wie Bürgerbeteiligungen zwar noch nicht vollständig und flächendeckend ausgereift sind und von denen es viele verschiedene Ausprägungen mit ihren je eigenen Stärken und Schwächen gibt, die

„DEMOKRATIE IST SICHERLICH AUCH EIN HANDWERK, DAS MAN ERLERNEN KANN, ERLERNEN MUSS, ABER ES IST KEIN WERKZEUG, DAS MAN BEI BEDARF VERWENDET UND DANN WIEDER BEISEITELEGT.“

jedoch der Bürgerschaft ein erhebliches Mitspracherecht im städtischen Haushalt anbieten können. Reine Bürgerhaushalte wie im brasilianischen Porto Alegre, bei denen die Bürgerinnen und Bürger autonom über den Haushalt verfügen, gibt es in Deutschland nicht. Zum Teil handelt es sich stattdessen um bestimmte Sektionen des Haushaltes oder um eine monetäre „Spielmasse“, die den Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt oder eines Stadtbezirks zur freien Verplanung eingräumt wird, zum Teil haben Bürgerhaushalte eher konsultativen Charakter.

Ein ähnliches, vor allem im Bereich der Stadt(teil)entwicklung genutztes Instrument sind sogenannte Bürgerwerkstätten, in denen Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, um über die Entwicklung ihres Stadtteils zu sprechen. In der Vergangenheit hat sich in solchen und anderen stadtteilkonzentrierten Begegnungsstätten gezeigt, dass der Dialog der Bürger untereinander nicht nur förderlich für die Planung von Stadtteilen sein kann, sondern auch die Integration der Menschen vor Ort, in ihrer Heimat, fördert. Denn auch Heimat wird ein zunehmend wichtiger Begriff für viele Menschen. Sie wollen sich in ihrem Stadtteil geborgen fühlen. Über das Thema der eigenen Stadtteilentwicklung kann überdies eine tiefgreifende Integration stattfinden. Ein zugegebenermaßen etwas simpler, aber korrekter Lehrsatz könnte etwa lauten: „Wer sich wohl fühlt, vertraut leichter einer höheren Entität.“ Doch auch die Politik kann von solchen Bürgerwerkstätten profitieren. Sie erfährt etwa die Wünsche und Sorgen „vor Ort“ und kann die Akzeptanz von Projekten bei den Bürgern durch eine frühzeitige und planerisch flexible Beteiligung erhöhen.

#### **IV. VERTRAUEN UND AKZEPTANZ VERSUS POLITISCHE BILDUNG: ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE**

Gleichwohl darf es nicht nur bei der Entwicklung, Erprobung, Etablierung neuer „Mitmach-Formate“ für die Bürgerinnen und Bürger bleiben. Letztlich sind Beteiligungsformate nur dann sinnvoll und zielführend, wenn die Menschen sich erstens dafür interessieren und zweitens überhaupt dazu befähigt sind respektive befähigt werden, an politischen Prozessen zu partizipieren. Auch die effizientesten, hilfreichsten und bestgeplanten Methoden zur Feststellung einer, wie auch immer gearteten „volonté générale“ sind schlechthin nutzlos in Anbetracht von Menschen, welche mit ihnen nicht umzugehen wissen.

Eine wesentliche Rolle bei der politischen Befähigung von Menschen und somit auch für die Integration der Mehrheitsgesellschaft spielt die politische Bildung. Diese kann und muss in erster Linie formalisiert erfolgen, in Schulcurricula spezifiziert werden und über den Zeitverlauf profunde Kenntnisse politischer Strukturen und Vorgänge vermitteln. Andererseits ist Politik nichts, das man ausschließlich in einer Art „Laboratorium“ erlernen könnte oder was man nur durch, etwas salopp und provokant formuliert, „Bücherwissen“ kompetent betreiben könnte. Demokratie beschreibt nicht allein politische Vorgänge eine Regierungsform oder die formale Gültigkeit der Beteiligungsgrundrechte. Vielmehr ist die Demokratie, zumal die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, ein alle Aspekte des sozialen Miteinanders umspannendes und ein das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringendes Konzept. Demokratie ist sicherlich auch ein Handwerk, das man erlernen kann, erlernen muss, aber es ist kein Werkzeug, das man bei Bedarf verwendet und dann wieder beiseitelegt. Demokratie muss gelebt werden, was sich idealiter auch in der Art und Weise niederschlägt, wie politische Bildung betrieben und vermittelt wird.

Für eine gute und nachhaltige politische (Aus-)Bildung der Menschen in Deutschland und deren Befähigung zur Teilnahme und Teilhabe an Beteiligungsprozessen existieren von staatlicher Seite, abgesehen von Curricula der schulischen, berufsbildenden und außerschulischen Bildung, in der Bundesrepublik Deutschland die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung. Einrichtungen wie diese bilden das Rückgrat einer „gesunden“ repräsentativen Demokratie und können mit

neuen Formaten, innovativen Ansätzen und stetiger Präsenz in der Öffentlichkeit zu einer fortschreitenden Entwicklung von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen beitragen. Diese Zentralen politischer Bildung haben ihre vornehmliche Expertise gerade in einem Bereich, auf den es wesentlich ankommt: der Kombination didaktischer und theoretischer Aspekte mit konkreten politischen Inhalten und der Vermittlung praktischer Erfahrung mit demokratischen Instrumenten.

Aktive Beteiligungsprozesse sind mithin eine Möglichkeit, dass Einwohnerinnen und Einwohner, also auch alle nicht mit aktivem und passivem Wahlrecht ausgestatteten Bewohnerinnen und Bewohner, die in einer bestimmten politischen Einheit, etwa einer Kommune, zusammen leben, ihre demokratischen Kenntnisse aktiv für dieses Zusammenleben einsetzen können. Aus derlei Beteiligungen erwachsen in aller Regel informelle Lernprozesse, wodurch die Sicherheit im Umgang mit der eigenen politischen Wirkung und das Vertrauen in politische Strukturen und Prozesse gesteigert werden können. Im Grunde beginnen derartige Lernprozesse im Hinblick auf demokratische Partizipation schon bei einem demokratischen Familienleben (Austausch von Positionen und Meinungen mit anschließender Entscheidung nach Mehrheit) oder in der Schule bei der Wahl zur Klassensprecherin bzw. zum Klassensprecher.

Letztlich zielt das Zusammenspiel von Partizipation und politischer Bildung auf den landläufig als „Rumpelstilzchen-Effekt“ bekannten Umstand, dass Dinge so lange Angst erzeugen, wie man sie nicht beim Namen kennt, mithin nicht weiß, was genau bei demokratischen Prozessen passiert. Vertrauen – das wurde bereits in den einführenden, wortethymologischen Erläuterungen angedeutet – entwickeln Menschen aber nur zu Umständen und Situationen, deren Rahmenbedingungen für sie transparent und ihnen bekannt sind. Mithin können auch nur bekannte, vertraute Abläufe zu umfassender Akzeptanz führen. Politische Bildung und politische Partizipation sind somit zwei Seiten derselben Medaille und das eine kann ohne das andere nicht oder nur unzureichend wirken.

#### **V. FAZIT: REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE, VERTRAUEN UND AKZEPTANZ**

Halten wir also fest: Die repräsentative Demokratie ist in der Tat in einer Krise, wengleich in einer strukturellen Vertrauens- und prozeduralen Akzeptanzkrise und

nicht in einer inkrementellen oder gar substanziellen Existenzkrise. Das heißt eben auch, dass die Mehrheitsgesellschaft nicht vollumfänglich desintegriert ist, dennoch wird man nicht in Abrede stellen können, dass es immer größer werdende Bevölkerungsschichten gibt, die sich vom demokratischen System als nicht mehr repräsentiert empfinden. Diese Krise wird nicht schnell oder mit allzu einfachen Mitteln zu lösen sein. Vielmehr bedarf es einer Mixtur aus verschiedenen Maßnahmen und Instrumenten sowie eines Zusammenspiels unterschiedlicher Akteure auf verschiedenen politischen Ebenen.

### Als Conclusio lassen sich drei Punkte herauskristallisieren:

**Erstens** kommt es auf die Schaffung von Vertrauen und Akzeptanz durch Transparenz und Verbindlichkeit an. Dies gilt sicherlich für mehrere Seiten und unterschiedliche Parteien, aber letztlich ist insbesondere die Politik als eine Art „institutionalisierter Wählerwille“ in einer besonderen Verantwortung, Vertrauen zu fördern, das immer beidseitig vorhanden sein und gegenseitig erbracht werden muss: Sowohl die Bürgerinnen und Bürger sollen und müssen den politisch wie administrativ Verantwortlichen vertrauen als auch umgekehrt.

**Zweitens** ist es notwendig, der Bevölkerung aufzuzeigen, wie Meinungen effektiv in Diskurse eingebracht werden können. Selbst wenn Menschen einen politischen Willen haben und in der Lage sind, diesen zu formulieren, garantiert das nicht, dass sie auch verstehen, wie demokratische Prozesse funktionieren und mit welchen Mitteln wirkungsvolle Interessenvertretung erfolgen kann. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die politische Bildung.

**Drittens** ist eine Modernisierung respektive Anpassung politischer Institutionen und Prozesse notwendig. Selbst mit gegenseitigem Vertrauen zwischen „der Bevölkerung“ und „der Politik“ sowie einer soliden politischen Bildung der Bürgerinnen und Bürger kann keine Meinung effizient in den Entscheidungsfindungsprozess der Städte eingebracht werden, wenn die entsprechenden Prozesse nicht darauf ausgerichtet werden. Staatliche Verwaltungen müssen darauf vorbereitet sein, die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozesse einzubeziehen. Eine Stadtverwaltung, die nur solche Instrumente der Bürgerbeteiligung zur Verfügung stellt, mit denen die Bürger nicht umgehen

können oder die sie nicht annehmen, hinterlässt eine ebenso große Repräsentationslücke wie eine veraltete, unbewegliche Stadtverwaltung ohne den Willen zur Veränderung. Erfolgreiche Beteiligung kann etwa durch standardisiertes Vorgehen und die Festlegung von Leitlinien erleichtert werden, die freilich selbst zunächst in einem Beteiligungsverfahren transparent erarbeitet werden sollten. Diese sind allein schon deswegen notwendig, weil Verfahren durch eine erhöhte Zahl beteiligter Akteure notwendigerweise komplexer werden. Ein gutes Komplexitätsmanagement bei Beteiligungsmaßnahmen kann sehr förderlich auf Zufriedenheit mit und Vertrauen in politische Strukturen und Prozesse wirken, was mithin die Akzeptanz (repräsentativ-)demokratischer Verfahren stärkt.

Fest steht, dass Beteiligung die repräsentative Demokratie zwar grundsätzlich stützen, mithin ihre Akzeptanz in der Bevölkerung steigern kann, dass es aber keiner übermäßigen Verlagerung von Entscheidungskompetenzen hin zu direktdemokratischen Abstimmungen bedarf. Vielmehr bildet eine gute und nachhaltige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine nützliche Ergänzung und ein Korrektiv der repräsentativen Demokratie, nicht zuletzt durch Schaffung und Erhaltung von Akzeptanz und Vertrauen als Lebenselixir jedes demokratischen Gemeinwesens. ■

### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Vgl. Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND. Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT, Berlin 2018, S. 7. – Vgl. n-tv: Bundespräsident vorn, Parteien hinten vom 6. Januar 2018, in: <https://www.n-tv.de/politik/Bundespraesident-vorn-Parteien-hinten-article20216987.html>.
- <sup>2</sup> Rommelspacher, Birgit (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin: Orlanda.
- <sup>3</sup> Das interkulturelle Journalisten-Netzwerk „Neue Deutsche Medienmacher“ plädiert in seinem Glossar für Medienschaffende eher für den Begriff der Mehrheitsbevölkerung, wenn es um die 64 Millionen Deutsche ohne Migrationshintergrund geht. *Mehrheitsgesellschaft sei missverständlich*. Vgl. *Mehrheitsgesellschaft*, in: <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/mehrheitsgesellschaft-2/>.
- <sup>4</sup> Kronenberg, Volker / Jelic, Marco (2015): *Gelungene Integration. Debatte, Definition und praktische Politik*, in: *Wieviel Islam gehört zu Deutschland. Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets*. Bonn: Bonner Akademie.
- <sup>5</sup> CDU-Kreisverband Bonn: *„Bonn hat sich für den Stillstand entschieden“*, Beitrag auf der Website vom 4. August 2018, in: <http://www.cdu-bonn.de/index.php?PRGDATEI=Nachrichtene.php&Gruppe=0&ID=8964&ART=1> (20.08.2018).
- <sup>6</sup> Kunze, Gabriel: *Bonner SPD freut sich über Mehrheit im Bürgerentscheid für den Erhalt der Stadtteilbäder*, Beitrag auf der Website vom 4. August 2018, in: <https://www.spd-bonn.de/meldungen/bonner-spd-freut-sich-ueber-mehrheit-im-buergerentscheid-fuer-den-erhalt-der-stadtteilbaeder/> (16.08.2018).

# DIE VOLKSPARTEIEN HABEN DAS VOLK VERGESSEN

*Entfremdung zwischen Bürgern und Politik im Ruhrgebiet*



**Prof. Manfred Güllner**  
ist Gründer und Geschäftsführer  
des forsa-Instituts

Die beiden einst zu Recht als „Volksparteien“ bezeichneten Parteien SPD und Union haben seit den 1980er Jahren einen drastischen Vertrauensverlust zu verzeichnen. Beide Parteien verloren zum großen Teil ihre früheren Fähigkeiten, die Interessen unterschiedlicher Wählergruppen zu bündeln und so Wähler an sich zu binden. Noch 1983 wählten über drei Viertel (76,8 %) aller Wahlberechtigten in der Bundesrepublik CDU, CSU oder SPD. Bereits bei der Bundestagswahl 2009 – also bevor die AfD existierte – war diese extrem große Bindekraft verloren gegangen: Nur noch etwas mehr als zwei Fünftel (42,1 %) aller Wahlberechtigten im Gebiet der alten Bundesrepublik gaben ihre Stimme der CDU, CSU oder SPD. Das entspricht einem Wählerschwund von 44 Prozent. Ähnlich groß war der Wählerschwund auch in Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet (wo SPD und CDU zusammen 2009 nur noch von 44 und nicht mehr wie 1983 von 80 von 100 Wahlberechtigten gewählt wurden – also ein Wählerschwund von 45 %). Dabei verlor die CDU über ein Drittel (34 %) ihrer Wähler von 1983 schon während der 16jährigen Regierungszeit von Helmut Kohl, der durch seinen bräsigen Regierungsstil mit zur Erosion des bis dahin extrem stabilen politischen Systems in der Bundesrepublik beitrug. Die SPD konnte hingegen auch im Ruhrgebiet mit einem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder 1998 noch ähnlich viele Wähler wie 1983 (jeweils rund 47 von 100 Wahlberechtigten) an

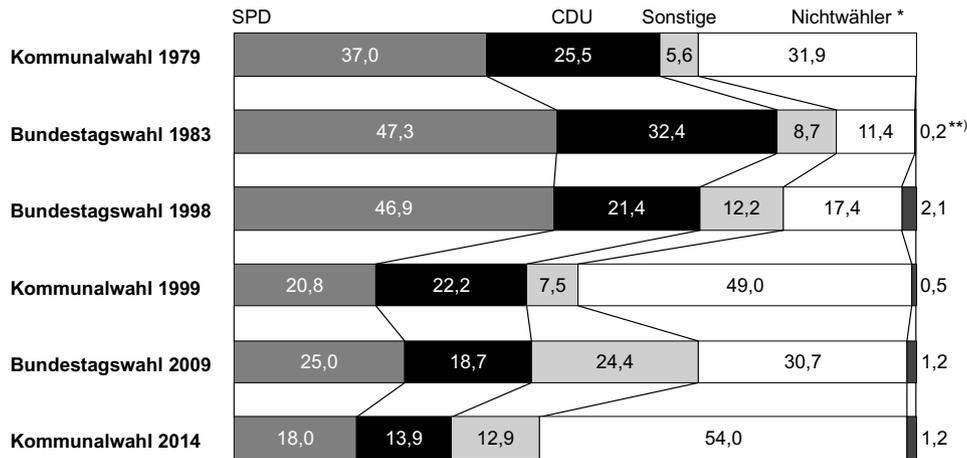
sich binden, verlor aber in der Nach-Schröder-Ära in nur einem Jahrzehnt fast die Hälfte (47 %) ihrer Wähler und wurde 2009 nur noch von 25 von 100 Wahlberechtigten gewählt.

Noch drastischer ist jedoch der Wählerschwund im Revier auf lokaler Ebene. SPD und CDU erhielten zusammen bei der letzten Kommunalwahl 2014 nur noch die Stimmen von weniger als einem Drittel (31,9 %) aller Wahlberechtigten. Die „Partei der Nichtwähler“ war 2014 mit 54 Prozent mehr als eineinhalb mal so groß wie die Wählerschaft von SPD und CDU zusammen.

Besonders betroffen vom Vertrauensverlust der Volksparteien ist die SPD im Ruhrgebiet – ihrer einstigen „Herzkammer“: Schon bei der Kommunalwahl 1999 konnte sie nur noch jeden Fünften (20,8 %) aller Wahlberechtigten zur Wahl der SPD bewegen, während bei der vorherigen Bundestagswahl 1998 noch fast jeder zweite (46,9 %) aller Wahlberechtigten die „Schröder-SPD“ so wie früher – 1976 und 1980 – die „Schmidt-SPD“ gewählt hatte. Und bei der Kommunalwahl 2014 wählten dann nur noch 18 von 100 Wahlberechtigten SPD. Die CDU, die 1999 von 22,2 Prozent der Wahlberechtigten im Revier gewählt wurde – und somit mehr Stimmen als die SPD erhielt – verlor bis 2014 über ein Drittel (37 %) dieser Wähler wieder und kam nur noch auf einen Anteil von 13,9 Prozent aller Wahlberechtigten.

## Wähler und Nichtwähler im Ruhrgebiet bei Bundestags- und Kommunalwahlen 1979 bis 2014

(in % der Wahlberechtigten)



\*) einschließlich ungültige Stimmen  
 \*\*) „Rechte“: Republikaner, NPD, AfD

Quelle: forsa-Repräsentativverhebung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

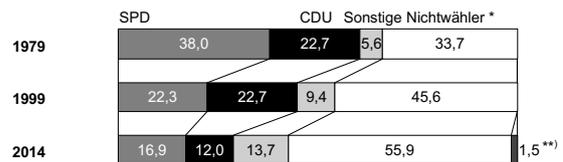
Noch größer als im gesamten Ruhrgebiet war der Wählerschwund von SPD und CDU in den drei größten Städten des Reviers (Dortmund, Essen und Duisburg). Im Vergleich zur Kommunalwahl 1979 verloren SPD und CDU bei der letzten Kommunalwahl 2014 52 Prozent ihrer einstigen Wählerschaft in Dortmund, 53 Prozent in Essen und 54 Prozent in Duisburg. Die SPD wurde 2014 in ihren einstigen Hochburgen nur noch von einer kleinen Minderheit gewählt: In Dortmund wählten 2014 nur noch 17, in Duisburg 16 und in Essen 15 von 100 Wahlberechtigten die SPD. Und die CDU wurde in Essen nur noch von 14 von 100 Wahlberechtigten, in Dortmund von 12 und in Duisburg von 10 gewählt.

Der überdurchschnittliche Wählerschwund vor allem der SPD auf kommunaler Ebene im Ruhrgebiet ist nicht darauf zurückzuführen, dass das Interesse an Politik – wie von manchen unterstellt – geschwunden sei. In einer aktuellen forsa-Untersuchung im Ruhrgebiet und in der gesamten Republik gaben 80 Prozent in ganz Deutschland und 78 Prozent im Ruhrgebiet an, sie würden sich für das politische Geschehen in Deutschland stark oder sogar sehr stark interessieren. Und für das politische Geschehen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde haben 63 Prozent in Deutschland und 60 Prozent im Ruhrgebiet starkes oder sehr starkes Interesse.

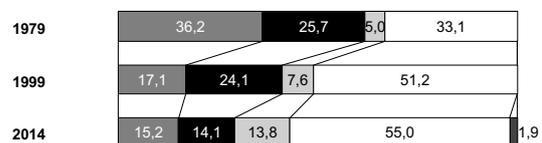
## Wähler und Nichtwähler in Dortmund, Essen und Duisburg bei den Kommunalwahlen 1979 bis 2014

(in % der Wahlberechtigten)

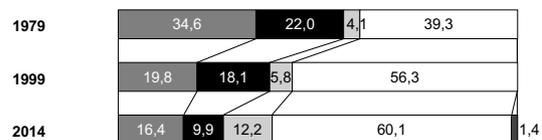
### Dortmund



### Essen



### Duisburg



\*) einschließlich ungültige Stimmen  
 \*\*) „Rechte“: Republikaner, AfD

Quelle: forsa-Repräsentativverhebung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

Für den Wählerschwund von SPD und CDU ist auch nicht – wie oft von Teilen beider Parteien gemutmaßt – die AfD verantwortlich; denn die spielte bei der Kommunalwahl 2014 mit einem Anteil von 1,2 Prozent aller Wahlberechtigten im gesamten Ruhrgebiet keine Rolle. Zudem war der Anteil der Wähler der rechtsradikalen Republikaner schon bei der Kommunalwahl 1989 zum Beispiel in einer Stadt wie Dortmund mit 3,9 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten) mehr als doppelt so groß wie der Anteil der AfD-Wähler 2014 (1,5 % aller Wahlberechtigten in Dortmund wählten bei der letzten Kommunalwahl die AfD).

## PARTEIEN FÜHREN EIN EIGENLEBEN

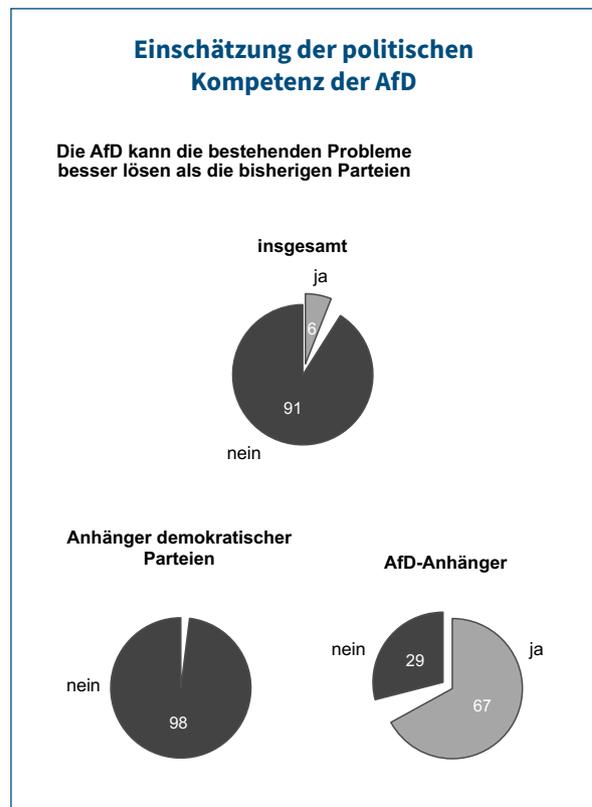
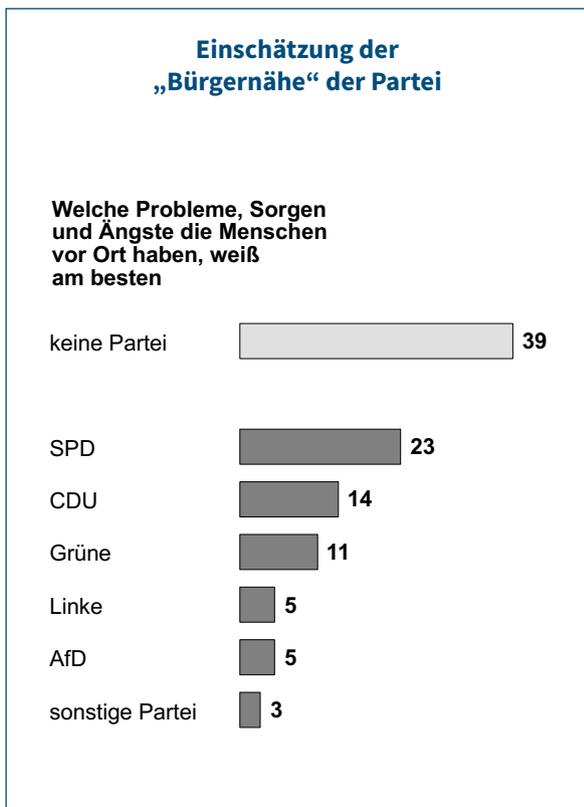
Fragt man die Revierbewohner nach den Gründen für den Vertrauensschwund der beiden früheren Volksparteien, dann gibt die große Mehrheit der Befragten

beiden Parteien selbst die Schuld daran, dass sie ihre einstige große Bindekraft eingebüßt haben. So meinen fast zwei Drittel (64 %), beide Parteien hätten sich zu weit von ihren Wählern bzw. den Bürgern insgesamt entfernt. Sie wüssten nicht mehr, was die Menschen wirklich bewegt, welche Probleme, Ängste oder Sorgen sie haben. Die Parteien würden isoliert von den Menschen ein Eigenleben führen und hätten deshalb einen enormen Realitätsverlust. Explizit beklagen weitere 13 Prozent, dass beide Parteien kein „Ohr“ mehr für die Sorgen vor allem „des kleinen Mannes“ haben, und 14 Prozent monieren, dass sich die politischen Akteure zu sehr an den Interessen von Randgruppen und Minoritäten und nicht mehr an den Interessen der großen Mehrheit der Bürger orientieren.

Die in beiden Parteien vermuteten Gründe („Hartz IV“ bzw. die „Agenda 2010“ bei der SPD, die Merkelsche Flüchtlingspolitik bei der CDU) werden hingegen nur von wenigen Revierbewohnern (7 bzw. 6 %) als Grund für die Vertrauensverluste von SPD und CDU genannt.



Quelle: forsa-Repräsentativverhebung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)



Wie weit der Entfremdungsprozess zwischen den Bürgern und der Politik im Revier fortgeschritten ist, zeigt auch, dass 39 Prozent aller Bürger im Ruhrgebiet angeben, dass keine Partei in ihrer Stadt bzw. Gemeinde weiß, welche Probleme, Sorgen oder Ängste die Menschen vor Ort haben. Von der SPD glauben das noch 23, von der CDU noch 14, von den Grünen 11 und von der Linkspartei bzw. der AfD jeweils 5 Prozent. Dass die Parteien vor Ort nicht mehr wissen, was die Bürger wirklich bewegt, glauben vor allem die Arbeiter (48 %), aber auch 39 Prozent der Angestellten und 35 Prozent der Selbständigen.

Dass andere Gruppen, Vereinigungen, Verbände oder Bürgerinitiativen die Probleme vor Ort besser kennen als die Parteien und sich darum kümmern, glaubt allerdings auch nur eine Minderheit von 15 Prozent aller Bürger im Ruhrgebiet.

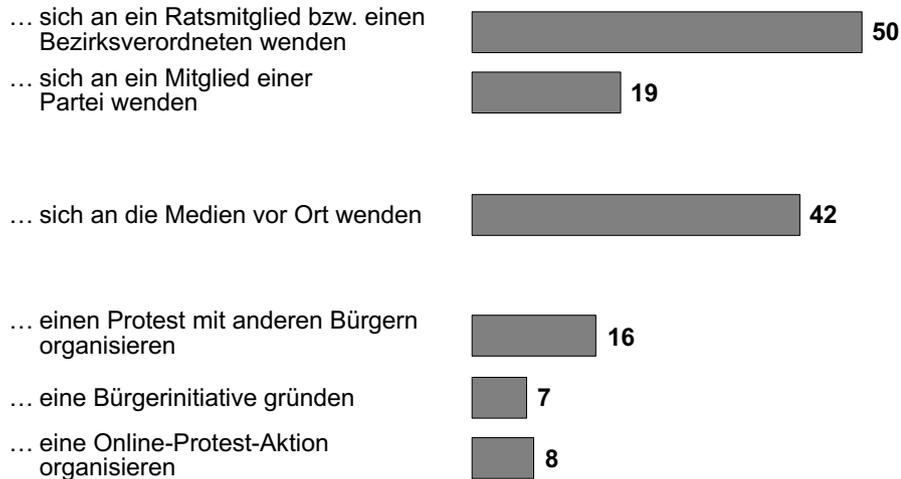
Und dass die AfD die vor Ort bestehenden Probleme besser lösen könne als die bisherigen Parteien, das glauben auch nur 6 Prozent aller Revierbewohner. Nur von den Anhängern der AfD glauben das 67 Prozent.

Die Bürger im Ruhrgebiet sehen, wie weit sich SPD und CDU ihren einstigen Wählern entfremdet haben, sehen zur Zeit aber auch kaum Alternativen, bei denen die Interessen der Menschen besser vertreten werden würden. Deshalb hoffen viele Bürger im Revier darauf, dass sich die klassischen Parteien wieder um die Interessen der Menschen kümmern. 69 Prozent aller Befragten würden sich deshalb auch an ein Ratsmitglied, einen Bezirksverordneten oder ein Mitglied einer Partei wenden, wenn es ein Problem oder einen Missstand gäbe oder sie ein Anliegen hätten. 42 Prozent würden sich an die Medien vor Ort wenden. Deutlich weniger Bürger würden hingegen zusammen mit anderen Bürgern einen Protest organisieren (16 %), eine Bürgerinitiative gründen (7 %) oder eine Online-Protestaktion organisieren (8 %).

38 Prozent aller Bürger im Revier haben sich auch schon einmal wegen irgendeiner Angelegenheit an ein Ratsmitglied, an ihren Bürgermeister bzw. an einen Landtags- oder Bundestagsabgeordneten gewendet. Dabei ging es in erster Linie um „handfeste“ Probleme, vor allem mit der Infrastruktur vor Ort. So ging es bei

## Bevorzugte Ansprechpartner für Probleme und Anliegen

### Bei irgendwelchen Problemen, Missständen oder Anliegen würden ...



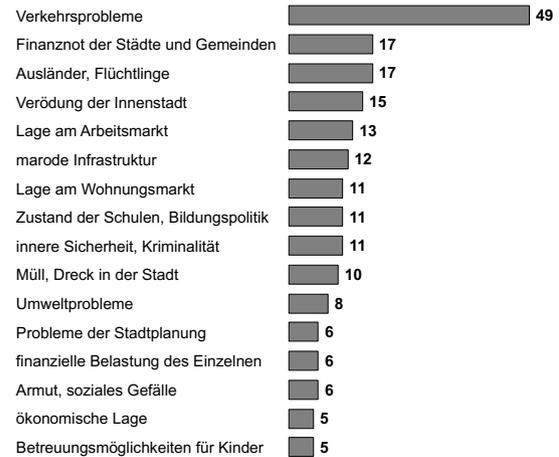
Quelle: forsa-Repräsentativhebung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

25 Prozent der an einen Mandatsträger herangetragenen Anliegen um Verkehrsangelegenheiten. 11 Prozent betrafen Bauangelegenheiten bzw. Fragen zu Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplänen, jeweils 8 Prozent Einrichtungen für Kinder sowie Abfallprobleme, Müll oder mangelnde Sauberkeit, jeweils 7 Prozent den Zustand der Schulen und Freizeit-, Sport- oder Kulturinstitutionen sowie Umwelt- und Lärmbelastigungen und 6 Prozent Probleme mit Abgaben oder Gebühren.

Defizite bei der Infrastrukturversorgung werden auch am häufigsten auf die offen, ohne jedwede Vorgaben gestellte Frage nach den größten Problemen im Wohnort genannt. Vor allem werden wiederum Verkehrsprobleme genannt (49 %). Beklagt werden aber auch eine zunehmende Verödung der Innenstadt (15 %), die Lage am lokalen Arbeits- oder Wohnungsmarkt (13 bzw. 11 %), der Zustand der Schulen (11 %), die mangelnde Sauberkeit in der Stadt (10 %), Probleme der Stadtplanung (6 %) oder mangelnde Betreuungsmöglichkeiten für Kinder (5%).

Jeweils 17 Prozent nennen als größtes Problem in ihrer Stadt oder Gemeinde die Finanznot der Kommunen und die Zahl der Ausländer bzw. die Integration der Flüchtlinge.

## Größte Probleme in der Kommune



Quelle: forsa-Repräsentativhebung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

Die Zahl der Ausländer in einer Stadt bzw. Gemeinde und die Integration der Flüchtlinge haben somit für die Bürger nicht den extrem hohen Stellenwert, den sie in der öffentlichen und politischen Diskussion einnimmt. Wichtiger als die Flüchtlingszahlen und die Flüchtlings-

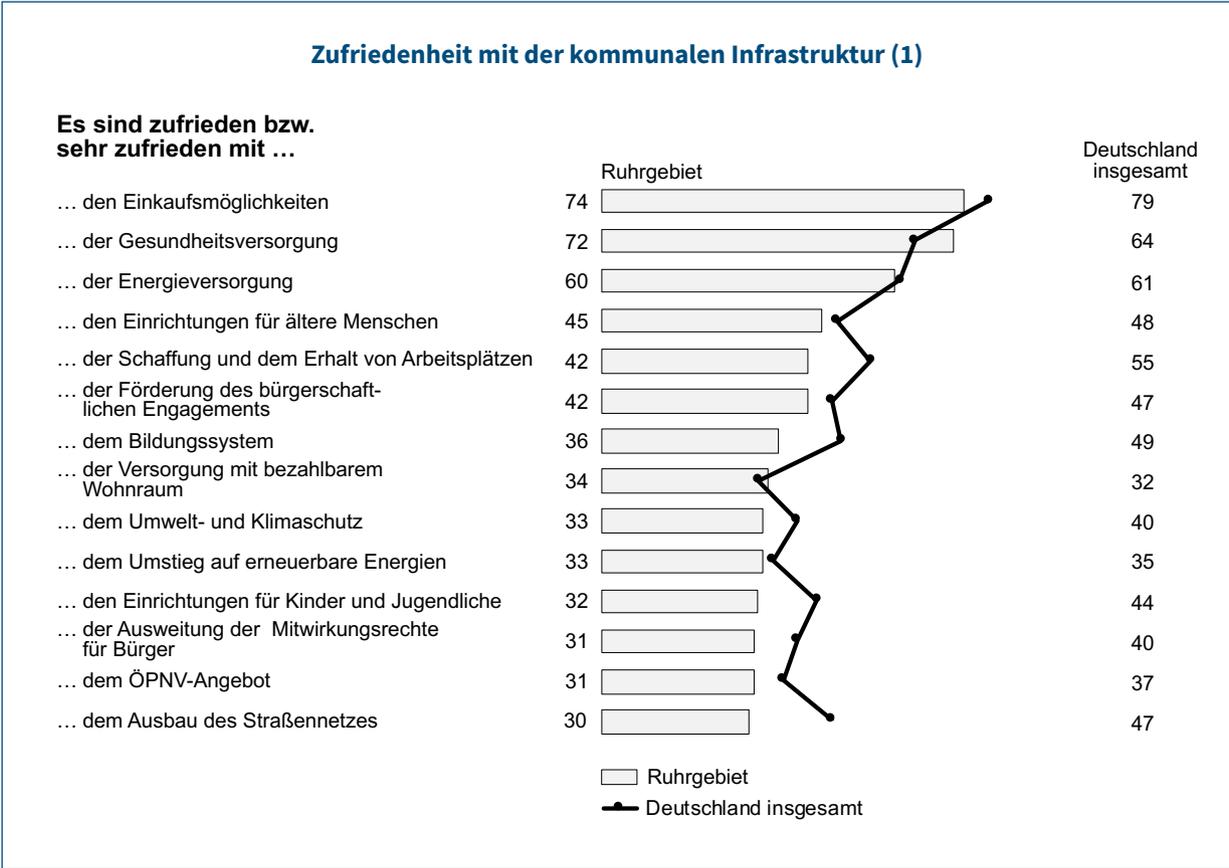
politik sind für die meisten Bürger auch im Ruhrgebiet andere Probleme. Ausnahme sind lediglich die AfD-Anhänger: Von denen halten 51 Prozent die Flüchtlinge und Ausländer für das größte Problem vor Ort.

Allerdings glauben im Ruhrgebiet mehr Bürger als in der gesamten Republik, dass es zu viele Ausländer gäbe (in Deutschland insgesamt meinen das 34, im Ruhrgebiet 43 %). Andererseits sind die Vorbehalte gegenüber Bürgern mit muslimischem Glauben im Ruhrgebiet nicht größer, sondern tendenziell sogar etwas geringer als in ganz Deutschland (während 47 % aller Bundesbürger äußern, Menschen mit muslimischem Glauben seien ihnen fremder als andere, sagen das im Ruhrgebiet nur 44 % der dort Befragten).

Da die Flüchtlingsfrage erst seit Herbst 2015 die große Bedeutung in der öffentlichen und politischen Diskussion gewonnen hat, können die „Flüchtlinge“ auch nicht – wie von manchen politischen Akteuren

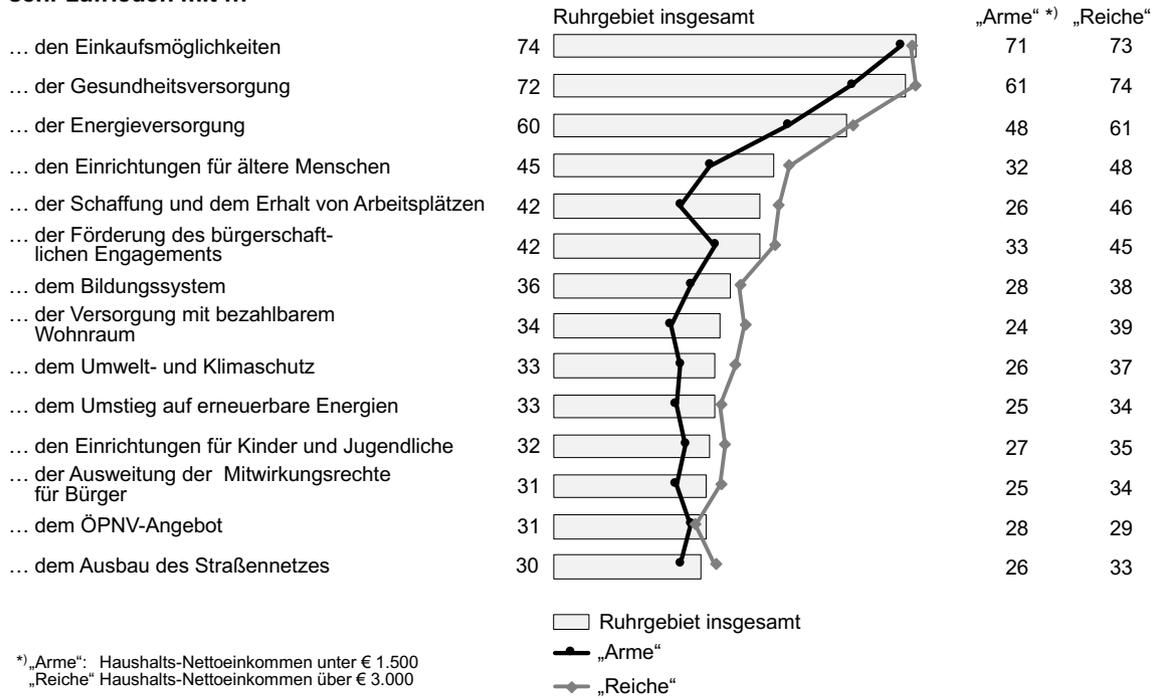
behauptet – die Ursache für den schon früher eingesetzten Vertrauensschwund von SPD und CDU sein. Die Vertrauenskrise ist somit auf andere Faktoren, vor allem auf den Zustand der SPD und CDU vor Ort und dem, was beide Parteien in den einzelnen Gemeinden und Städten geleistet oder nicht geleistet haben, zurückzuführen.

So ist auffällig, dass die Zufriedenheit mit der kommunalen Infrastruktur im Ruhrgebiet generell niedriger ist als im gesamten Bundesgebiet. Weniger zufrieden sind die Revierbewohner im Vergleich mit allen Bundesbürgern vor allem mit den Einkaufsmöglichkeiten, der Lage am Arbeitsmarkt vor Ort, dem Schul- und Bildungssystem sowie den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und der Verkehrssituation (sowohl was den Individual- als auch den öffentlichen Nahverkehr anbelangt). Zufriedener als die Bürger in ganz Deutschland sind die Revierbewohner lediglich mit der Gesundheitsversorgung.



## Zufriedenheit mit der kommunalen Infrastruktur (2)

Es sind zufrieden bzw. sehr zufrieden mit ...



Quelle: forsa-Repräsentativerhebung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

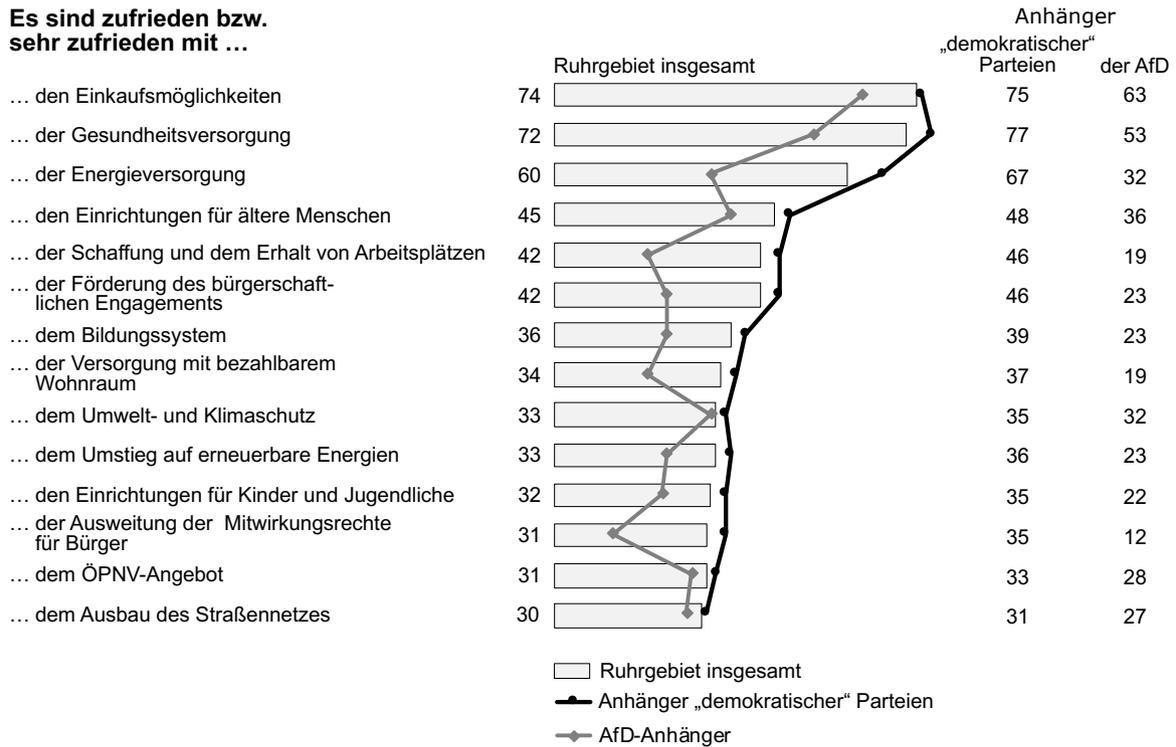
Die unteren Einkommenschichten sind generell weniger zufrieden mit der Infrastrukturversorgung vor Ort als die oberen Einkommenschichten. Ähnlich zufrieden sind „Arme“ und „Reiche“ nur mit dem Angebot von Einkaufsmöglichkeiten und mit dem öffentlichen Personennahverkehr. Besonders groß sind die Unterschiede im Grad der Zufriedenheit zwischen den Einkommenschichten bei der Einschätzung der Lage des örtlichen Arbeits- und Wohnungsmarktes, der Gesundheitsversorgung und der Versorgung mit Energie bzw. den Energiepreisen.

Der Grad der Zufriedenheit mit den Infrastruktureinrichtungen vor Ort hängt aber nicht nur von der Zugehörigkeit zu den verschiedenen sozialen Schichten ab, sondern in erheblichem Maße auch von der parteipolitischen Orientierung. So sind die Anhänger der AfD nur bei den Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz sowie mit der Verkehrssituation (Straßen und öffentlicher Nahverkehr) in ähnlichem Maße zufrieden wie die Anhänger der anderen Parteien. Ansonsten aber sind die Anhänger der AfD generell unzufriede-

ner als die Anhänger aller anderen „demokratischen“ Parteien. Besonders groß ist der Unterschied im Grad der Zufriedenheit zwischen Anhängern der AfD und den Anhängern der „demokratischen“ Parteien bei der Energieversorgung, der Lage am Arbeitsmarkt vor Ort, der Gesundheitsversorgung, dem lokalen Wohnungsmarkt sowie dem Zustand der Schulen und den Bildungseinrichtungen. Diese Unterschiede können nicht darauf zurückgeführt werden, dass die AfD-Anhänger überwiegend zur Gruppe der häufig so bezeichneten „Abgehängten“ gehören; denn das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der AfD-Anhänger im Ruhrgebiet liegt mit ca. € 2.965,- nur unwesentlich unter dem Durchschnittseinkommen aller Revierbewohner (€ 3.090,-) und über dem Einkommen der Anhänger der SPD, der Linkspartei sowie der potentiellen Nichtwähler. Die Diskrepanz im Grad der Zufriedenheit mit der lokalen Infrastruktur zwischen den AfD-Anhängern und den Anhängern der anderen Parteien ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass die AfD-Anhänger extrem negative und pessimistische Einschätzungen der weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Ent-

### Zufriedenheit mit der kommunalen Infrastruktur (3)

Es sind zufrieden bzw. sehr zufrieden mit ...



Quelle: forsa-Repräsentativbefragung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

wicklung im Land haben – obwohl es der Mehrzahl der AfD-Anhänger objektiv nicht schlecht geht. Subjektiv aber fühlen sich die AfD-Anhänger auch im Ruhrgebiet benachteiligt. So sagen 85 Prozent der AfD-Anhänger, dass von den politischen Akteuren in ihrer Stadt bzw. Gemeinde bestimmte Gruppen bevorzugt würden – vor allem die „oberen“ sozialen Schichten sowie die Flüchtlinge und die Angehörigen der „Alt-Parteien“.

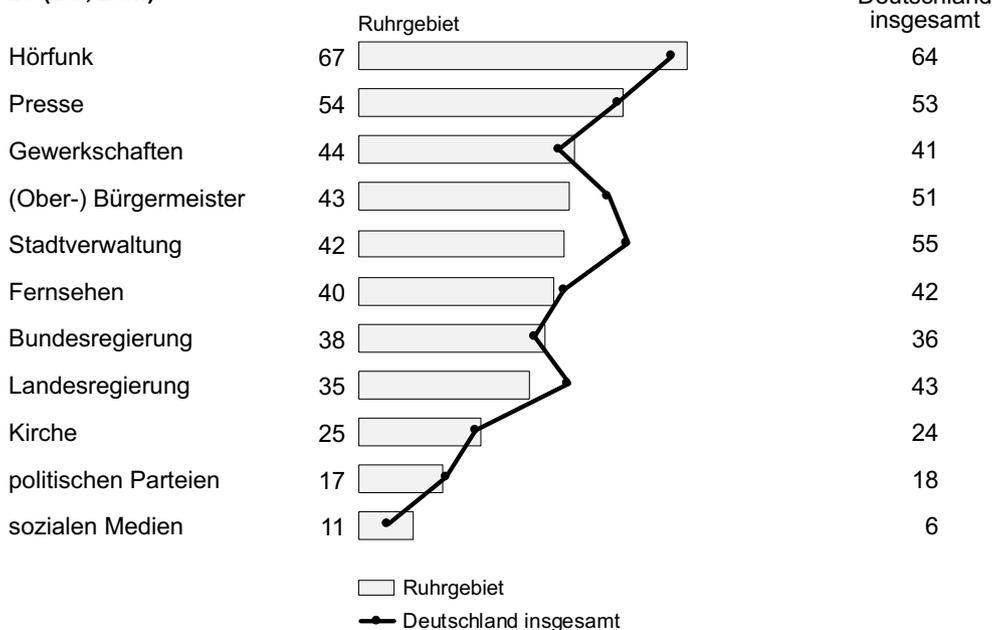
## VERTRAUENSSCHWUND VOR ALLEM AUF DER EBENE DER LOKALEN POLITIK

Dass die Bürger im Ruhrgebiet für den Vertrauensschwund von SPD und CDU in besonderem Maße die vor Ort agierenden Politiker verantwortlich machen, zeigt auch ein weiterer Befund der aktuellen forsa-Untersuchung im Revier. Danach ist das Vertrauen der Revierbewohner zu den meisten Institutionen (Medien – wie Hörfunk, Zeitungen, Fernsehen –, Gewerkschaften,

Kirchen oder politische Parteien generell) ähnlich hoch oder niedrig wie das aller Bundesbürger. Auch zur Bundesregierung haben mit 38 Prozent ähnlich viele Ruhrgebietler Vertrauen wie alle Bundesbürger (36 %). Deutlich geringer aber ist das Vertrauen der Bürger im Ruhrgebiet zur nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie zum jeweiligen Stadtoberhaupt und zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung. So haben 51 Prozent aller Bundesbürger zu ihrem Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister großes Vertrauen, jedoch nur 43 Prozent der Bürger im Revier. Allerdings zeigen Untersuchungen in den einzelnen Städten des Reviers, dass es beim Vertrauen zum Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde und von Stadt zu Stadt gibt. So wird beispielsweise dem Essener Oberbürgermeister Kufen ein deutlich größeres Vertrauen entgegengebracht als seinen Kollegen in anderen Städten des Ruhrgebiets. Und während das Vertrauen zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung mit 55 Prozent bei allen Bundesbürgern recht hoch ist, haben deutlich weniger der Revierbewohner (42 %) Vertrauen zu ihrer Verwaltung vor Ort.

## Vertrauen zu Institutionen (1)

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum)



Quelle: forsa-Repräsentativumfrage im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

Das höchste Vertrauen bringen die Bürger im gesamten Bundesgebiet wie im Ruhrgebiet dem Hörfunk entgegen (64 bzw. 67 % haben zu diesem Medium großes Vertrauen), das geringste den sozialen Medien, denen nur 6 bzw. 11 Prozent trauen.

Deutliche Unterschiede im Vertrauen zu den einzelnen Institutionen zeigen sich wiederum zwischen den Anhängern der AfD und den Anhängern aller anderen „demokratischen“ Parteien. Gleich ist bei beiden Anhängergruppen nur das – geringe – Vertrauen zu den sozialen Medien. Deutliche Diskrepanzen aber zeigen sich beim Vertrauen zu zwei anderen Medien – dem Hörfunk und der Presse –. Während nur 28 Prozent der AfD-Anhänger Vertrauen zum Hörfunk haben, vertrauen 73 Prozent der Anhänger aller anderen „demokratischen“ Parteien dem Medium Radio. Ähnlich bei der Presse: Zur „Lügenpresse“ haben noch weniger AfD-Anhänger (22 %) Vertrauen als zum Radio. Von den Anhängern der anderen Parteien aber haben deutlich mehr (61 %) auch zu dem Medium Zeitung noch Vertrauen. Beim Medium Fernsehen ist der Unterschied

nicht so ausgeprägt, weil das Fernsehen generell bei den Bürgern im Ruhrgebiet kein so hohes Vertrauen genießt wie das Radio oder die Zeitung.

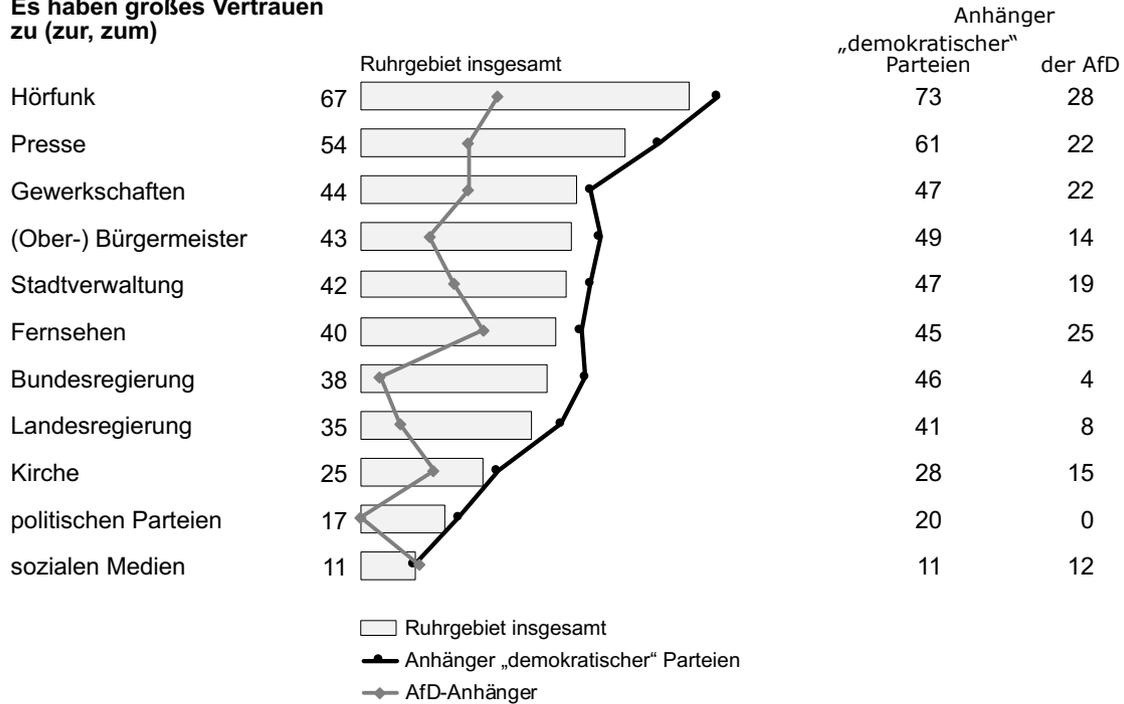
Noch geringer als das Vertrauen zu den Medien ist bei den AfD-Anhängern das Vertrauen zu den politischen Institutionen: Nur 19 Prozent der Anhänger der AfD haben zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, nur 14 zum Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister und nur 8 bzw. 4 Prozent zur Landes- bzw. Bundesregierung Vertrauen. Zu den herkömmlichen politischen Parteien hat kein AfD-Anhänger Vertrauen.

Auch diese Befunde zeigen, wie groß die Kluft zwischen den Anhängern der AfD und dem „Volk“ ist, deren Interessen die AfD ja vorgibt zu vertreten. Doch die Einstellungen, Meinungen oder Einschätzungen der großen Mehrheit der Bürger unterscheiden sich fundamental von denen der kleinen Minderheit der AfD-Anhänger.

Die im Ruhrgebiet zu registrierende Entfremdung zwischen den Bürgern und der Politik vor Ort führt

## Vertrauen zu Institutionen (2)

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum)



Quelle: forsa-Repräsentativumfrage im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

auch dazu, dass die Identifikation mit dem Wohnort im Revier generell niedriger ist als in vielen anderen Regionen des Landes. So leben etwa über 85 Prozent der Kölner, Frankfurter oder Hamburger gerne in ihrer Stadt, während im Ruhrgebiet insgesamt nur 78 Prozent angeben, sie wohnten gerne in ihrer Stadt bzw. Gemeinde. Allerdings zeigen sich innerhalb des Ruhrgebiets recht große Unterschiede: In den vier Landkreisen Wesel, Recklinghausen, Ennepe-Ruhr und Unna sowie in den Städten Bochum, Bottrop und Mülheim an der Ruhr fühlen sich 80 oder mehr Prozent der Bewohner mit ihrem Wohnort verbunden und sind zufrieden, während in Städten wie Duisburg, Oberhausen oder Hamm nur weniger als 70 Prozent gerne wohnen.

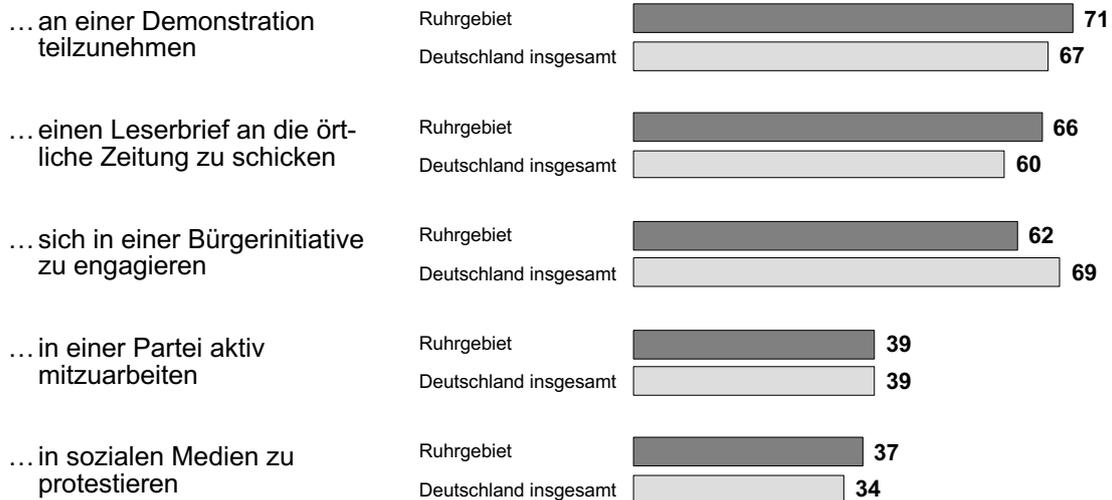
Wenn die Bürger mit den politischen Akteuren vor Ort wenig zufrieden sind und klare Entfremdungstendenzen zwischen den Menschen und der Politik wahrnehmen: Wären sie deshalb bereit, sich selbst aktiv zu engagieren und sich politisch zu betätigen oder zu beteiligen?

Generell können sich die Bürger sowohl in Deutschland insgesamt als auch im Ruhrgebiet durchaus vorstellen, sich politisch zu engagieren. So geben 71 Prozent der Revierbewohner und 67 Prozent der Bundesbürger insgesamt an, sie könnten sich vorstellen, an einer Demonstration teilzunehmen. Sich in einer Bürgerinitiative zu engagieren, können sich 69 Prozent der Bundesbürger, hingegen etwas weniger (62 %) der Revierbewohner vorstellen. In einer Partei aktiv mitzuarbeiten können sich 39 Prozent sowohl in Deutschland wie im Revier vorstellen. Und in sozialen Medien zu protestieren, das käme für 37 Prozent der Revierbewohner und 34 Prozent aller Bundesbürger in Frage.

In sozialen Medien würden vor allem die AfD-Anhänger im Revier (53 %) protestieren, während das nur für eine kleine Anzahl der CDU-Anhänger im Revier (24 %) vorstellbar ist. Die größte Demonstrationsbereitschaft (86 %) findet sich dagegen unter den Anhängern der Grünen. Anhänger der Grünen und der Linkspartei würden sich auch häufiger (71 bzw. 72 %) als der Durchschnitt aller Bürger im Ruhrgebiet in einer Bürgerinitiative engagieren.

## Präferenzen für Partizipationsmöglichkeiten

### Es können sich vorstellen ...



Quelle: forsa-Repräsentativverhebung im Ruhrgebiet im Februar 2019 (1.001 Befragte)

Mit den derzeit von ihrer Stadt- bzw. Gemeinde angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten sind 38 Prozent der im Ruhrgebiet Befragten zufrieden. 41 Prozent finden, dass die angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten nicht ausreichen. In Deutschland insgesamt sind im Vergleich dazu mehr mit den vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort zufrieden (45 %) als unzufrieden (37 %). Relativ viele Befragte aber (21 % im Ruhrgebiet; 18 % in ganz Deutschland) können das Ausmaß der Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Stadt bzw. Gemeinde nicht beurteilen. Unzufrieden mit den derzeitigen Beteiligungsmöglichkeiten sind in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD: 76 Prozent finden, dass es im Augenblick nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten für den einzelnen Bürger vor Ort gibt.

Aufgrund dieser eher verhaltenen Einschätzung der gegenwärtigen Beteiligungsmöglichkeiten stimmen 60 Prozent der Revierbewohner und 56 Prozent aller Bundesbürger der Auffassung zu, dass die meisten Entscheidungen in der Kommunalpolitik nicht mehr wie bisher überwiegend im Rat der Stadt bzw. Gemeinde, sondern möglichst von den Bürgern selbst mit Hilfe von Bürgerentscheiden oder Volksabstim-

mungen getroffen werden sollten. Weniger Bürger (36 % im Ruhrgebiet, 39 Prozent in Deutschland insgesamt) hielten es für besser, wenn auch in Zukunft die von ihnen gewählte Gemeindevertretung die kommunalpolitischen Entscheidungen trifft. Für mehr Bürgerentscheide sprechen sich in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der Parteien am linken und rechten Rand des Parteiensystems aus: Von den Anhängern der Linkspartei im Ruhrgebiet plädieren 73 und von den AfD-Anhängern 91 Prozent für mehr Bürger- bzw. Volksentscheide.

Wenn es in ihrer Stadt bzw. Gemeinde mehr Bürgerentscheide als heute gäbe, dann würden sich nach eigenen Angaben auch 81 Prozent der Bewohner des Reviers und 77 Prozent aller Bundesbürger daran beteiligen. 15 Prozent der Revierbevölkerung und 19 Prozent aller Bundesbürger fänden es ausreichend, wenn sie alle 5 Jahre ihre Gemeindevertretung bzw. ihren Bürgermeister oder Oberbürgermeister wählen könnten. Die geäußerte Teilnahmebereitschaft an Bürgerentscheiden ist am höchsten bei den Anhängern der Grünen (90 %) und der Linkspartei (86 %) sowie den AfD-Anhängern (87 %).

Allerdings muss bei der Interpretation dieser Daten bedacht werden, dass schon immer deutlich mehr Befragte angeben, sich an etwas beteiligen zu wollen, als es dann auch tatsächlich tun. So geben auch gerade vor Kommunalwahlen immer deutlich mehr Wahlberechtigte an, sie würden sich an der Wahl beteiligen, als dann tatsächlich zur Wahl gehen.

Aufgrund der ermittelten Ergebnisse darf deshalb nicht erwartet werden, dass sich tatsächlich viele Bürger an Bürger- oder Volksentscheiden beteiligen würden. Auch die Beteiligungsraten bei bisher durchgeführten Bürger- bzw. Volksentscheiden waren ja generell eher gering. Die dargestellten Befunde sind alles in allem eher ein Indikator dafür, dass viele Bürger mit der Art und Weise, wie derzeit von vielen politischen Akteuren Kommunalpolitik betrieben wird, nicht allzu zufrieden sind und deshalb in Formen direkter Beteiligungen der Bürger unter Umständen eine Möglichkeit sehen, vorhandene Defizite im Verhältnis zur Politik etwas abzubauen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der aktuellen Studie im Ruhrgebiet und die zum Vergleich herangezogenen Zahlen einer bundesweiten Erhebung, dass der Vertrauensschwund der beiden „Volksparteien“ SPD und CDU im Ruhrgebiet auf lokaler Ebene noch ausgeprägter ist als in der ganzen Republik. Insbesondere die SPD hat im Ruhrgebiet einen extremen Wählerschwund zu verzeichnen – ohne dass dieses von der SPD hinterlassene Vertrauensvakuum von der CDU genutzt werden konnte, um ihrerseits Vertrauen bei Wählern zu gewinnen. Neben dem generellen Vertrauensverlust für Union und SPD in der gesamten Republik waren aber offenbar auch lokale Faktoren für den überdurchschnittlichen Wählerschwund von SPD und CDU im Ruhrgebiet mit verantwortlich. Insbesondere die SPD hat durch eine im Vergleich zu den 1960er und 1970er Jahren zunehmend ideologisierte Kommunalpolitik ihre frühere starke Verankerung in der Wählerschaft eingebüßt. Das zeigt auch der große Mitgliederrückgang der SPD gerade in den früheren Revierhochburgen. Die CDU konnte ihrerseits – trotz beachtlicher Erfolge bei der Kommunalwahl 1999 – keine flächendeckende Verankerung in der Wählerschaft erreichen bzw. hat 1999 gewonnenes Vertrauen in den Jahren danach wieder verspielt.

## **BÜRGER HOFFEN AUF EINE RENAISSANCE DER VOLKSPARTEIEN**

Trotz des Vertrauensverlustes von SPD und CDU sehen die meisten Bürger im Revier kaum Alternativen zu den herkömmlichen Parteien, die die Interessen der Bürger aufnehmen und vertreten könnten. Und auch die AfD, die bei der letzten Kommunalwahl 2014 auch im Ruhrgebiet nur eine marginale Rolle spielte, wird außer von ihren eigenen Anhängern nicht als eine Alternative zu den herkömmlichen Parteien gesehen. Zu groß ist dafür die Kluft zwischen den Einstellungen, Meinungen und Einschätzungen der kleinen Minderheit der AfD-Anhänger und der Mehrheit des Volkes. Trotz allen Unmuts über die Entwicklung der lokalen Politik im Revier und über das personale und inhaltliche Angebot der Parteien vor Ort kommt die AfD als wählbare Alternative für die übergroße Mehrheit auch der Bürger an der Ruhr nicht in Frage.

Ein vermehrtes Angebot von Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger dürfte an der gegenwärtigen Entfremdung zwischen Bürger und Politik im Revier nicht allzu viel ändern. Zu groß ist die Gefahr, dass sich bei Plebisziten in erster Linie Minoritäten oder Randgruppen mit Hilfe direkter Entscheidungsangebote mehr Einfluss verschaffen. Damit aber würde der Unmut der großen Mehrheit der sich heute durch die Politik nicht mehr vertreten fühlenden politischen und gesellschaftlichen Mitte eher verstärkt als verringert.

Im Grunde sehnen sich viele Bürger auch im Ruhrgebiet nach einer Renaissance der Volksparteien und danach, dass die Interessen der großen Mehrheit der Bürger dadurch wieder stärker als heute in der Politik berücksichtigt werden. Insofern wären die Parteien im Ruhrgebiet, die auch viele der immer zahlreicher gewordenen Nichtwähler eigentlich wieder wählen möchten, gut beraten, an ihre alten Tugenden anzuknüpfen und wieder Politik für die Mehrheit der Bürger zu machen anstatt sich an ideologischen Dogmen, Modetorheiten oder sich lautstark artikulierenden Minoritäten zu orientieren. ■



## II. POPULISMUS, DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT

# MITTE UNTER DRUCK? HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR DEMOKRATIE, BÜRGER UND PARTEIEN



**Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte**  
Professor für Politikwissenschaft  
an der Universität Duisburg-Essen,  
Direktor der NRW School of Governance

Es ist in der Demokratie zweifelsohne etwas in Bewegung geraten, das viele an der Stabilität des politischen Systems zweifeln lässt. Politikverdrossenheit im Sinne einer fehlenden Zuversicht, dass Politiker im Sinne der Bürger handeln, wird seit Jahrzehnten diagnostiziert. Sie ist als eine Enttäuschung über die gebrochenen Versprechen der Demokratie zu verstehen.<sup>1</sup>

Entwickelt sich die liberale Idee der repräsentativen Demokratie zum Reparaturfall? Entfremden sich Gesellschaft und Politik immer stärker voneinander? Die letzten Wahlerfolge von Populisten in Deutschland und Europa haben diesen Eindruck gestärkt, denn deren wichtigste Erfolgsquelle ist die Enttäuschung der Bürger über die „etablierten“ Parteien. Dessen ungeachtet funktioniert der Parteienwettbewerb in Deutschland erstaunlich gut. Dynamisch wechseln sich freie Parteien in Opposition und Regierung ab, im Bund, vor allem aber in den Ländern. Ob die Parteien dabei die Qualität der Demokratie ausreichend sichern, hängt vom Maßstab des Betrachters ab. Wer die Parteien als Wächter der Demokratie ansieht, könnte angesichts des Aufstiegs autoritärer Politiker resignieren. Wer die Wahlbeteiligung zum Maßstab erhebt, frohlockt angesichts der deutlich gestiegenen Mobilisierung in den vergangenen Jahren.

## PARTEIEN UND GESELLSCHAFT

Die Klage über von der Gesellschaft abgekoppelte, selbstverliebte Parteien ist ein Wesenskennzeichen unserer Demokratie. Sie lebt von unerfüllten Versprechen. Nur eines sollte für alle gelten: die Gleichheit der Zugehörigen zur Demokratie, die „Herrschaft des Volkes“. Politische Parteien sind Garanten der Freiheit. Zumindest gilt das für diejenigen Parteien, welche die Werte des Grundgesetzes leben. Sie grenzen sich inhaltlich-argumentativ, manchmal ideologisch, oft auch habituell, zu anderen Parteien ab. Aber sie stigmatisieren Andersdenkende nicht. Sie behaupten nicht, alleine den Volkswillen zu vertreten; sie grenzen andere nicht aus aufgrund von Aussehen oder Sprache – so wie es rechts – wie linkspopulistische Parteien seit einigen Jahren tun. Sie fördern stattdessen Abweichungs-Toleranz.

Parteien sind in freiheitlichen Demokratien immer ein Abbild der Gesellschaft.<sup>2</sup> Wandelt sich die Gesellschaft, ändert sich auch der Parteienwettbewerb. Polarisierte Gesellschaften bringen einen polarisierten Parteienwettbewerb hervor. Konsensverschiebungen in Richtung politisch rechterer Themen führen auch im Parteienwettbewerb zu einer Rechtsverschiebung.

## „POLARISIERTE GESELLSCHAFTEN BRINGEN EINEN POLARISIERTEN PARTEIENWETTBEWERB HERVOR. KONSENSVERSCHIEBUNGEN IN RICHTUNG POLITISCH RECHTERER THEMEN FÜHREN AUCH IM PARTEIENWETTBEWERB ZU EINER RECHTSVERSCHIEBUNG.“

Schließen die Parteien machtarrogant oder kartellgetrieben bestimmte Themen aus, haben neue Parteien eine Chance zum Aufstieg. Die Institutionalisierung der Alternative für Deutschland (AfD) ist hierfür das jüngste Beispiel. Fehlen Angebote zur Problemlösung oder fehlen Alleinstellungsmerkmale, droht den etablierten Parteien unweigerlich der Abstieg. Um auf dem Wählermarkt zu punkten, holen diese dann aber häufig zügig auf. Sie surfen mit auf den Erfolgswellen von neuen Parteien – sie sind Themen-Diebe. Hier zeigt sich die extreme Lernfähigkeit von Parteien, wenngleich Wähler oft das Original als Partei belohnen – wie sich im Zuge der Bundestagswahl 2017 oder der bayerischen Landtagswahl 2018 exemplarisch zeigen lässt. Doch so funktioniert ein vitaler und robuster Parteienwettbewerb in Demokratien. Wir können uns ärgern, dass die politische Mitte so erschöpft wirkt. Wir zeigen uns sprachlos, angesichts des Ausmaßes an fehlendem Vertrauen gegenüber der etablierten Politik. Aber der Wettbewerb auf dem Parteienmarkt ist weit entfernt von Krisen. Insgesamt verbessern sich beispielsweise die Mitgliedszahlen in Parteien – um fast zwei Prozent im Jahr 2017.<sup>3</sup> Unser Parteienwettbewerb lebt von der Vielfalt, die wir im Hinblick auf Problemlösungen oft vermissen. Das Vielparteiensystem in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Nationen moderat pluralistisch und mittig. Doch seit der letzten Bundestagswahl ist es asymmetrischer und polarisierter geworden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteiendemokratie. Für die demokratische Willensbildung sind Parteien unverzichtbar, für den Wahlakt unersetzbar. Damit ist kein Monopolanspruch verbunden, denn die Parteien sind nur ein Teil der Mitwirkenden bei der politischen Willensbildung. Die Diskussion um die linke Sammlungsbewegung „Aufstehen“ unterstreicht dies eindrucksvoll. Parteien beeinflussen nur als ein Faktor neben anderen, beispielsweise den Medien, die Mei-

nungsbildung der Bürgerinnen und Bürger. Politische Parteien sind stets Ausdruck sowie Träger gesellschaftlicher Konflikte. In den letzten Jahren – beginnend mit der Finanz- und Eurokrise, seit 2015 mit der Ankunft Hunderttausender geflüchteter Menschen in der Bundesrepublik – wurde dies wieder deutlich präsenter.

Dass die Parteien auf öffentliche Kritik stoßen, seit es sie gibt, verwundert nicht. Beim immerwährenden Krisengeschrei vermischen sich Parteien-, Demokratie- und Politikverdrossenheit. Da taucht die Kritik an der Finanzierung der Parteien mit öffentlichen Mitteln auf, zumal wenn Wahlverlierer bei der Bundestagswahl 2017, wie zuletzt die Union (minus 8,6 Prozentpunkte) und die SPD (minus 5,2 Prozentpunkte), wenige Monate später die Obergrenze für staatliche Zuwendungen der Parteien deutlich erhöhen. Zusätzlichen Unmut ziehen die Parteien auf sich, da sie sich seit einiger Zeit vielfach aus der Fläche, vor allem aus sozioökonomisch prekären Stadtteilen, zurückziehen. Ämterpatronage im Bereich öffentlicher Einrichtungen stößt zudem auf laute Kritik. Auch die mangelnde Repräsentanz der Parteien durch ihre Mitglieder führt zu vielen Vorwürfen. Kritisiert werden zudem innerparteiliche Karrierewege. Neue Formate, die zum Mitmachen einladen und kollaborative Ideenwettbewerbe sollen Abhilfe schaffen.

Parteien reagieren mittlerweile mit Organisationsreformen auf veränderte Erwartungshaltungen. Mit jeweils unterschiedlicher Stoßrichtung: partizipativer – im Sinne direkter Beteiligungschancen; deliberativer – im Sinne kommunikativer Austausch- und Willensbildungsprozesse; liberaler – im Sinne einer Intensivierung der Verfahren der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Idealerweise verbindet eine Wiederbelebung der Parteiendemokratie alle drei Richtungen.

Nichts an den Vorwürfen gegenüber dem Erscheinungsbild der Parteien ist neu. Aber die Modernisierung von Vorurteilen und die Wiederholung von historischer Parteienverachtung führen nicht weiter. Parteien sind in modernen Demokratien alternativlos. Sie stehen für die modernste Form politischer Willensbildung in repräsentativen Demokratien. Wer sollte stellvertretend für sie an freien Wahlen teilnehmen? Welche anderen repräsentativen Gruppen wären gleichermaßen politisch legitimiert, um Entscheidungen für uns mit Mehrheit zu treffen? Wie könnten wir ohne Parteien politische Teilhabe fair organisieren, die nicht nur spontane Betroffenheit widerspiegelt?

Wahlen – über und mit Parteien – sichern beteiligungsgerechte Partizipation. Trotz abnehmender Wahlbeteiligung ist die Repräsentativität des Wählerwillens bei Wahlen weitaus höher als bei allen anderen Formen politischer Beteiligung. Es lässt sich nachweisen, dass alternative Partizipationsformen das Ideal politischer Gleichheit gefährden.<sup>4</sup> In weitaus höherem Maße als Wahlen sind alle anderen Formen der politischen Beteiligung sozial verzerrt. Wahlen mit vielen Parteien garantieren relativ gleiche Zugangschancen für die Bürger, weil der individuelle Aufwand gering ist. Alle anderen Beteiligungsformen verlangen dagegen mehr Zeitaufwand, mehr Bildung oder gar zur Mobilisierung auch Geld. Abstimmungen oder andere Formen der politischen Beteiligung aktivieren systematisch sogenannte Betroffenheits-Partizipierer. Eine solche „Anlieger-Demokratie“ kommt ohne Parteien aus. Plebiszite als Stimme des Volkes sind nicht gerechter als Wahlen. Sie forcieren oft die Stimme der Minderheiten. Hierauf sollte man in der Diskussion um Parteien und Wahlen häufiger und stärker hinweisen.

Zur Besonderheit gehören in Deutschland die sogenannten Volksparteien, die sich – abweichend von anderen Ländern – über Jahrzehnte mehr oder weniger robust im Wettbewerb halten. Sie sind besondere, gemeinwohlorientierte „Konsensmaschinen“ der Mitte. Sie treten als Marktführer-Parteien auf, die wie Spielmacher Regierungsbildungen prägen. Volksparteien sind wegen ihrer Berechenbarkeit für viele Bürgerinnen und Bürger ein Sicherheitsversprechen. Nicht die Größe gilt dabei als Definitionsmerkmal, sondern ein schicht- und interessenübergreifender Ansatz. Die Kernkompetenz von Volksparteien besteht darin, Konflikte von berechtigten, aber divergierenden Interessen auszutarieren, damit diese Interessenunterschiede zugunsten des Gemeinwohls ausgeglichen werden können.

Volksparteien sind strukturierte Sammlungsbewegungen der politischen Mitte – und behäbige Tanker. Union und SPD sicherten den Status der Volksparteien. Am Anspruch für breite Gesellschaftsgruppen plurale Interessenvertretungen zu organisieren, hat sich trotz deutlich sinkender Wählerstimmen nichts verändert. Doch die Metaphorik des Tankers wird abgelöst vom Bild des Dinosauriers. Anspruch und Wirklichkeit klaffen auseinander. Die Marginalisierung beider Traditionsparteien führt mittlerweile in den Bundesländern dazu, dass selbst Bonsai-Große Koalitionen (Union mit SPD) über keine parlamentarische Mehrheit mehr verfügen. Stirbt der Typus der Volkspartei aus? Die Antwort auf diese Frage hängt mehr mit gesellschaftlichen als mit politischen Veränderungen zusammen. Eine „Gesellschaft der Singularitäten“<sup>5</sup> verlangt offenbar nach Parteien, die situativ und singular Interessen der Wähler bedienen. Die Pluralisierung von Lebensstilen und die Individualisierung der Gesellschaft lassen sich auf dem Parteienmarkt jedoch nur bedingt abbilden. Denn die Parteien verstehen sich selbst eben nicht als Anbieter für jeweilige individuelle Bedürfnisse. Sie sind in ihrem eigenen Selbstverständnis Organisationen für konzeptionelle Gesellschaftsentwicklungen, und gerade nicht für individuelle.

Folgenreich wären derartige Atomisierungen von Kleinst-Interessen-Parteien für die Qualität unserer Demokratie. Sozialer und gesellschaftlicher Frieden gehörten bislang zu den deutschen Standortvorteilen. Das ist weitgehend ein Verdienst der großen Volksparteien. Sie sind Konsensmaschinen, Stabilitätsanker und Sicherheitsversprechen. Sie garantieren im dosierten Wechsel der Regierungsmacht Stabilität und Berechenbarkeit der deutschen Politik. Wer die Volksparteien schreddert, sollte mit rapiden Wechseln sowohl der Politik als auch der Regierungen rechnen. Die politische Mitte und das bürgerliche Lager würden insgesamt schrumpfen. Die schwierige Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 war ein Symptom hierfür.

Mit der Zunahme von Parteien in Parlamenten verschärft sich nicht nur der Wettbewerb zwischen den Parteien. Die Stabilität des politischen Systems wäre dann gefährdet, wenn blockierte Regierungsbildungen zur Alltagserfahrung würden. Insofern hat die Vielfalt des Wettbewerbs auch Nachteile, wenn ideologische Distanzen eine Kooperation in Regierungsverantwortung ausschließen, was wiederum Politik-, Parteien- und Demokratieverdrossenheit forciert sowie populistischen und extremistische Strömungen Zulauf generiert.

## PARTEIENWETTBEWERB UND KONFLIKTLINIEN

Wahlen enthalten immer Elemente von Kontinuität und Diskontinuität. Gegenwartseitelkeiten führen allzu schnell zu voreiligen Beschreibungen von Krisenszenarien: Abstrafung der Volksparteien, Aufstieg radikaler Parteien, Unmöglichkeiten von Regierungsbildungen. Wählerische Wähler potenzieren Volatilität. Gewissheitsschwund ist nicht nur Kennzeichen der Risiko-Moderne, er gilt auch für das Wahlverhalten. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 lässt sich beispielsweise festhalten:<sup>6</sup>

- Die Wahlbeteiligung stieg erstmals seit der Bundestagswahl 1998 wieder an, um 4,6 Prozentpunkte auf 76,2 Prozent. Fast drei Millionen Wähler ließen sich im Vergleich zur Wahl von 2013 zusätzlich mobilisieren. Die seit Sommer 2015 deutlich politisierte Gesellschaft nutzte den Wahltag zur politischen Partizipation. Ähnliches war bei den Landtagswahlen der jüngsten Zeit zu beobachten.
- Die politisierte Gesellschaft ist auch polarisierter. Mit der AfD ist erstmals seit 1961 wieder eine Partei deutlich rechts von der Union im Bundestag vertreten. Mit 12,6 Prozent ist die AfD Ausdruck einer rechten Konsensverschiebung in Deutschland. Wählerstimmen erhielt die Partei nicht nur aus dem Protest- und Nichtwählerlager, sondern auch aus allen anderen parteipolitischen Lagern. Auch dies trifft auf die Landtagswahlen seit 2014 zu.
- Die Fragmentierung des Parteiensystems und der Parlamente hat zugenommen: Wie zuletzt 1953 zogen sieben Parteien in sechs Fraktionen in den 19. Deutschen Bundestag ein. Da es sich um die erste Bundestagswahl ohne eine Koalitionsaussage handelte, gestaltete sich die Regierungsbildung mit einer Dauer von 170 Tagen schwer. Nach 70 Jahren wurde der Bundespräsident erstmals zum Kanzlermacher – durch Ausnutzung seiner verfassungsrechtlich vorgegebenen Reservemacht. Die breite politische Mitte (73,1 Prozent) – alle Parteien außer AfD und Linke – schien über Monate unfähig und unwillig, zur stabilen Regierungsbildung. Das Bild, dass die Politik und die Parteien in dieser Zeit zeichneten, war sicher kein positives, verschaffte stattdessen den Populisten Zulauf.
- Wie nach der Großen Koalition von 2009 schnitten auch 2017 vor allem die Volksparteien in der Wählergunst sehr schlecht ab. Die parlamentarische (56,3 Prozent der Bundestagsmandate) und die elektorale

(53,4 Prozent der Stimmen) Dominanz der Union und der SPD waren in fast 70 Jahren nie so gering.

- Die FDP zog nach einer einmaligen Auszeit wieder in den Deutschen Bundestag ein. Die Opposition ist mit vier Parteien (AfD, FDP, Linke, Grüne) gegenüber einer Großen Koalition stärker und vielfältiger denn je.

Inhaltlich entschieden die Wähler bei den letzten Wahlen nicht nur über den Grad der Zufriedenheit mit Regierungskoalitionen, sondern auch über komplexe Themenstellungen der Einwanderungsgesellschaft. „Obwohl unser Land (...) gut dasteht, (...) machen sich viele Menschen Sorgen um die Zukunft, ist der Ton der Auseinandersetzung rauer geworden, ist der Respekt vor unterschiedlichen Meinungen zurückgegangen, ist die Angst vor falschen Informationen gewachsen, sind die Sorgen um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft größer geworden (...).“<sup>7</sup> In ihrer Regierungserklärung am 21. März 2018 – ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl und nach fast sechs Monaten des Verhandeln um eine neue Regierung – malte die alte und neue Kanzlerin Angela Merkel im Bundestag ein deutliches Bild von den Herausforderungen im Land. Vielfältige Gründe gehörten zu den Ursachen des komplizierten Regierungsbildungsprozesses. Aber maßgeblich, geradezu überwölbend hat die Flüchtlingspolitik die Koordinaten der deutschen Politik ab 2015 geändert: Einwanderung, Flucht, Integration, Zusammenhalt. Die Flüchtlingspolitik bestimmte den Ausgang der Bundestagswahl 2017<sup>8</sup>, sie prägte die Zäsur: den Einzug einer rechtspopulistischen, rechtskonservativen und in Teilen rechtsextremen Partei nach rund 60 Jahren und damit die Rechtsverschiebung der Achse im Parteiensystem.<sup>9</sup>

Hinter der Chiffre „Flüchtlingspolitik“ verbirgt sich ein politisches Amalgam: Wo endet das gemeinsame Wir? Wer hält sich an welche Regeln? Wer lindert die wachsenden Gefühle der Unsicherheit und des Unbehagens? Die Flüchtlinge waren der Auslöser, der Katalysator einer Diskussion, die schon länger schlummerte. Die bis dahin bleierne integrationspolitische Debatte eines faktischen Einwanderungslandes öffnete sich seit 2015 in Richtung von Identitätsfragen und Zugehörigkeitsdefinitionen. Die Chiffre „Flüchtlingspolitik“ löste eine Veränderungskraft im Parteienwettbewerb aus. Sie stabilisierte sich über eine Rechtsverschiebung in den Parlamenten mit ebenso großer Vehemenz.

Die gesellschaftlichen und politischen Suchbewegungen sind seitdem entlang wichtiger Grundbedürfnisse der Bürger ausgerichtet: kognitiv – ob die Wählerinnen und Wähler die Welt, in der sie leben und handeln, verstehen; emotional – ob sie das Gefühl für Sicherheit und Geborgenheit haben; politisch – ob sie den Eindruck haben, dass es fair, gerecht, sozial, demokratisch zugeht; partizipativ – ob sie sich einbringen und teilhaben können. Wähler wollen darauf Antworten von den Parteien erhalten. Und noch immer gruppiert sich das deutsche Parteiensystem um drei wichtige große gesellschaftspolitische Konfliktlinien: um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital; um kulturelle Differenzen der politischen Partizipation – libertär oder autoritär; um das relative Gewicht von Staat und Markt. Das Primat der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit bleibt wahlentscheidend, die tiefe Sehnsucht nach Sicherheit – die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl. Die Regierung soll sicherheitskonservativ möglichst vor den Unbilden der Zukunft schützen.

Doch seit einiger Zeit kommt eine neue, vierte gesellschaftspolitische Konfliktlinie wirkungsmächtig hinzu. Es ist die Bruchlinie zwischen Begrenzung und Öffnung. Sie verläuft zwischen Globalisierungsskeptikern (Heimat-Renaissance, ortsgebundene „locals“ etc.) und ungebundenen Kosmopoliten mit urbanem Lebensstil. Diese neue gesellschafts- und parteipolitische Konfliktlinie hat mit den alten Links-Rechts-Antagonismen praktisch keine Überschneidungen.<sup>10</sup>

„PARALLEL ZU GROSSEN  
STIMMVERLUSTEN FÜR  
DIE SPD UND ZUM TEIL  
AUCH ZUR NIEDRIGEN WAHL-  
BETEILIGUNG KONNTE  
DIE AFD BEI DEN WAHLEN  
IM JAHR 2017 ERFOLGE IM  
RUHRGEBIET FEIERN.“

Bewegungen und Parteien, die auf diese neue Konfliktlinie der Demokratie eingehen, füllen eine Repräsentationslücke, die von den etablierten Parteien nicht abgedeckt wird. Das erklärt den rasanten Aufstieg der AfD seit 2013, aber auch ihre inhaltliche Verschiebung vom Anti-Euro-Thema hin zu Flüchtlings-, Identitäts- und Anti-Islam-Themen. Doch es wäre vereinfacht zu sagen, hier stünden Globalisierungsgewinner gegen Globalisierungsverlierer. Die gesellschaftspolitische Konfliktlinie orientiert sich eher an den kulturellen Globalisierungsverängstigten. Die Dimension des Konfliktes wird künftig nicht ab-, sondern eher noch zunehmen. Somit wächst der Bedarf gerade in der Angst-Mitte der bürgerlichen Wähler für eine Partei, die diese gesellschaftspolitische Konfliktlinie aktiv bedient. Wer die Protestwähler für die politische Mitte zurückgewinnen will, muss die weit verbreitete Skepsis gegenüber Zuwanderung, als Chiffre sozialer und kultureller Verunsicherung, ernst nehmen. Wer hier als Partei inhaltliche und personelle problemlösende Angebote glaubhaft macht, gewinnt Wählerstimmen zurück.

Ein Blick ins Lokale kann Anregungen geben, wie dies gelingen kann.

## POLITIK IM LOKALEN STÄRKEN

Der lokalen Demokratie wird das Potenzial zugesprochen, die skizzierten, nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie reparieren zu können. Kommunen gelten als „Schulen“ und „Rettungsanker“ der Demokratie. Die geringere Distanz der lokalen Politik zum Bürger kann in einer immer komplexer werdenden politischen Umwelt Halt und Orientierung geben. Hinzu kommen die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten, durch die das Lokale als demokratisches Erprobungsfeld fungiert.<sup>11</sup>

Schaut man sich beispielsweise die Region des Ruhrgebiets näher an, so lässt sich feststellen, dass eine Unzufriedenheit mit Politikern unter den Bürgern zwar vorhanden ist, zugleich jedoch der Zusammenhalt von lokalen Politikern und Bürgern als vergleichsweise stark wahrgenommen wird.<sup>12</sup> Das zeigt, dass die lokale Ebene tatsächlich der Ort ist, an dem unsere Gesellschaft wieder ins Gespräch kommen kann. Damit sie aber als „Rettungsanker der Demokratie“ wirken kann, müssen gerade auch im Ruhrgebiet große Herausforderungen überwunden werden.

In der Vergangenheit etablierte sich die SPD als dominante politische Kraft im Ruhrgebiet. Sozialdemokratische Eliten „aus gewerkschaftlichen, kommunalpolitischen und parteipolitischen Multifunktionären [spielten] die zentrale Rolle der Vermittlung zwischen Arbeiterschaft und Ökonomie, Politik und Gesamtgesellschaft“. <sup>13</sup> Die aktive politische Elite hatte es geschafft, zum „Ausdruck der kollektiven Erfahrungen der ‚kleinen Leute‘ in den Industriestadtteilen des Ruhrgebiets“ zu werden und als deren Interessenvertreter eine spezifische „Kultur des kleinen Mannes“ zu entwickeln. <sup>14</sup> Auch die Montankrise konnte dieses Modell nicht ins Wanken bringen, es verfestigte sich eher noch. Der wieder politisch und tripartistisch gestaltete Strukturwandel ließ Politiker bei der Abfederung der sozialen Folgen zu „Verteilerstellen für Sozialpläne bzw. die diversen Sozialmaßnahmen“ werden. <sup>15</sup>

Doch besteht heute weiterhin die starke Bindung zwischen lokalen politischen Eliten und Bürgern, die von Historikern als Besonderheit, als Fundament des regionalen politischen Systems des Ruhrgebiets beschrieben wird? Im Ausgang vergangener Wahlen in der Region lassen sich Hinweise dafür finden, gleichzeitig zeichnen sich jedoch erste Veränderungen ab. Bis zuletzt haben die Sozialdemokraten im Ruhrgebiet bei allen Wahlen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen können. Obwohl die Volksparteien, insbesondere die SPD, im Ruhrgebiet noch immer stark sind, haben sie aber auch hier überdurchschnittliche Verluste verzeichnen müssen. So wurde die SPD bei der Landtagswahl 2017 mit 36,5 Prozent zwar mit Abstand stärkste Kraft im Ruhrgebiet, musste aber zeitgleich mit 10,9 Prozentpunkten noch deutlichere Verluste als im Landesschnitt (7,9 Prozentpunkte) hinnehmen. Auch auf kommunaler Ebene ist dieser Trend seit der Jahrtausendwende im Ruhrgebiet für die SPD spürbar. Ihr Wahlergebnis bewegt sich seit 1999 jedoch relativ konstant auf einem Niveau um knapp unter 40 Prozent.

Parallel zu großen Stimmverlusten für die SPD und zum Teil auch zur niedrigen Wahlbeteiligung konnte die AfD bei den Wahlen im Jahr 2017 Erfolge im Ruhrgebiet feiern. Bei der Bundestagswahl lag ihr Stimmanteil im Schnitt aller RVR-Städte mit 11,4 Prozent zwar leicht unter dem Bundesschnitt, aber über dem nordrhein-westfälischen Landesschnitt. Die Wahlkreise Essen II, Duisburg II und Gelsenkirchen gehören zu den 15 erfolgreichsten Wahlkreisen der Partei in Westdeutschland. Bei der NRW-Landtagswahl waren zudem die 15 erfolgreichsten Wahlkreise der AfD alle-

samt Ruhrgebietsstädte. Die These, dass das Ruhrgebiet zur Hochburg der Rechtspopulisten geworden ist, stimmt aber nur teilweise mit einem bisweilen noch oberflächlichen Bild der Stimmergebnisse überein. Vor allem in Teilen der wirtschaftlich und sozial schwachen Emscherzone hat die AfD bei den letzten Wahlen jedoch starke Erfolge verzeichnen können.

Eine Diagnose mit Blick auf das Ruhrgebiet, die Hoffnung auf eine Revitalisierung der Demokratie weckt, besagt, dass die lokal-regionale Beziehung von Bürgern und Politikern noch als relativ intakt wahrgenommen wird. Die Unzufriedenheit und Skepsis der Bürger im Ruhrgebiet gegenüber der Politik steigt jedoch mit Blick auf höhere Ebenen, etwa Land und insbesondere Bund, merklich an. Insofern trifft also sowohl das Bild des gegenüber Politik grundsätzlich skeptischen als auch das des stark an lokale Eliten gebundenen Bürgers im Ruhrgebiet zu. Für eine „politische Abstinenz“ als Haltung der Bürger an Ruhr und Emscher lassen sich zudem wenig Anzeichen finden. Gut 68 Prozent der Ruhrgebietsbürger interessierten sich demnach stark oder sehr stark für Politik, beinahe 65 Prozent interessieren sich für Politik im Ruhrgebiet und mit 61,4 Prozent etwas weniger für Politik in der eigenen Stadt und Gemeinde. <sup>16</sup> Politisch fühlen sich Bürger an Ruhr und Emscher also relativ stark mit der lokalen Politik verbunden. Dem gegenüber steht zum Teil großes Unbehagen gegenüber der Politik im Allgemeinen.

Auch mit Blick auf die Demokratiezufriedenheit zeigt sich das Potenzial des Lokalen. Während im Ruhrgebiet 46,5 Prozent der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie voll und ganz oder eher zufrieden sind, wird die lokale Demokratie von 54,3 Prozent in der Tendenz positiv bewertet. Ein noch deutlicheres Bild zeichnet sich beim Institutionenvertrauen ab. Während 40,0 Prozent der Ruhrgebietsbürger den Politikern in ihrer Stadt oder Gemeinde ganz oder eher vertrauen, sind es auf nationaler Ebene nur 26,2 Prozent. Gleiches gilt für den Stadtrat im Vergleich zum Bundestag (44,6 zu 39,3 Prozent) oder dem Bürgermeister im Vergleich zur Bundesregierung (49,5 Prozent zu 36,8 Prozent). <sup>17</sup>

Am deutlichsten unterscheiden sich die lokalen und bundesweiten Bewertungen der Ruhrgebietsbürger jedoch bei der empfundenen Responsivität – also dem Gefühl, dass Politiker den Bürgern zuhören und in ihrem Sinne handeln. Auch hier schneidet die lokale Ebene weit besser ab als die Politik im Land oder

im Bund.<sup>18</sup> Gerade in dieser hohen lokalen Responsivität politischer Akteure liegt die Chance, die für eine Demokratie notwendige gesellschaftliche Gesprächsgrundlage zwischen Politik, Parteien und Bürgern zu verbessern. Allerdings dürfen die Möglichkeiten der Kommunalpolitik – insbesondere auch im Ruhrgebiet – nicht überschätzt werden. Nicht zuletzt die niedrige Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in den Städten des Regionalverbands Ruhr ist ein Ausweis dafür, dass sich Bürger zwar enorm für das Geschehen in ihrem direkten Umfeld interessieren, der lokalen Politik aber wenig Bedeutung zusprechen. Das vermag angesichts leerer Kassen in den Kommunen des Ruhrgebiets auch nicht zu verwundern. Hier sind Land und Bund aktiv gefordert – etwa mit einem Altschuldenfond für klamme Kommunen. Dessen ungeachtet können Städte als Plattform niedrigschwelliger demokratischer Involvement sowie regionaler Verbundenheit und Kooperation zur Bündelung von Ressourcen eine „Modellschule“ der Demokratie sein.

Zusätzlich müssen Politik und Parteien an die Orte zurückkehren, die sie oftmals bereits verlassen haben. Denn: Interesse an Politik, Beteiligung an Wahlen, auch Unzufriedenheit mit der Politik hängen nicht allein an Merkmalen wie Bildung, Alter, Geschlecht, Einkommen oder Migrationshintergrund. Sie werden auch von den Verhältnissen im direkten Umfeld der Bürger beeinflusst. In Vierteln, in denen ein Gefühl der sozialen Isolation vorherrscht, ist Politik häufig kein Gesprächsthema mehr. Es gehen in diesen Vierteln auch diejenigen deutlich weniger zur Wahl, die ein höheres Einkommen oder bessere Bildung genossen haben. Hier sind – neben zivilgesellschaftlichen Akteuren und Institutionen der politischen Bildung – insbesondere die Parteien gefordert, die in benachteiligten Vierteln wieder sichtbar werden müssen – und zwar dauerhaft – und die dort vorhandenen Probleme anpacken. Es gilt: Wenn Parteien stets ein Abbild der Gesellschaft sind und weiterhin den Anspruch haben, plurale gesellschaftliche Interessen zu vertreten (siehe oben), so müssen sie sich gerade auch dort präsent zeigen, wo man ihnen skeptisch oder mit Ablehnung begegnet und das Partizipationsverhalten unterdurchschnittlich ist.

Wer heute die liberale, offene, polyvalente Gesellschaft als Zielbild der Demokratie anstrebt, hat in Deutschland glücklicherweise bei der Vielfalt der Parteien immer noch eine reiche Auswahl. Andere europäische Länder verfügen hingegen längst nicht mehr über diesen Standard. Ob es so bleibt, hängt sehr stark von

den Parteien und Politikern selbst ab, aber auch von uns als Bürgern, Wählern, Demokraten, davon, wie wir die politischen Dienstleistungen der Mitte unterstützen, antreiben, abrufen, wählen. ■

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Bobbio, Norberto (1988). *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin: Rotbuch-Verl.
- <sup>2</sup> Korte, Karl-Rudolf Korte et al. (2018). *Parteiendemokratie in Bewegung. Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich*, Baden-Baden: Nomos.
- <sup>3</sup> Niedermayer, Oskar. *Parteiemitgliedschaften im Jahr 2017*, in: *ZParl 2/2018*, S. 346-371.
- <sup>4</sup> Schäfer, Armin. *Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4/2010*, S. 131-156.
- <sup>5</sup> Reckwitz, Andreas (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Frankfurt: Suhrkamp.
- <sup>6</sup> Zur Bundestagswahl vgl. Korte, Karl-Rudolf / Schoofs, Jan (2019). *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS. Hilmer, Richard / Gagné, Jérémie. *Die Bundestagswahl 2017. GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland*, in: *ZParl 2/2018*, S. 372-406. Jesse, Eckhard. *Die Bundestagswahl 2017 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik*, in: *ZParl 2/2018*, S. 223-242.
- <sup>7</sup> Angela Merkel, *Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel in Berlin vor dem Deutschen Bundestag*, 21.03.2018, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2018/2018-03-22-regierungserklaerung-merkel.html>.
- <sup>8</sup> Korte, Karl-Rudolf. *Der Sog der Mitte. Die Repolitisierung der Wähler im Wahljahr 2017*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/2017*, S. 221-231.
- <sup>9</sup> Decker, Frank (2019). *Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017*, in: Karl-Rudolf Korte/Jan Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahlen 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. i. E. Wiesbaden: Springer VS.
- <sup>10</sup> Zu den neuen Cleaages vgl. Merkel, Wolfgang (2015). *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, S. 473-498, hier S. 492 Wiesbaden: Springer VS. Eith, Ulrich / Mielke, Gerd. *Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien*, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.) (2017). *Parteien und soziale Ungleichheit*, S. 39-61. Wiesbaden: Springer VS.
- <sup>11</sup> Vetter, Angelika. *Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 61/2011 (7-8)*, S. 25-32; auch Vetter, Angelika (2002). *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik*. Wiesbaden: Springer VS.
- <sup>12</sup> Diese und weitere Befunde, insbesondere mit Blick auf das Ruhrgebiet, finden sich in Korte, Karl-Rudolf / Dinter, Jan Dinter (2019). *Bürger, Medien und Politik im Ruhrgebiet. Einstellungen – Erwartungen – Erklärungsmuster*, Wiesbaden: Springer VS.
- <sup>13</sup> Goch, Stefan. *Das Ruhrgebiet – Die Entstehung einer Region?*, in: *geographische revue 3 (1)/2001*, S. 23-42.
- <sup>14</sup> Faulenbach 1989, zit. nach Goch 2001, 32.
- <sup>15</sup> Goch 2001, 33.
- <sup>16</sup> Vgl. Korte und Dinter 2019.
- <sup>17</sup> Vgl. ebd.
- <sup>18</sup> Vgl. ebd.

# WIE PARTEIEN DEN BÜRGER IN ZEITEN SOZIALER UND MIGRATIONS- POLITISCHER SPALTUNG WIEDER ERREICHEN KÖNNEN



**Prof. Dr. Elmar Wiesendahl**  
lehrte Politikwissenschaft an der Universität  
der Bundeswehr, Geschäftsführer der Agentur  
für Politische Strategie

## 1. EINLEITUNG

Deutschland ist seit geraumer Zeit von wachsender Ungleichheit erfasst, die sich in sozialen Spaltungsprozessen niederschlägt. In diese Phase der Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts brach eine Flüchtlingskrise hinein, die das Land und seine Bevölkerung vor enorme Aufnahme- und Integrationsherausforderungen stellte und immer noch stellt. Der Zustrom von hunderttausenden von Fluchtmigranten löste vor allem kulturelle Spannungen aus, hinter denen konträre Lagerbildungen um die Willkommenskultur und um die Akzeptanz einer weltoffenen Migrationsgesellschaft stehen. Das umbruchartige Zusammentreffen der Flüchtlingswelle mit einer sozial und kulturell auseinanderdriftenden Gesellschaft hat Verwerfungen auf der politischen Ebene erzeugt, die die Tektonik der bisherigen Parteienlandschaft erschüttert. Die volksparteilichen Hauptträger des Parteiensystems erodieren, und als Profiteur der Umschichtungen hat sich eine rechtspopulistische Partei, die AfD, auf Bundes- und Landesebene flächendeckend breit gemacht. Dies alles spielt sich, wie unter einem Brennglas, auch im

Ruhrgebiet ab, das mit der Kohle- und Stahlkrise besonders große Lasten der Deindustrialisierung zu bewältigen hat. Hier ist, bereits weit zurückliegend, eine Migrationsgesellschaft entstanden, die von wachsender sozialer Ungleichheit und Spaltung erfasst wird.

Die Parteien tragen politische Mitverantwortung dafür, dass es zur Erosion sozialen und kulturellen Zusammenhalts im lange Jahre als wohlhabende Konsensgesellschaft dastehenden Deutschland kommen konnte. Nun lastet auf den Hauptakteuren der Politik einige Ratlosigkeit, mithilfe welcher Ideen, Lösungsansätzen und Vorgehensweisen wieder Anschluss an die sich von ihnen entfremdete und abgewendete Wählerschaft gefunden werden könnte. Die Lösungen sind nicht unmittelbar greifbar, weil es tiefer liegende und teilweise weit zurückliegende Gründe sind, die als wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Wandlungsprozesse zu sozialen und kulturellen Spaltungen geführt haben. Nun ist die Flüchtlingskrise hinzugekommen, die für den Ausbruch der Spannungen einen

„DIE ALTE BUNDESREPUBLIK HAT BIS IN DIE 1970ER JAHRE EINE WOHLSTANDSENTWICKLUNG DURCHLAUFEN, DIE DIE SOZIALE UNGLEICHHEIT DER KLASSENGESELLSCHAFT EINEBNETE.“

Katalysatoreffekt ausübt. Parteien werden deshalb erst dann verloren gegangenenes Vertrauen zurückgewinnen und den Bürger wieder erreichen können, wenn sie mit ihren Kurskorrekturen bei den Hintergründen und Ursachen der Beziehungskrise ansetzen. Erforderlich ist ein klares, realistisches Lagebild, was zur Grundlage einer durchdachten Bürgeroffensive gemacht werden könnte.

Zunächst wird aufgezeigt, welche Vernachlässigungs- und Entfremdungsprobleme das Beziehungsverhältnis von Kreisen der Bevölkerung zu den Parteien eingetrübt hat. Dann wird anhand der Flüchtlingskrise der Frage nachgegangen, wie die Parteien auf den dadurch ausgelösten Kulturkonflikt reagiert haben. Schließlich werden, soweit sich die Beziehungskluft zwischen Parteien und Wählerschaft überhaupt überbrücken lässt, Wege aufgezeigt, die den einen oder anderen Wiederanschluss an verloren gegangene Wählerkreise herbeiführen könnten.

## 2. DIE POLITISCHEN FOLGEN WACHSENDER UNGLEICHHEIT UND SOZIALER SPALTUNG

Die alte Bundesrepublik hat bis in die 1970er Jahre eine Wohlstandsentwicklung durchlaufen, die die soziale Ungleichheit der Klassengesellschaft einebnete. Vom Wirtschaftsboom profitierte auch die Kohle- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets, die wegen des Arbeitskräftebedarfs hunderttausende von türkischen Gastarbeitern anzog. Der Kumpel verdiente gut und stand sogar eine Zeit lang an der Spitze der beruflichen Prestigeskala.

Deutschland ist zwar als Exportweltmeister Gewinnerland der globalisierten Welt. Und doch ist die soziale Ungleichheit zurückgekehrt und mit ihr der Zusammenhaltsverlust der Gesellschaft. Den Hintergrund liefert ein tief greifender industrieller Strukturwandel, der mit der Prekarisierung und Verarmung von sogenannten Modernisierungsverlierern einherging. All dies verdichtet sich im Ruhrgebiet wie unter einem Brennglas. Die Situation kippte um, als mit der Strukturkrise der Montanindustrie seit den 1970ern gerade im Norden des Ruhrgebiets in den davon lebenden Kommunen das Wohlstandsniveau nicht mehr zu halten war und – nicht nur dort – soziale Abstiegs- und Verarmungsprozesse einsetzten. Hier wie dort sind vergleichbare

politische Folgeprobleme industriellen Niedergangs zu bewältigen, die sich aus den sozioökonomischen Umbrüchen ergeben. Sie werden indes im Ruhrgebiet durch Regionalstolz, intensiven Zusammenhalt und identitätsstiftendes „Wir-Gefühl“ sozio-emotional kollektiv abgefedert.<sup>1</sup>

Gleichwohl bildeten sich, räumlich konzentriert auf soziale Brennpunktquartiere, abgehängte Unterschichtsmilieus, denen eine Spaltung der Arbeiterschaft vorausging. Ein größerer Teil von ihr machte seit den 1970ern über die geöffneten weiterführenden Bildungswege einen Aufstiegsprozess durch und wurde Teil der neuen Mittelschichten. Der zurückgebliebene Teil bildet die Gruppe der Modernisierungsverlierer. Durch den „Aufstieg der einen und Abstieg der anderen“<sup>2</sup> zerbrach das alte Arbeitermilieu. In die städtischen Quartiere, die von Absteigergruppen bewohnt wurden, kamen Migrantenfamilien hinzu, die nicht als willkommene Bereicherung empfunden wurden. Verarmung nahm zu. Nach einer Erhebung des DIW ist das Armutrisiko von Erwerbstätigen zwischen 1998 und 2017 von 10,5 auf 28 Prozent gestiegen (SZ v. 28.12.2018). Einkommensarmut greift hier allerdings zu kurz und muss durch ein Lebenslagenkonzept erweitert werden.<sup>3</sup> Denn von Interesse sind die belastenden Lebensumstände und deren Verarbeitung durch Menschen, die in mehrfacher Hinsicht unter die Armutsschwelle fallen.

Arme stehen auf den untersten Sprossen der sozialen Abstiegsleiter. Nachtwey spricht sogar von einer neuen unterprivilegierten Unterklasse, die sich aus befristet Beschäftigten, Leiharbeitern, Niedrigverdienern, Minijobbern und Transferleistungsbeziehern zusammensetzen würde.<sup>4</sup> Von ihrer Lebenslage sind sozioökonomisch abgehängte untere Randgruppen mit teils heruntergekommenen Wohngebieten und mit minderwertigen Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen konfrontiert. Durch den Wegzug bessergestellter Familien aus dem Arbeitermilieu und dem gleichzeitigen Zuzug von Migrantenfamilien entwickelten sich diese Quartiere zu stadtbekanntem sozialen Brennpunkten. Die in diesen Problem-Stadtteilen lebenden Einwohner weisen neben der Mangelercheinung von Einkommensarmut und Geldnot weitere soziale Ausgrenzungs- und Benachteiligungsmerkmale auf, wie geringe Schulbildung, abgebrochene Berufsausbildung, Dauerarbeitslosigkeit und Hartz-VI-Bezug. Hinzu kommen unvollständige Familien, Kinderarmut, Gesundheitsprobleme und eine deutlich niedrigere Lebenserwartung.<sup>5</sup> Nicht nur im nördlichen Ruhrge-

biet ist eine Verfestigung dieser Armutsverhältnisse festzustellen, sondern auch in Ostdeutschland.<sup>6</sup>

Wer in diesen Problemquartieren wohnt, hat bestenfalls mit Mitleid, gewöhnlich mit Herabwürdigung zu rechnen. Entsprechend fühlen sich die Überflüssigen in ihrer Lebenslage gedemütigt und entwertet. Von ihnen wird die soziale Lage als schreiend ungerecht und entwürdigend empfunden. Verbittert sehen sie sich als schmachvoll verachtet ausgegrenzt, worauf sie mit lähmender Kränkung und entmutigendem Fatalismus reagieren. Eine NRW-Untersuchung der Göttinger Universität zur „Politikwahrnehmung in der Unterschicht“ von 2008/09 erbrachte eine tief sitzende resignative Mutlosigkeit und Hoffnungslosigkeit der Befragten aus dem unteren gesellschaftlichen Drittel.<sup>7</sup> Nicht ein Fünkchen Hoffnung ist bei dem Gedanken vorhanden, aus der fatalen Lage mit welcher Anstrengung auch immer herauszufinden. Infolgedessen lastet auf den Betroffenen ein kollektiv ramponiertes Selbstwertgefühl, verbunden mit ausgeprägter politischer Rückzugstendenz.

Politisch entlädt sich diese Haltung im Groll auf die Politik, auf „die da oben“, auch auf Migranten, erschöpft sich aber, was die Protest- und Artikulationsbereitschaft angeht, in „Ich-kann-ja-doch-nichts-machen“-Apathie. Die empfundene Schmach findet keinen Brückenschlag hin zum kollektiven Wutausbruch und zur Empörung. Eine Forschungsgruppe von Johanna Klatt und Franz Walter hat 2009/10 in ausgewählten Problemstadtteilen von Göttingen, Kassel und Leipzig mit qualitativen Befragungsmethoden abgehängte Unterschichtangehörige nach ihren bürgerschaftlichen Engagementpotenzialen befragt. Sie macht die soziale Abschottungstendenz der Betroffenen im Quartier deutlich. Prägend war ein dichotomes Politikverständnis, bei dem sie sich aufgrund ihrer Ausgeschlossenheit und dem beschädigten Selbstwertgefühl politisches Engagement nicht zutrauen.<sup>8</sup> Eigeninitiative an politischer Aktivität schließen die Betroffenen für sich aus.<sup>9</sup> Die neue Unterschicht meidet durch Selbstexklusion den politischen Raum. Von größter politischer Brisanz ist der Trend unter den Abgehängten, an Wahlen nicht mehr teilzunehmen.<sup>10 11</sup> Entsprechend wird gesellschaftliche Oben-unten-Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt, wenn das soziale Ungleichheitsgefälle zur ungleichen Nutzung politischer Artikulation- und Teilnahmekanäle führt.<sup>12</sup> So schließt sich der Kreis des politischen Selbstausschlusses, der seitens der Parteien die Anreize schwinden lässt, sich zum Sprachrohr der diskriminierten Unterschichten zu machen.

Blickt man auf die Mittelschichten, dann fressen sich auch in ihren Kernbereichen nach 1990 Unsicherheitsempfindungen und Abstiegsängste hinein.<sup>13</sup> Bei Angehörigen der unteren Mittelschicht (einfache Techniker, Facharbeiter) ist ein ausgeprägtes Unsicherheitsempfinden schon seit Mitte der 1980er zu beobachten.<sup>14</sup> Abstiegsangst verbindet sich, wie Kohlrausch<sup>15</sup> Anfang 2017 herausgefunden hat, mit Sorgen um den Erhalt des sozialen Status, nämlich um die eigene finanzielle Lage oder die Verarmung im Alter. Hiervon sind vor allen Dingen einkommensschwache untere Randgruppen betroffen, aber auch Menschen, die sich materiell von sozialem Abstieg bedroht fühlen. Die Angst vor Altersarmut treibt die Deutschen mehrheitlich um.

Die Mehrheitsgesellschaft hat 2018 mit 67 Prozent den Eindruck, dass der „Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“ schwächer wird. Zwei Jahre zuvor waren es 56 Prozent.<sup>16</sup> Dem entsprechen Infratest dimap-Befunde von 2017, nach denen sich 70 Prozent der Bundesbürger/innen sehr große und große Sorge machen, dass „unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdrifft“.<sup>17</sup>

Fatal für die Parteien ist, dass sie sich der vernichtenden Einschätzung zu stellen haben, dass im Jahre 2017 88 Prozent der Befragten verneinen, dass „sich die Bundesregierung in den letzten Jahren ernsthaft bemüht (hat), den Wohlstand fairer zu verteilen“.<sup>18</sup>

### 3. SOZIOÖKONOMISCHE UND KULTURELLE HINTERGRÜNDE DER WAHL DER AfD

Abstieg und soziale Ausgrenzung führen bei den Betroffenen zur Erniedrigung, ein Nährboden für den elektoralen Durchbruch der rechtspopulistischen AfD.<sup>19</sup> Insbesondere bei den NRW-Landtagswahlen 2017 erzielt die AfD in den strukturschwachen Wahlkreisen des Ruhrgebiets zweistellige Spitzenergebnisse. Dabei stechen Gelsenkirchen, Duisburg, Essen und Herne heraus. Sie findet in jenen Wahlkreisen Nordrhein-Westfalens höchste Unterstützung, die strukturell hohe Armutsindikatoren aufweisen.<sup>20</sup> Hauptleidtragende ist die SPD, die im Ruhrgebiet als ihrem Stammrevier einstmals Spitzenergebnisse erzielte. Die AfD profitiert nach Dinter in der Region von einer sichtbar werdenden Kluft, die von „wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch politischen Gegensätzen“ geprägt ist.<sup>21</sup> Insbesondere ehemalige Arbeiter-

quartiere mit „hoher Arbeitslosigkeit, einem hohen Migrantenanteil, geringem Einkommen, niedriger Bildung und auch niedriger Wahlbeteiligung“<sup>22</sup> geraten in den Sog der Rechtspopulisten.

Hintergründe hierfür liefern zwei theoretische Erklärungsansätze der Wahlforschung, die über das Regionalspezifische des Ruhrgebiets hinausreichen, aber auf die Region zurückbezogen werden können. Der sozioökonomische Ansatz geht von sozialen Verarmungs- und Diskriminierungsverhältnissen aus, die davon betroffene Menschen zur Wahl der AfD bewegen würden.<sup>23</sup> Anders der kulturelle Ansatz, der die AfD-Wahl aus der Überfremdungsfurcht und aus Sorgen um den Erhalt der nationalen Identität herleitet.<sup>24</sup> Bei sozioökonomisch marginalisierten Milieus liegt auf der Hand, dass sie als Hauptlastenträger des Zuzugs bzw. der Verteilung von Flüchtlingen gerade in ihren belasteten Problemquartieren um weitere Benachteiligung und sozialen Abstieg fürchten und deshalb die AfD überproportional häufig wählen.<sup>25</sup> Dies würde sich mit der räumlichen Schwerpunktbildung von AfD-Hochburgen im nördlichen Ruhrgebiet decken. Hier ist erhellend, was der französische Soziologe Didier Eribon bei seiner Rückkehr in sein proletarisches Herkunftsmilieu nach Reims beschreibt.<sup>26</sup> Es zerbricht ab den 1960ern in seinem arbeiterkulturellen Zusammenhalt, zumal die KP-Funktionäre mit ihrem sozialen Aufstieg davon ablassen, den „Unterdrückten“ als Sprachrohr zu dienen. Infolge der erodierten Klassenidentität wandten sich die mit ihrem Schicksal Alleingelassenen von der kommunistischen Partei ab und liefen zur Front National über. Parallel zu Entwicklungen in Frankreich, Österreich und Italien ließe sich auch erklären, warum nach 2015 die SPD bundesweit bei Landtagswahlen in ihren Arbeiterstammmilieus stark absackte und die AfD mit ihr fast gleich zog.

Soziale Ausgrenzung und Vernachlässigung als Gründe für die AfD-Wahl geben dem sozioökonomischen Erklärungsansatz Gewicht, er muss aber durch den kulturellen Erklärungsansatz ergänzt werden. Denn es will sich aus dessen Blickwinkel nicht erschließen, warum die AfD bei der Bundestagswahl 2017 auch in den Milieus der Mitte starke Zugewinne erzielte. Selbst die sozial gehobenen Milieus sind hiervon nicht ausgenommen.<sup>27</sup> Wie sich ebenfalls aus der Befragungsstudie einer Forschungsgruppe um Hilmer aus dem Jahre 2017 ergibt, kommen AfD-Wähler/innen überproportional häufig aus der Unterschicht und unteren Mittelschicht (38 Prozent), sind aber auch in der oberen

Mittelschicht (35 Prozent und selbst in der Oberschicht (27 Prozent) vertreten.<sup>28</sup> Diese bessergestellten Gruppen sorgen sich überproportional um ihre finanzielle Lage, ihre Altersabsicherung, die Zukunft ihrer Kinder und um Kriminalität und Gewalt in ihrem Wohnumfeld. Allen AfD-Wählern ist nach der Hilmer-Studie die Präferenz für ein autoritäres Leitbild des starken Staats gemein, der für die Deutschen da ist und vor dem Zuzug von Migranten schützt.

## 4. DIE WILLKOMMENSKULTUR ZWISCHEN MINDERHEIT UND MEHRHEITSGESELLSCHAFT

Wenn Integration von der Aufnahmegesellschaft her glücken soll, braucht es einer einheimischen Bevölkerung, die Migranten mit Wohlwollen und Akzeptanz aufzunehmen und zu integrieren bereit sind. Ob dies gegeben ist, soll an Umfragedaten zur Aufnahme von Flüchtlingen und der Haltung zur Integrationsgesellschaft untersucht werden.

Als die Flüchtlingskrise im Frühherbst 2015 ausbrach, drängte sich öffentlich vermittelt der Eindruck auf, als sei das Land von einer Willkommenskultur erfasst und die Mehrheitsgesellschaft würde sich dahinter stellen. Nach den Befunden zahlreicher Umfragestudien zwischen 2015 und 2018 handelt es sich wohl eher um ein temporäres Massenphänomen, welches entweder nach Einschätzung des IfD-Allensbach-Instituts zu keinem Zeitpunkt in der Bevölkerung eine Mehrheit fand<sup>29</sup>, oder aber als kurzzeitiges Zustimmungshoch auf den September 2015 begrenzt war. So trat zwischen dem 9. September und dem 6. Oktober 2015 nach der Forschungsgruppe Wahlen ein krasser Stimmungswechsel ein, was die Frage angeht: „Kann Deutschland die vielen Flüchtlinge verkraften?“. In dieser Frist stieg der Anteil der Verneinenden von 40 auf 51 Prozent. Ebenfalls weisen die Erhebungsdaten des ARD-Deutschlandtrends vom Oktober 2015 aus, dass damals bereits die Ängste vor den vielen Flüchtlingen überhandnahmen. Nach dem ARD-DeutschlandTrend vom Februar 2016 muss aber ein starkes Akzeptanzgefälle in der Aufnahmebereitschaft der Bundesbürger je nach Fluchtgründen berücksichtigt werden. Bei „Krieg und Bürgerkrieg“ liegt sie bei 94 Prozent. Bei politischer oder religiöser Verfolgung bei 73 Prozent. Und beim Fehlen von Arbeit und Auskommen im Herkunftsland bei 25 Prozent.

Insgesamt aber fällt die Willkommenskultur von 2014 bis zum Jahr 2016. So hat sich nach Befragungsbefunden zu „Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung“ von 2015/16 der Zustimmungssindex abgesenkt und ist auf 32,2 Prozent Anteilswert in der Bevölkerung gesunken.<sup>30</sup> Nach dem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen in 2017 und 2018 ergibt eine erneute Wiederholungsbefragung<sup>31</sup> in 2018, dass die Gruppe der negativ Eingestellten wieder sinkt und die Gruppe der Integrationsbefürworter ansteigt, was auf die Anteilsverhältnisse von 2014 hinausläuft. Zick und Preuß kommen als Durchführende der Wiederholungsstudien zu dem Schluss, dass die Politik „auf eine Mehrheit vertrauen kann, die Migration und Vielfalt als Bereicherung betrachtet und akzeptiert“ (S. 33). Dies geben indes weder ihre Befragungsbefunde noch die anderer Erhebungen definitiv nicht her, sondern es stehen sich nach wie vor ein Minderheitslager von Willkommensanhängern und ein Mehrheitslager von Willkommensgegnern gegenüber. Vor allem kommt dies bei der Wahrung der eigenen Kultur und Tradition sowie der nationalen Identität zum Ausdruck. Erhellend sind in diesem Zusammenhang Allbus-Daten, nach denen sich zwischen 1991 und 2016 eine Bevölkerungsmehrheit von durchschnittlich etwa 70 Prozent für die Begrenzung des Zuzugs von Asylsuchenden ausgesprochen hat.<sup>32</sup>

Der Stimmungsumschwung ist nicht von dem anschwellenden Flüchtlingszustrom im Herbst und Winter 2015 auf 2016 losgelöst zu sehen, zumal nach dem ZDF-Politbarometer vom Januar 2016 die Mehrheit derjenigen, die sich von den Flüchtlingen bedroht fühlten, auf zwei Drittel der Befragten anstieg. Und ein dreiviertel Jahr später taten 82 Prozent der Befragten einer TNS-Umfrage im Auftrag des Spiegels ihr Missfallen an der hinter der Flüchtlingskrise stehenden Politik kund und dass sie „Merkels Flüchtlingspolitik ablehnen“ würden<sup>33</sup>. Zunächst einmal bleibt nach Erhebungen der EU-Kommission für die Bundesbürgerinnen die Einwanderung zwischen 2016 und 2018 bei weitem das „bedeutendste Problem“, dem Deutschland derzeit gegenübersteht: 2016: 56 Prozent, 2017: 37 Prozent und 2018: 38 Prozent<sup>34</sup>.

Die wachsenden Bedenken gegen den Flüchtlingszuzug richten sich auf zwei Dinge. Einmal auf Überlastungsprobleme. Nach einer Längsschnittstudie der Bertelsmann-Stiftung zur „Willkommenskultur im ‚Stresstest‘“, durchgeführt durch Cantara am Netz im April 2017, wächst unter der Bevölkerung zwischen 2012, 2015 und (April) 2017 die Besorgnis über die Probleme, die

sich für sie aus der Flüchtlingszuwanderung ergeben würden. So sehen 79 Prozent Belastungen für den Sozialstaat, 72 Prozent Konflikte zwischen Einheimischen und Einwanderern, 68 Prozent Probleme in den Schulen und 65 Prozent eine Verschärfung der Wohnungsnot.<sup>35</sup> Dies mündet für 54 Prozent der Befragten in den Ballungsräumen in einer Zustimmung zu der Aussage: „Deutschland kann nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil es an seiner Belastungsgrenze ist“<sup>36</sup>.

Schwergewichtiger sind jedoch Überfremdungsängste und Zweifel an den kulturellen Integrationschancen der Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft. So sorgen sich im März 2016 neben wachsender Kriminalität (60 Prozent), größerer Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt (57 Prozent) weitere 50 Prozent darum, dass „der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird“<sup>37</sup>. Die Wahrnehmung kultureller Differenzen erfasst eine IFD-Allensbach-Umfrage von September 2016, nach der auf die Frage, „wie stark unterscheiden sich die Kultur und die Wertvorstellungen der meisten Flüchtlinge von der Kultur und den Wertvorstellungen der deutschen Bevölkerung?“ 44 Prozent mit „sehr stark“ und 46 Prozent mit „stark“ antworten.<sup>38</sup> Nach der R+V-Langzeitstudie „Die Ängste der Deutschen“ haben 73 Prozent der Befragten, bezogen auf NRW, große Angst davor, dass „das Zusammenleben zwischen Deutschen und den hier lebenden Ausländern durch einen weiteren Zuzug von Ausländern/Asylantern beeinträchtigt wird“<sup>39</sup>. Nach der gerade zitierten Allensbach-Umfrage ergibt sich eine ähnliche Tendenz für Gesamtdeutschland. Danach (September 2016) werden die Integrationschancen von Flüchtlingen, die in den letzten zwölf Monaten nach Deutschland gekommen sind, zu 21 Prozent als „gar nicht gut“ und zu 50 Prozent als „weniger gut“ eingeschätzt.<sup>40</sup>

Als Konsequenz fordert die Mehrheit einerseits die Begrenzung der Flüchtlingszuwanderung. Andererseits werden kulturelle Anpassungsansprüche an eine deutsche Leitkultur erhoben, denen sich Flüchtlinge unterwerfen sollen. In Reaktion auf das kulturelle Bedrohungsempfinden durch Flüchtlinge wachsen die Anspruchshürden an, die bei der Zugehörigkeit zu Deutschland erfüllt sein müssen.<sup>41</sup> Herausstechen dabei Anforderungen wie „die deutschen Gesetze und Institutionen zu achten (97,2 Prozent), wie „Deutsch sprechen zu können“ (92,5 Prozent), wie „sich in Deutschland zu Hause zu fühlen“ (86,5) und „deutsche Werte und Traditionen anzuerkennen“ (79,4 Prozent). Bezogen auf das Ruhrgebiet halten 2017 mehrheitlich folgende Anforde-

rungen für eine gelungene Integration von Migranten als notwendig: Die Beherrschung der deutschen Sprache (96 Prozent), Akzeptanz und Achtung der Werte des deutschen Grundgesetzes (95 Prozent), einen festen Arbeitsplatz (72 Prozent) und Kenntnisse der deutschen Kultur (zum Beispiel der Geschichte, Literatur und Musik).<sup>42</sup> Vor die Wahl gestellt, sich für die eine oder die andere Aussage zu entscheiden, präferieren nach einer Allensbach-Umfrage von 2016 zu 75 Prozent die Aussage „Ausländer, die in Deutschland leben, sollten sich an der deutschen Kultur orientieren“<sup>43</sup>. 17 Prozent favorisieren dagegen die Alternativaussage: „Ich bin gegen eine deutsche Leitkultur. In einem Staat, in dem neben Deutschen mittlerweile viele Ausländer leben, kann es keine Leitkultur geben, sondern nur verschiedene Kulturen, die gleichberechtigt nebeneinander bestehen“<sup>44</sup>. Die Mehrheitsverhältnisse zwischen Anhängern einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft und den Anhängern einer auf Anpassung ausgerichteten Integrationsgesellschaft fallen damit eindeutig aus.

Bilanzierend kann festgestellt werden, dass es in der Mehrheitsgesellschaft keine gegen Flüchtlinge gerichtete ethno-nationale Fremdenfeindschaft gibt. Auch eine auf strikte Abschottung gerichtete Ausgrenzungshaltung gegenüber Flüchtlingen ist nicht erkennbar. Allerdings hat der im Herbst 2015 einsetzende, unkontrollierte, massenhafte Zustrom von Flüchtlingen Ängste und Vorbehalte hervorgerufen, die auf klare Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme zielen. Gegen die Integration der Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft werden mehrheitlich hohe kulturelle Hürden gesetzt, die weit über den Erwerb der deutschen Sprache und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt hinausgehen. Diese Forderungen resultieren aus dem wachsenden Bedürfnis der Bevölkerung, deutsche Leitkultur als

Identitätskern des gesellschaftlichen Zusammenhalts bewahren zu wollen. Ersichtlich wird aber auch, dass die Mehrheitsgesellschaft sich durch den Flüchtlingszustrom bedroht sieht. Vor diesem Hintergrund wird der Leitvorstellung einer offenen, bunten, kulturell vielfältigen Migrationsgesellschaft von der Mehrheitsgesellschaft eher eine Absage erteilt. Definitiv repräsentieren deren Verfechter eine Minderheit. Sie finden in Politik und hergestellter öffentlicher Meinung nach wie vor Gehör, was von den Vorstellungen und Wünschen der Mehrheitsgesellschaft nicht goutiert wird.

Für das Jahr 2018 hat sich die Größenordnung des Flüchtlingszulaufs relativ entspannt und der Innenminister spricht bei 165.000 neuen Asylantragstellern von einer „Normalisierung“.<sup>45</sup> Dies lässt sich indes in Zweifel ziehen, zumal Deutschland in Europa trotz der Zahlenbegrenzung nach wie vor bei weitem das Spitzenland der Flüchtlingsaufnahme bildet. Nach wie vor ist die Dublin-3-Verordnung, nach der Asylbewerber ihren Antrag in dem Erstland, welches sie betreten, zu stellen haben, außer Kraft gesetzt. Fehlende gesamtdeutsche Binnengrenzkontrollen machen Deutschland zum Zielland der Sekundärmigration. Rückführungen gestalten sich äußerst schleppend. Zudem bleiben bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen Begleiterscheinung erhalten, die den Ärger der Bevölkerung über massenhaften „Asylmissbrauch“ heraufbeschwören. So verfügen über zwei Drittel der Fluchtmigranten beim Betreten der Bundesrepublik über keine Papiere, ohne dass dies negative Folgen für sie hätte. Im Gegenteil ist dies mit der wichtigste Grund, abgelehnte Asyl Antragsteller nicht wieder zurückführen zu können. Die Rückführung stockt insgesamt, so das 230.000 Betroffene ohne Aufenthaltsrecht der Ausreisepflicht unterliegen. Unmut löst des

„SOZIALE AUSGRENZUNG UND VERNACHLÄSSIGUNG ALS GRÜNDE FÜR DIE AFD-WAHL GEBEN DEM SOZIOÖKONOMISCHEN ERKLÄRUNGSANSATZ GEWICHT, ER MUSS ABER DURCH DEN KULTURELLEN ERKLÄRUNGSANSATZ ERGÄNZT WERDEN. DENN ES WILL SICH AUS DESSEN BLICKWINKEL NICHT ERSCHLIESSEN, WARUM DIE AFD BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2017 AUCH IN DEN MILIEUS DER MITTE STARKE ZUGEWINNE ERZIELTE.“

Weiteren die als Bevorteilung empfundene „alles umsonst“-Behandlung der Flüchtlinge aus. Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt geht mit einem Drittel im Niedriglohnbereich Beschäftigten schlep-pend voran, wobei nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) 2018 von insgesamt 1,7 Millionen zugezogenen Flüchtlingen 63 Prozent Hartz IV beziehen.<sup>46</sup> Nur schwer vermittelbar ist der Sachverhalt, dass unter rund 230.000 Ausreisepflichtigen 2018 drei Viertel einen Duldungsstatus besitzen, der ihnen den Zugang zu Sozialleistungen, Sprachkursen, Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnissen ermöglicht.

Die Mehrheitsgesellschaft ist dem weiteren Flüchtlingszuzug gegenüber skeptisch eingestellt und erteilt der großen Koalition und der Kanzlerin in ihrer Flüchtlingspolitik weiterhin schlechte Noten. Die Zweifel unter der Bevölkerung sind hoch, dass es nicht alles staatlich Verfolgte und Kriegsflüchtlinge sind, die Asyl in Deutschland beantragen. Nicht zu Unrecht werden in den Flucht Migranten Zuwanderer gesehen, die aus wirtschaftlichen Gründen ein besseres Leben suchen und dazu das Asylrecht missbrauchen.

## 5. DER KULTURKONFLIKT UM DIE WELTOFFENE, VIELFÄLTIGE MIGRATIONSGESELLSCHAFT

In den gegensätzlichen Haltungen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen tut sich augenscheinlich ein Graben auf, der die Gesellschaft in Lager spaltet. Die Lager unterscheiden sich nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung.

Dies verdeutlicht sich schon an einer policy matters-Umfrage von Anfang 2017<sup>47</sup>. So glauben vor allen Dingen „Schlecht-Abgesicherte“ zu 71 Prozent, dass die Nachteile durch den Flüchtlingszuzug überwiegen würden. „Mittel-Abgesicherte“ bejahen dies zu 55 Prozent, und „Gut-Abgesicherte“ kommen nur noch auf 35 Prozent.

Auf der einen Seite steht ein schichtenübergreifendes Kontra-Lager, das insgesamt, aber aus unterschiedlichen Antriebsursachen heraus, dem Zuzug von Flüchtlingen, speziell aus muslimischen Herkunftsländern, skeptisch bis ablehnend begegnet und deren soziale und kulturelle Integration als problematisch bis wenig aussichtsreich einschätzt. Genauer besehen bilden

ökonomisch abgehängte und disqualifizierte Menschen hierunter einen Kerngruppenbereich, bei dem sich aus einem sozioökonomischen Bedrohungsgefühl heraus die Abneigungshaltung gegenüber Flüchtlingen zuspitzt. Nicht zu vergessen ist die prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen ausgesetzte untere Mittelschicht, bei der sich ökonomische und kulturelle Bedenken gegen die Flüchtlings- und Armutsmigration überlagern.

Ein weiteres Teillager hat deutlich bessergestellt seinen Platz im Mittelschichten- und bürgerlich-konservativen Gesellschaftsbereich und generiert seine Vorbehalte kulturell aus gesellschaftlich homogenen Werthaltungen des erhaltenswerten Deutschtums und geschlossener nationaler Identität heraus. Von hierher rührt das Gefühl kultureller Überfremdung sowie der Preisgabe von Heimat und Tradition durch grenzoffene und multi-kulturell geprägte Transitions-gesellschaften. Dem soziologisch breit streuenden Lager ist die mit der Grenzöffnung vom September 2015 aufgekommene linksliberal-humanitäre Flüchtlings-politik als Irrweg zutiefst zuwider.

Für diese Linie steht ein libertär-weltoffenes, kosmo-politisch gesonnenes Pro-Willkommenslager. Die gut situierten und ressourcenstarken Trägergruppen des libertär-kosmopolitischen Lagers bewohnen als Lebensstilgemeinschaften zumeist exklusiv wohlhabende Stadtteile und Quartiere, die sie gegenüber den sozialen Brennpunktquartieren der unteren abgehängten Sozialklassen abschirmen.<sup>48</sup> Die Folgen von Armutsmigration wissen sie ebenfalls von „ihren“ Bildungs-, Sport- und Freizeiteinrichtungen fernzuhalten.

Die Pro-Flüchtlings-Anhänger stellen eine humanitäre Gesinnungsgemeinschaft dar, die für offene Grenzen und für die uneingeschränkte Aufnahme und Integration von Flüchtlingen eintreten. Sie tun dies aus einer moralisch selbstgewissen ethisch-humanitären Haltung heraus, die in Migranten schutzbedürftige Menschen sieht, für die Deutschland Verantwortung trägt und die mit der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt werden müssen. Sie begegnen Fluchtmigranten mit Offenheit und Toleranz, wobei ihre kulturell-religiöse Diversität als multikulturelle Bereicherung der deutschen Gesellschaft betrachtet wird. Insofern sind sie bestrebt, Flüchtlingen als willkommene Neubürger sofort als gleichwertig und gleichberechtigt in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen ein Daueraufenthaltsrecht zu gewähren.

Beim öffentlichen Krätemessen des Konfliktaustrags zwischen den Pro- und Kontralagern der Willkommenskultur herrscht keine Waffengleichheit. Denn die Pro-Flüchtlingsseite beherrscht die öffentliche Demonstrationsarena und genießt die Unterstützung von meinungsbildenden Print- und öffentlich-rechtlichen TV-Medien. Wolfgang Merkel sieht das darin begründet, dass wegen der umfassenden Verankerung von kosmopolitischen Eliten in Spitzenpositionen von Wirtschaft, Parteien, Medien und Staat der öffentliche Diskurs kosmopolitisch beherrscht würde.<sup>49</sup> Für die kosmopolitische Hegemoniethese sprechen die Befunde einer Medienstudie, geleitet durch den Medienwissenschaftler Michael Haller, nach der Leitmedien Ende 2015 und Anfang 2016 überwiegend einseitig (83 Prozent aller Zeitungsberichte) in Konsonanz mit den Regierungsvertretern das Leitbild der neuen Willkommenskultur mit einem dermaßen öffentlichen Meinungsdruck propagiert hätten, „dass abweichende Positionen nicht mehr gehört wurden“<sup>50</sup>. Haller spricht in diesem Zusammenhang gar von der „Erfindung“ der Willkommenskultur<sup>51</sup>. In die gleiche Richtung gehen die Befunde einer im Oktober 2015 durchgeführten Befragung des IFD-Allensbach, nach der 53 Prozent der Befragten verneinten, dass „die Medien ein zutreffendes Bild der Flüchtlinge“ zeichnen würden. Zugleich empfand fast jeder zweite die Berichterstattung als einseitig.<sup>52</sup> Ähnliche Befunde erbrachte eine TNS-Umfrage des Spiegels von Anfang Dezember 2015, nach der 59 Prozent der Befragten den Eindruck bekundeten, dass die deutschen Medien nicht ausgewogen über die Flüchtlingskrise berichten würden.<sup>53</sup> Das Manipulationsempfinden wuchs sich sogar zu einer allgemeinen medialen Vertrauenskrise aus. Ende 2016 bejahten 55 Prozent der Befragten einer Studie der Uni Mainz die Aussage, dass „die Bevölkerung in Deutschland von den Medien systematisch belogen“ würde<sup>54</sup>.

Das andere Lager verfügt nicht über die öffentlich sichtbare Mobilisierungskraft, sondern es verkörpert eher die schweigende Mehrheit. Allerdings ist sie zu einem Teil in den sozialen Medien präsent und artikuliert dort ihren Protest und Widerstand, ohne daran von den etablierten Medien gehindert werden zu können.

Die daraus resultierende, unversöhnliche kulturelle Spaltung der Gesellschaft setzt politisch kaum einzu-fangende Fliehkräfte frei, weil es um einen polarisierenden Wertkonflikt geht, der sich schwerlich durch Kompromissbildung aus der Welt schaffen lässt. Die Flüchtlingsfrage berührt die Frage des gesellschaftli-

chen Zusammenhalts, weil sich an ihr zwei sich überlagernde Konfliktlinien entzünden. Einmal ist es ein moralisch aufgeladener Kulturkonflikt, ein nationaler Identitätskonflikt, an dem sich die Geister quer durch die Gesamtwählerschaft scheiden. Dann ist es ein sozialer Verteilungs- und Bedrohungs-konflikt, in den speziell die ökonomisch abgehängten Unterschichten als Hauptlastenträger involviert sind. Sie zeigen Abwehrreflexe, nicht, weil sie in Flüchtlingen „Fremdlinge“ sehen, sondern Eindringlinge, die den Abgehängten in ihrer wirtschaftlichen Marginalisierung auch noch das Wenige an Arbeit, Wohnraum und Sozialleistungen wegzunehmen gedenken. Sie reagieren mit einem Gefühl, welches der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ am 25 Februar 2016 auf den Satz „Für die macht ihr alles, für mich macht ihr nichts“ heruntergebrochen hat.

## 6. MORAL-BLOCKADEN EINER OFFEN GEFÜHRTEN DEBATTE ÜBER FLÜCHTLINGE

So wie sich das Pro-Willkommenskulturlager in der Debatte um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen positioniert, hat es sich in letzter Zeit massiver Kritik zu erwehren. Sie entzündet sich an dessen Bestrebungen, keinerlei Schatten auf die Flüchtlinge fallen zu lassen und eine kritische Haltung ihnen gegenüber als moralisch unstatthaft und verwerflich zu diskreditieren. Dies führe, wie Wolfgang Merkel moniert<sup>55</sup>, zu einem einseitigen moralisch aufgeladenen Diskurs, durch den Andersdenkende ausgegrenzt werden würden. Wie Bernd Stegemann bemerkt, trete „an die Stelle des politischen Streits... die moralische Gängelung, und an die Stelle des Widerspruchs tritt die Bevormundung, reale Probleme nicht öffentlich benennen zu dürfen“<sup>56</sup>. Sachkritik werde als moralisch verwerfliche Aussage diskreditiert und sei damit nicht mehr diskussionsbedürftig. Sie könne der moralischen Missachtung anheimgestellt werden.<sup>57</sup>

Obendrein wirft Stegemann linksliberalen Vertretern der Willkommenskultur vor, dass sie sich von Aversionen gegen die Unterklasse leiten lasse, weil diese in ihrer nationalen Verstocktheit die Begeisterung für eine weltoffene, multikulturelle Migrationsgesellschaft nicht mitmache. Er führt dies auf den Verrat der libertären Neulinken am Subjekt der Arbeiterklasse zurück und deren Auswechslung durch das der Flüchtlinge. Stegemann bringt den Konflikt unter Linken darauf,

dass sie sich in eine sozialpolitische Linke, die sich mit Verarmung befasste, und eine identitätspolitische Linke aufgespalten habe, die sich mit der Gleichstellung aller ethnischen und sexuellen Minderheiten beschäftigen würde, was auch Flüchtlinge einschließe.<sup>58</sup>

Wenn man Flüchtlinge aus moralischen Leitvorstellungen des humanitären Mitgefühls und des „Helfen Wollens“ heraus Aufnahme gewährt, ist die Frage zu stellen, ob es wirklich um die Schutzbedürftigen geht und wie es um die Integrationsfähigkeit und –willigkeit der Personen bestellt ist. Dies führt zu der Frage hin, aus welchen Herkunftsverhältnissen die Flüchtlinge stammen und ob sich hieraus vielleicht ein Gefahrenpotenzial für die offene, freiheitliche und tolerante Gesellschaft ergeben könnte. Deshalb fordert Scheffer, über Widersprüche zwischen dem muslimischen Glauben und der freiheitlichen Demokratie sowie über den Gegensatz zwischen Scharia und Rechtsstaat nicht die „Kultur des Schweigens“ zu legen, sondern im Sinne einer offenen Problemdiskussion kontrovers zu debattieren.<sup>59</sup> In der Tat gehören Flüchtlinge größtenteils der sunnitisch-muslimischen Glaubensgemeinschaft an, denen die westlich-aufgeklärte, freiheitlich-individualistische Lebenseinstellung vollständig fremd ist. Die Lebenswelt der Fluchtmigranten wird dagegen von der patriarchalischen Familie bestimmt, arrangierte Ehen sind die Regel. Spannungen, die sich aus dem archaischen Frauenbild und dem Modernitätsrückstand des muslimischen Glaubens ergeben, sind beispielsweise den Einwohnern des Ruhrgebiets durchaus gegenwärtig.<sup>60</sup> Die Familienehre steht über individueller Freiheit und Selbstbestimmung. Auch der Stellenwert eines muslimisch-religiösen Fundamentalismus in Gestalt von Antisemitismus, Homophobie und dem Vorrang religiöser Gebote vor weltlichen Gesetzen ist zu beachten.<sup>61</sup> Mündiges Staatsbürgertum ist entsprechend unterentwickelt, Intoleranz gegenüber den „ungläubigen“ Christen verbreitet. Mögliche Gefährdungen gegenüber den Errungenschaften liberaler Demokratie und den Grundlagen weltoffener, freiheitlich-pluralistischer gesellschaftlicher Zusammenlebens können nicht beiseite gewischt werden.

Angesichts offen zu debattierender, gesellschaftlicher, kultureller, mentaler und politischer Integrationshürden kann die Willkommenskultur nicht a priori zum unhinterfragten Leitmodell einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft erklärt werden. Wie viel Fluchtmigration und Zuwanderung eine Gesellschaft hinzunehmen bereit ist und verträgt, lässt sich nicht durch libertär-kosmopolitische Vorfestlegungen entschei-

den, sondern ist Gegenstand des kontroversen öffentlichen Diskurses und des Austausches von Argumenten. Selbst nicht einmal moralisch ist abweisbar, für Grenzen gegenüber der Flüchtlingsaufnahme einzutreten.<sup>62</sup> Meinungsvielfalt und Einstellungsunterschiede unter den Mitbürgern und Mitbürgerinnen zu dulden, ermögliche erst einen kontroversen Wettstreit, aus dem sich demokratische Mehrheiten herauschälen.

## 7. DIE ROLLE DER PARTEIEN IM KULTURKONFLIKT UM DIE MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Parteien nehmen sich der gesellschaftlichen Konflikte an und bringen sie auf der politischen Bühne zum Ausdruck. Dabei müssen sie das ganze widerstreitende Spektrum an Interessen und Wertpositionen repräsentieren. In ihrem „conflict-handling“ liegt aber zugleich die Chance zur Konsens- und Kompromissbildung. Im Konflikt bändigenden Interessenausgleich wird gesellschaftlicher Zusammenhalt immer wieder erneuert.

Deutschland ist durch die Flüchtlingskrise in eine kulturkämpferische Spaltung der Gesellschaft hineingekommen, die in ihrem Polarisierungsgrad jener Konfrontationssituation gleicht, die Ende der 1960er durch die Studentenrevolte ausgelöst wurde. Anders als gegenwärtig wurde die Überhitzungslage aber durch den politischen Konkurrenzkampf von SPD, FDP einerseits und CDU/CSU andererseits aufgegriffen, so dass der Kulturkampf im Rahmen des Volksparteiensystems kanalisiert und letztendlich befriedet werden konnte.<sup>63</sup> Für die Volksparteien waren das Zeiten höchster Zustimmung.

Nun versagen allerdings heute die etablierten Parteien darin, den Kulturkonflikt politisch einzufangen und im Konkurrenzkampf untereinander zu bändigen. Im Gegenteil haben sich CDU, SPD, Grüne und Linke mit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 einseitig auf die Seite des libertär-kosmopolitischen Willkommenslagers geschlagen und der mehrheitsgesellschaftlichen Gegenseite die Vertretung ihrer Anliegen vorenthalten. Dieser Allparteiensens riss gegenüber der Wählerschaft eine Repräsentationslücke auf, in die die AfD als rechtspopulistische Außenseiterpartei erfolgreich hinein dringen konnte.<sup>64</sup> Die einseitige Fehlansetzung der Parteien im Kulturkonflikt um die Flüchtlingsfrage hat Fliehkräfte von der Achsenmitte des Parteiensystems

weg nach rechts und rechts außen freigesetzt, die zu destabilisierenden Umschichtungen der Parteienlandschaft führten. Die offenkundig dahin geschwundene Einbindungs- und Integrationskraft der Großparteien spricht dafür, dass es über die Flüchtlingsfrage zur Auflösung und Umschichtungen von einstmaligen belastbaren Wählerloyalitäten gekommen ist, was in einer anhaltenden Beziehungsstörung mündet.

Die eigentlichen Profiteure des auf die Parteienwettbewerbsarena gehobenen Kulturkonflikts sind die Grünen. Sie sind der politische Arm der Pro-Flüchtlings-Gesinnungsgemeinschaft. Sie stehen für offene Grenzen und für eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft ein und betrachten den ungebremsten Zufluss an Flüchtlingen als kulturelle Bereicherung. Ihre Beteiligung an der Mehrzahl von Landesregierungen bugsiert sie in eine Vetospieler-Position, mit der sie etwa die Erweiterung der Zahl sicherer Drittstaaten blockieren. Sie fahren gegenwärtig bei Wahlen große Erfolge ein, weil sie in der kulturkämpferischen Lagerpolarisation von der Konfrontation mit der AfD oder der CSU in Bayern profitieren. Sie sind sich des Wählerückhalts für ihre libertär-kosmopolitische Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik sicher. Bei Wahlen schöpfen sie aus dem Stimmenpool der linkslibertären, kosmopolitischen gehobenen Mittelschichten, die sich als gesinnungsethisch kohärente Gruppe hinter die Grünen stellen. Mit medialen, religiösen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Trägergruppen des Willkommenslagers bilden sie eine gesinnungsgemeinschaftliche Allianz, die an einem flüchtlingsaffinen Meinungsklima arbeitet.

Die Partei Die Linke trägt in diesem Konflikt ein Doppelsegment und ist strategisch gespalten. Sie konkurriert mit den Grünen thematisch um die Pro-Flüchtlingsführerschaft, wobei sie innerparteilich einen feindseligen Richtungskampf austrägt, der die Partei noch spalten könnte. Auf der einen Seite steht ein linkslibertärer Pro-Flüchtlingsflügel, der bis heute an einer gänzlich offenen und uneingeschränkten Flüchtlings-Zuwanderungsposition festhält. Der andere Flügel wird von Sahra Wagenknecht angeführt, die mit ihrer Bewegungsinitiative „Aufstehen“ die Links-Parteien wieder zu ihrer originären Aufgabe als Kampfverband der sozialen Frage zurückführen will. Der Flügel schließt dabei als Sprachrohr an die Interessenlage der prekarierten und verarmten Unterklassen an, denen sie mit einem Kurs der Begrenzung von Migration eine Brücke zu bauen versucht. Angesichts der anstehenden Wah-

len in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2019 ist noch nicht ausgemacht, ob das migrationspolitische Doppelspiel der Linken die AfD daran hindert, die mehrheitlich links-autoritär und migrationskritisch eingestellten Wähler/innen in Ostdeutschland zu sich rüber zu ziehen.

Die SPD ist bei ihrer migrationspolitischen Ausrichtung innerparteilich dem libertär-kosmopolitischen Willkommenslager anheimgefallen. Sie hat früher schon den Wertewandel mit vollzogen und mit der Verbürgerlichung ihrer Mitgliedschaft linksliberale Werte individueller Selbstentfaltung, Weltoffenheit und des multikulturellen Zusammenlebens in sich aufgesogen. Dem gegenüber steht das Selbstverständnis der SPD als traditionelle Arbeiterpartei, die als Vorkämpferin der sozialen Gerechtigkeit für die gleichberechtigte, solidarische Teilhabe der unteren Gesellschaftsschichten am gesellschaftlichen Wohlstand und für deren stetige Besserstellung und soziale Absicherung eintritt. Dieser soziallinke Identitätskern der Partei schlug sich in einer „Brot-und-Butter“-Politik nieder sowie im Ausbau des Sozialstaats. Hinzu kam ihr Eintreten für den Aufstieg durch Bildung. Jetzt führt eine linksliberale Neue Linke das Wort, die sich jenseits des Klassenkonflikts mit der Öffnung der Gesellschaft und der Gleichstellung von Minderheiten beschäftigt.

Die Partei hat sich dadurch in eine verfahrenere Lage hineinmanövriert, indem sie sich einseitig dem libertär-kosmopolitischen Pro-Flüchtlingslager anschloss. Diese Entscheidung war aus der Gesinnungshaltung der Parteimitglieder heraus geboren. Eine Rolle spielten aber auch wahlstrategische Überlegungen, damit bei gehobenen weltoffenen Mittelschichten punkten zu können. Die Kalkulation ging indes nicht auf. Im Gegenteil verliert die SPD in alle Richtungen. Sie gibt Wähler an die Grünen als echte Flüchtlingspartei ab, und sie stößt noch dazu ihre sich bedroht fühlenden Arbeiterwähler ab, die massenhaft bei Landtags- und Bundestagswahlen zur AfD überliefen. Nun sind die Beziehungen zu unteren Stammwählerschaft sowohl sozial als auch kulturell dermaßen beschädigt, dass sie mit dem Wählerschwund ihren Volksparteistatus weitgehend einbüßt. Ihr Zerrüttungsverhältnis zu den altlinken Stammwählern bleibt bestehen, während sie deren Abwanderung nicht durch Zugewinne bei den linksliberalen Wählern der gehobenen Mittelschichten wieder wettmachen kann. Damit ist das bereits von der Schröder SPD entwickelte strategische Projekt des Anschlusses an die neue Mitte grandios gescheitert.

Die CDU hat unter Merkel einen gezielten gesellschaftspolitischen Modernisierungskurs vollzogen. Sie entfrachtete sich damit von konservativen und autoritären Leitvorstellungen, die in der Kohl-Ära noch zum Profil der CDU gehörten. Der damaligen Linie entsprach, sich beim Ausbruch der ersten Flüchtlingskrise Anfang der Neunziger infolge der Balkan-Kriege flüchtlings- und migrationspolitisch eine abweisende rechtspopulistische Haltung einzunehmen.<sup>65</sup> Dazu gehörte die Abwehrfront, Deutschland den Status eines Einwanderungslandes zuzugestehen. Diese migrationspolitisch abweisende Haltung wurde von Merkel selbst noch auf dem Deutschland-Tag der Jungen Union am 15.10.2010 in Potsdam unterstrichen, als sie erklärte, der Ansatz, „jetzt machen wir mal Multikulti und leben so neben einander her...“ sei „gescheitert, absolut gescheitert!“

Als ab Frühherbst 2015 Hunderttausende an Flüchtlingen illegal, unkontrolliert und chaotisch ins Land strömten, rechtfertigte die Kanzlerin ihre politische Haltung offener Grenzen mit einem „humanitären Imperativ“, wodurch sie die CDU an das linkslibertäre Pro-Flüchtlingslager heranführte. Nicht nur innerparteilich löste diese Kurswende enorme Spannungen aus. Elektoral riss sie damit die Haltelinien zur konservativ-flüchtlings-skeptischen Wählerschaft durch, was der Partei bei den Landtagswahlen und dann bei der Bundestagswahl 2017 massive Verluste von zur AfD übergelaufenen Wähler/innen einbrachte.

Der verlustreiche flüchtlings- und migrationspolitische Richtungskonflikt wurde allein besonders heftig zwischen den beiden Schwesterparteien ausgetragen, wobei sich die CSU unter Seehofer konfrontativ zum Exponenten des konservativ-flüchtlingskritischen Lagers machte. Der wohl einzigartige Grabenkampf gipfelte im Frühsommer 2019 in einem Streit über die Abweisung von Flüchtlingen an der deutschen Grenze, der fast zum Bruch der CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft führte.

In der kosmopolitisch-weltoffenen Flüchtlingspolitik der Kanzlerin sah die CSU-Spitze einen Angriff auf ihren Identitätskern. Aus diesem Grund übernahm sie deshalb gegenüber der Kanzlerin den flüchtlingspolitischen Widerpart und positionierte sich als politisches Sprachrohr des konservativ-autoritären Dissenslagers. Neben echter Überzeugung leitete sie dabei das Kalkül, durch partiell rechtspopulistische Agitation der AfD das Wasser abzugraben. Sie hielt ihre Konfrontationslinie aber nicht glaubwürdig aufrecht, sondern

Seehofer und Merkel gingen zu Beginn des Bundestagswahlkampfes 2017 einen gekünstelt inszenierten Burgfrieden ein, der der CSU Glaubwürdigkeit kostete. Überraschend fuhr sie bei der Bundestagswahl 2017 starke Verluste ein. Für die bald danach anstehende Landtagswahl am 28. September 2018 schaltete die CSU wieder zurück auf flüchtlingspolitische Konfrontation, die das Thema zum Schlüsselthema des Landtagswahlkampfes machte. Das dahinter stehende strategische Kalkül wendete sich aber gegen die Partei, als konservative Kontra-Flüchtlingspartei ihre Wählerschaft halten zu können. Strategisch irregeleitet lieferte sie damit den Grünen eine Steilvorlage zur erfolgreichen Gegenmobilisierung des libertär-kosmopolitischen Pro-Flüchtlingslagers. Und, erneut zur Wahlkampfhochphase gegenüber Merkel eingeknickt, beförderte sie noch dazu die Abwanderung von Migrationsgegnern zur AfD.

Die FDP positionierte sich im Kulturkonflikt als Anti-Merkel Partei, der von dem Parteivorsitzenden Christian Lindner flüchtlingspolitisches Versagen vorgeworfen wurde. Flüchtlingsmigration wünscht sich die FDP stark gedrosselt. Als politische Alternative propagiert sie stattdessen die Einführung eines Arbeitskräfte-Migrationskonzepts, auf das die auf Fachkräfte erpichte bürgerlich-selbstständigen Wählerklientel der Partei stark anspricht. Strategisch klug aufgestellt, schaffte sie 2017 mit 10,7 Prozent den Wiedereinzug in den Bundestag.

Für die AfD bildet die Merkelsche Flüchtlingspolitik erklärtermaßen einen Glücksfall. Sie brachte die Partei aus dem Abstiegsprozess heraus und bot ihr die Gelegenheit, sich dem heimatlos gewordenen Kontra-Flüchtlingslager als politisches Sprachrohr anzubieten. Sie drang mit ihrer national-konservativen, islamkritischen Abschottungskampagne nicht nur in die Überfremdung und nationalen Identitätsverlust fürchtende Mittelschicht-Wählermilieus hinein, sondern punktete vor allem auch im unteren Wählermilieu, dass lagebedingt Flüchtlinge als Bedrohung ihrer Einkommens-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse betrachtet. Nicht aus eigener Kraft, sondern weil ihr die Konsensparteien durch das flüchtlingspolitische Repräsentationsversagen den Boden zubereiteten, konnte sie darauf sprießen. Sie wandelt dabei zum einen die politische Vernachlässigung der sozial diskriminierten Unterklassen in politische Münze um, zum anderen gelingt es ihr auf kultureller Ebene, bürgerlich-mittelschichtige Wähler erfolgreich zu sich rüber

zu ziehen. So bildet der Aufstieg der AfD die Folge eines doppelten Repräsentationsversagens der Altparteien, indem sie politisches Kapital sowohl aus der sozialen als auch kulturellen Spaltung der Gesellschaft schlägt.

Was die Übersetzungsleistung des Kulturkonflikts um die Flüchtlingskrise auf die politische Wettbewerbsebene angeht, haben sich die herrschenden Parteien im Bundestag unter Führung der Kanzlerin zu einem Elitenkonsens zusammengefunden, der sich migrationspolitisch an die Positionen des libertär-kosmopolitischen Lagers anlehnt. Die Regierungs- und Parlamentsflügel von CDU, CSU, SPD, Grünen und Linke bilden eine gesinnungsgemeinschaftliche Pro-Flüchtlingskoalition, die in ihren Leitvorstellungen von denen der Mehrheitsgesellschaft abweicht. Der Konflikt um kosmopolitische und kommunitaristische Interessen und Wertvorstellungen spaltet die etablierten Parteien programmatisch in ihrem Kurs von ihrer Mitglieder- und Wählerschaft.<sup>66</sup> Hingenommen wird damit ein prototypischer „policy-opinion-gap“ gegenüber der Mehrheitsbevölkerung, so wie er von der Migrationsforschung häufiger diskutiert wird.<sup>67</sup> Solch eine hermetische gesinnungspolitische Schiefelage wie in der Flüchtlingspolitik hat es selbst bei Streitfragen ähnlichen Gewichts noch nie in Deutschland gegeben. Und noch nie war die Repräsentationslücke der Politik gegenüber der Mehrheitsgesellschaft so groß, wie sie sich in der Flüchtlingsfrage auftut. Sie haben eine Rechtsverschiebung der Wählerlandschaft herbeigeführt und tragen eine Hauptverantwortung an der Destabilisierung der Parteienlandschaft.

## **WAS SOLLEN PARTEIEN ZUM WIEDERANSCHLUSS AN DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT TUN?**

In den politischen Folgen der sozialen Spaltung und Auflösung des Zusammenhalts sind Symptome einer Beziehungskrise zwischen Parteien und der Wählerschaft zu sehen. Es geht dabei von der Wählerseite her um die Vernachlässigung zentraler Probleme und um das Gefühl, nicht vertreten zu werden. Abwanderungsreaktionen zur AfD sind die Folge. Für die Parteien ergibt sich als Dreh- und Angelpunkt das Ziel, Vertrauen zurückzugewinnen und wieder glaubwürdige Vertretungsinstanzen der Mehrheitsinteressen zu werden. Vertrauen gewinnt man indes nicht durch verständnisvolles Gerede, die Menschen ernst nehmen zu wollen.

Eine Politik der Abwiegelung und Besänftigung der besorgten Bürger verstärkt deren Unmut und Missstimmung. Gefragt ist das konkrete Tun und nicht Versprechungen, die auf die lange Bank geschoben werden.

Was anzupacken ist, ist das Flüchtlingseinlass- und Integrationsproblem, welches auf eine realistische Grundlage der allgemeinen Akzeptanzfindung gestellt werden muss. Was dabei zugunsten der sozioökonomisch abgehängten Unterschicht zu geschehen hat, ist von anderer Art als das, was zur Befriedung des Kulturkonflikts um die Flüchtlingsintegration unternommen werden müsste.

Die Parteien haben bereits mit ersten Schritten begonnen, die erkennbar die Intention verfolgen, die AfD durch Diskreditierung unmittelbar zu bekämpfen. Eine Angriffslinie ist, die AfD mit ihren Aussagen und Forderungen als moralisch verwerflich zu ächten, um ihre Wählbarkeit zu untergraben. In die gleiche Richtung zielt auch der Einsatz des Verfassungsschutzes, der die AfD in die Schmutzdecke von Parias drängen könnte. Nur wird durch diese Attacks keine Brücke zu jenen Wählerinnen und Wählern gebaut, die aus Unzufriedenheit und Entfremdung über den vorherrschenden flüchtlingspolitischen Allparteien-Konsens sich der AfD zugewandt haben. Diese Wähler gilt es zurückzugewinnen, soweit man davon einen harten Kern von abgedrifteten rechtsautoritären Stammwählern der AfD.<sup>68</sup> ausschließt. Nichts zu tun, das Abwanderungsproblem zu ignorieren, und durch Abwarten auf bessere Zeiten zu setzen, wird gegen die soziale Spaltung und kulturellen Entfremdungsphänomene keine Erfolge erzielen. Angesichts rückläufiger Flüchtlingszahlen für 2017 und 2018 zeigt sich bei Politik und Medien die Tendenz, von „Normalisierung“ zu sprechen und das Problem als erledigt zu erklären. Mit dem Themenwechsel der politischen Agenda wird gehofft, dass es auch in der öffentlichen Diskussion und der Rangfolge brennender Probleme der Bürger bewusstseinsmäßig verdrängt wird. Dies könnte sich aber auch als Irrtum erweisen. Denn von den Integrationsproblemen der Fluchtmigranten sind noch keine gelöst. Wie sehr den Kommunen die Integrationsfrage noch akut unter den Nägeln brennt, hat erst jüngst der Sprecher des Städtetags als Hilferuf an die Öffentlichkeit gerichtet.

Genauso wenig wird die strategische Anpassung an und Übernahme harter rechtspopulistischer Positionen in der Migrationsdebatte den Parteien aus der Bredouille helfen. Das Scheitern der CSU bei der Anwendung die-

ser Strategie spricht dafür Bände. So bleibt denn nur ein konkretes Einlassen und eine politische Sachauseinandersetzung mit den Migrationsproblemen, die dazu beitragen, die Bedenken und Akzeptanzprobleme der Mehrheitsgesellschaft gegen eine weltoffen-postnationale Migrationsgesellschaft zum Maßstab einer veränderten Flüchtlings- und Migrationspolitik zu machen.

Um wieder anschlussfähig an die Mehrheitsgesellschaft zu werden, geht es darum, durch Vernachlässigung gestörte Beziehungen zu ehemaligen Stammwählern wieder mit Leben zu erfüllen und den Kreis der ins politische Abseits zurückgezogenen und der zu AfD abgewanderten Wählerinnen zurückzugewinnen.

Um Brücken zur Wählerschaft zu bauen, stellen sich für die Parteien unterschiedliche Herausforderungen. Während die Grünen über eine homogene, flüchtlingssaffine Wählerschaft verfügen, die ihren Pro-Flüchtlingskurs geschlossen unterstützt, werden SPD, die Linke und die CDU/CSU mit dem Dilemma einer gespaltenen Wählerschaft konfrontiert. Dies macht speziell für die SPD und die Linke den Vorschlag, ihre einseitig linksliberal durchtränkte Politik und ihr geschöntes Bild von der integrationsoffenen Einwanderungsgesellschaft an die Wirklichkeit anzupassen, zweischneidig. Ändern Sie nämlich ihren Kurs, könnten sie in beiderlei Richtungen, den ökonomisch abgehängten Gegnern und den sozial bessergestellten Anhängern der Willkommenskultur, Stimmen verlieren.

Bei allen Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik ist das Asylrecht als sakrosankt der Debatte entzogen. Zudem bleibt Deutschland ein weltoffenes und gastfreundliches Land, das große Dankbarkeit den Hunderttausenden an freiwilligen Helferinnen und Helfern schuldet, die das Land bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms vor dem Staatsversagen bewahrt hat. Zivilgesellschaftlich handelt es sich um eine Errungenschaft, wenn weiterhin Freiwillige und Initiativen an der Integration von Flüchtlingen mitwirken.

Dies stellt die Konsensparteien nicht von der Aufgabe frei, in der Migrationspolitik ihr einseitiges Parteigängertum zugunsten einer libertären, kosmopolitischen und postnational gesonnenen Minderheit zu beenden und zumindest als Vermittler zwischen den Lagern Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Hierzu gehört, Integrationserfolge nicht zu beschönigen und gleichzeitig ungelöste Integrationsprobleme auszublenden und zu verschweigen.

Umgekehrt müssen die Parteien kulturell-religiöse Spannungspotenziale von Migranten aus muslimischen Herkunftsländern ins Auge fassen und sich dem Problem stellen.

Hinsichtlich des Erfolgs der Integrationspolitik differenziert Rainer Tetzlaff<sup>69</sup> zwischen fünf Migrantentypen. 1. solche rückkehrwilligen Zuwanderer, die ohne Integrationsbereitschaft als Schutzbedürftige überleben wollen. 2. dauerhaft hier leben wollende Immigranten, die sich von der aufnehmenden liberalen, säkularen Gesellschaft „*entfremdet und abgestoßen fühlen*“<sup>70</sup>. 3. einige wenige bewusste Integrationsverweigerer, die erniedrigt „den Westen“ pauschal hassen. 4. frustrierte und isolierte Migranten, die an den hohen Integrationsschwellen gescheitert sind. Schließlich fünftens durch Einsatz und Glück erfolgreich Integrierte, die sich als „neue Deutsche“ verstehen, ohne ihre eigene kulturelle Identität preisgegeben zu haben. Bei mindestens drei der Migrantengruppen sieht Tetzlaff die Gefahr zur Bildung isolierter und selbstbezogener Parallelgesellschaften. Dabei würden sie ihren Sittenkodex und eine eigene Strafjustiz beibehalten.

Die Politik kann vor diesem Hintergrund erwartbare Absonderungs- und Gegenweltstendenzen nicht hinnehmen und sie unter Berufung eines falschen Toleranzgebots laufen lassen. Toleranz endet dort, wo die kulturell und religiös geprägte Lebensweise von Einwanderern gegen die freiheitlich-individualistischen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Aufnahmegesellschaft verstößt und sich durch Intoleranz von deren Wertvorstellungen abgrenzt. Zu aller erst muss deshalb wohnungspolitisch die räumliche Konzentration von Migranten in städtischen Problemgebieten unterbunden werden. Integration ist ein politisch durchzusetzendes gesellschaftliches Gemeinschaftsprojekt, bei dem die Politik schon bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf gleichmäßige Lastenverteilung sorgen muss. D.h. aber, die von der Flüchtlingsmigration bislang vergleichsweise wenig betroffenen wohlstandsbürgerlichen Kreise der Anhänger der Willkommenskultur deutlich stärker bei der Unterbringung von Flüchtlingsfamilien sowie der Kita- und Schulversorgung ihrer Kinder zu belasten. Als Signal gerechter Migrationspolitik wäre an eine Einkommenssonderabgabe von starken Gruppen zur Finanzierung der jährlich mit über 20 Milliarden Euro anfallenden Flüchtlingskosten zu denken. Ein bereits von dem ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel ins Gespräch gebrachter Solidarpakt für die

abgehängten Problemquartiere und deren Bewohner würde das gekränkte Diskriminierungsempfinden der dort Lebenden ein Stück weit besänftigen. Die Abwendung der SPD von Hartz IV und ihre sozialpolitische Hinwendung und Profilschärfung gegenüber ihrer verlorenen Arbeiter-Stammwählerschaft geht dabei in die richtige Richtung. Dies gilt auch für die jüngsten, in Werkstattgesprächen gefundenen migrationspolitischen Korrekturen der CDU unter der neuen Parteivorsitzenden Kramp-Karrenbauer.

Zur Befriedung des Kulturkonflikts um die Flüchtlingsfrage wird jedoch nur eine strikte Trennung zwischen großzügiger Asylpolitik und der Missbrauchsbekämpfung dieses Einfallstors für Arbeits- und Armuts-migranten beitragen. Dazu gehört die konsequente Rückführung abgelehnter Asylantragsteller. Dies würde dem Generalverdacht entgegenwirken, dass, wer immer als Migrant hierzulande zuwandert, faktisch ein Daueraufenthaltsrecht zugesprochen bekommt. Um Fluchtmigration von Arbeitsmigration klar zu unterscheiden, könnte das geplante Einwanderungsgesetz der Bundesregierung Abhilfe herbeiführen.

Politische Kurskorrekturen dieser Art sind bald zu unternehmen, weil die Eintrübung der Konjunkturerwicklung zur Einschränkung von finanziellen Handlungsspielräumen führen wird. Kehrt dadurch die Arbeitslosigkeit zurück und wird die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt erschwert, werden sich womöglich soziale Spaltungsprozesse verstärken und gleichzeitig die Akzeptanz gegenüber der Migrationsgesellschaft einbrechen. ■

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Dinter, Jan (2019): Politischer Strukturwandel? Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 69. Jg., 1-3/2019, S. 32.
- <sup>2</sup> Walter, Franz (2011): *Die starken Arme legen keine Räder mehr still*. In: Klatt, Johanna u. Franz Walter, *Entbehrliche der Bürgergesellschaft*. Bielefeld, S. 12.
- <sup>3</sup> Stratmann, Simon (2015): *Armutspolitik in Deutschland – Konzepte und Konflikte im Parteienwettbewerb*. Opladen, Berlin, Toronto. S. 81ff.
- <sup>4</sup> Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft*. Berlin. S. 174.
- <sup>5</sup> Goch, Stefan (2018): *Durcheinander war immer. Migration, Fremdsein, Ankommen, Weggehen, Verschmelzen im Ruhrgebiet*. In: BAPP (Hrsg.), *Integrationserfahrungen im Ruhrgebiet. Erfolgsfaktoren und Innovationspotenziale*. Bonn, S. 53-65.
- <sup>6</sup> Groh-Samberg, Olaf u. Florian R. Hertel (2015): *Ende der Aufstiegsgesellschaft?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 65. Jg., 10/2015, S. 25-32.

- <sup>7</sup> Walter, Franz (2011): *Die starken Arme legen keine Räder mehr still*. S. 22ff.
- <sup>8</sup> Vgl. ebd. S. 137ff.
- <sup>9</sup> Vgl. ebd. S. 201.
- <sup>10</sup> Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt a. M.
- <sup>11</sup> Kaeding, Michael, Stefan Haußner u. Morton Pieper (2016): *Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung*. Wiesbaden.
- <sup>12</sup> Wiesendahl, Elmar (2017): *Parteien in gehobener Gesellschaft oder die halbierte Demokratie*. In: Ders. (Hrsg.), *Parteien und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden, S. 413-439.
- <sup>13</sup> Grabka, Frick 2008: 106f.
- <sup>14</sup> Lengfeld, Holger / Hirsche, Jochen (2009): *Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 38, Heft 5, Oktober 2009, S. 394.
- <sup>15</sup> Kohlrausch, Bettina (2018): *Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkten Rechtspopulismus*. Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Düsseldorf.
- <sup>16</sup> Köcher, Renate (2018): *Generation Mitte 2018*. Institut für Demoskopie Allensbach, Berlin.
- <sup>17</sup> *Infratest Dimap, Vorwählerhebung zur Bundestagswahl 2017*.
- <sup>18</sup> Vgl. Ebd.
- <sup>19</sup> Häusler, Alexander / Puls, Hendrik / Baleis, Janine (2018): *Umwälzungen in der Herzkammer. Faktoren- und Kontextanalyse zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Landesbüro NRW (Hrsg.). Bonn.
- <sup>20</sup> Vgl. Ebd. S. 17.
- <sup>21</sup> Dinter, Jan (2019): *Politischer Strukturwandel? Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet*. S. 34.
- <sup>22</sup> Vgl. Ebd. S. 36.
- <sup>23</sup> Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith (2017): *Ein komplexes Gebilde. Eine sozioökonomische Analyse des Wahlergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, H. 2, S. 243-264.
- <sup>24</sup> Lengfeld, Holger (2017): *Die „Alternative für Deutschland“, eine Partei für Modernisierungsverlierer?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 2, S. 209-232.
- <sup>25</sup> Vehrkamp, Robert u. Klaudia Wegschaider (2018): *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh. S. 13ff.
- <sup>26</sup> Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Berlin. S. 117ff.
- <sup>27</sup> Vehrkamp, Robert u. Klaudia Wegschaider (2018): *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. S. 18, 60.
- <sup>28</sup> Hilmer, Richard, Bettina Kohlrausch u. a. (2017): *Einstellung und Lebenslage – eine Spurensuche nach Gründen für rechts-populistische Orientierungen unter Berücksichtigung von Gewerkschaftsmitgliedern*. Ein Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. S. 29.
- <sup>29</sup> Petersen, Thomas (2015): *Willkommenskultur?* In: *Die politische Meinung*, 60. Jg., Nr. 534, S. 24-29.
- <sup>30</sup> Zick, Andreas u. Madlen Preuß (2016): *Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung. Kurzbericht zum Projekt „ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“*. Stiftung Mercator (Hrsg.), Essen.
- <sup>31</sup> Zick, Andreas u. Madlen Preuß (2019): *Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung – Dritte Erhebung im Projekt „ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“*. Stiftung Mercator (Hrsg.), Essen.

- <sup>32</sup> Helbing, Marc u. Oliver Strijbis (2018): *Wie weltoffen ist Deutschland?* BertelsmannStiftung (Hrsg.), Gütersloh. S. 22.
- <sup>33</sup> Spiegel-online vom 9.9.2016.
- <sup>34</sup> SZ vom 29.12.2018.
- <sup>35</sup> Bertelsmann Stiftung (2017): *Willkommenskultur im „Stresstest“. Einstellungen der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage* (Kantar Emnid), Gütersloh. S. 16.
- <sup>36</sup> Vgl. Ebd. S. 12.
- <sup>37</sup> ARD-DeutschlandTrend März 2016.
- <sup>38</sup> Köcher, Renate (2016): *Stimmungslage und Erwartungen der Bürger. Institut für Demoskopie Allensbach, Berlin 1. Sept. 2016 (Manuskript).*
- <sup>39</sup> R+V (2019): *Die Ängste der Deutschen.* Wiesbaden
- <sup>40</sup> Köcher, Renate (2016): *Stimmungslage und Erwartungen der Bürger.*
- <sup>41</sup> Zick, Andreas u. Madlen Preuß (2016): *Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung.* S. 12.
- <sup>42</sup> Güllner, Manfred, Judith Leicht (2018): *Integration im Ruhrgebiet: Meinungen und Einstellungen der Bewohner des Ruhrgebiets zu Migranten und zum Islam.* In: BAPP (Hrsg.), *Integrationserfahrungen im Ruhrgebiet. Erfolgsfaktoren und Innovationspotenziale.* Bonn, S. 68.
- <sup>43</sup> Köcher, Renate (2016): *Stimmungslage und Erwartungen der Bürger.*
- <sup>44</sup> Vgl. Ebd.
- <sup>45</sup> SZ vom 17.12.2018.
- <sup>46</sup> SZ vom 18.12.2018.
- <sup>47</sup> Hilmer, Richard, Bettina Kohlrausch u. a. (2017): *Einstellung und Lebenslage – eine Spurensuche nach Gründen für rechts-populistische Orientierungen unter Berücksichtigung von Gewerkschaftsmitgliedern.*
- <sup>48</sup> Koppetsch, Cornelia (2018): *In Deutschland daheim, in der Welt zu Hause? Der heimat-Diskurs und die Transnationalisierung von Klassenstrukturen.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 68. Jg., 48/2018, S. 20f.
- <sup>49</sup> Vgl. Ebd. S. 17.
- <sup>50</sup> Haller, Michael (2017): *Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information.* Otto-Brenner-Stiftung (Hrsg.), Frankfurt a. M. S. 138.
- <sup>51</sup> Vgl. Ebd. S. 53.
- <sup>52</sup> Köcher, Renate (2015): *Vertrauen und Skepsis – Bürger und Medien.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 16.12.2015, S. 8.
- <sup>53</sup> *der Spiegel* 51/2015: 27.
- <sup>54</sup> Jackob u. a. 2017.
- <sup>55</sup> Merkel, Wolfgang (2017): *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie.* In: Harfst, Philipp, Ina Kubbe u. Thomas Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden, S. 17.
- <sup>56</sup> Stegemann, Bernd (2018): *Die Moralfalle. Für eine Befreiung linker Politik.* Berlin. S. 13.
- <sup>57</sup> Vgl. Ebd. S. 21.
- <sup>58</sup> Vgl. Ebd. S. 15.
- <sup>59</sup> SZ vom 31.01.2016.
- <sup>60</sup> Güllner, Manfred, Judith Leicht (2018): *Integration im Ruhrgebiet: Meinungen und Einstellungen der Bewohner des Ruhrgebiets zu Migranten und zum Islam.* S. 70.
- <sup>61</sup> Koopmans, Ruud (2013): *Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. Muslime und Christen im europäischen Vergleich.* In: *WZB-Mitteilungen*, Heft 142, Berlin.
- <sup>62</sup> Nida-Rümelin, Julian (2017): *Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration*, Hamburg.
- <sup>63</sup> Wieselndahl, Elmar (2002): *Überhitzung und Abkühlung. Parteien im Zeitenwechsel der siebziger und achtziger Jahre.* In: Schildt, Axel (Hrsg.), *Transformationen des deutschen Parteiensystems*, Hamburg, S. 138-169.
- <sup>64</sup> Wieselndahl, Elmar (2016): *Der Kulturkonflikt um die Flüchtlingskrise und die politischen Folgen.* In: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 14. Jg., H. 1. S. 53-79.
- <sup>65</sup> Wieselndahl, Elmar (1994): *Verwirtschaftung und Verschleiß der Mitte. Zum Umgang des etablierten Politikbetriebs mit der rechtsextremistischen Herausforderung.* In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg): *Das Gewalt-Dilemma*, Frankfurt a. M., S. 115-137.
- <sup>66</sup> Merkel, Wolfgang (2017): *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie.* S. 15.
- <sup>67</sup> Schamann, Helmut (2015): *PEGIDA und die deutsche Migrationspolitik. Ein Beitrag zur Differenzierung des Opinion-Policy-Gap.* In: *Zeitschrift für Politik*, 25. Jg., H. 3, S. 311ff.
- <sup>68</sup> Bieber, Ina / Roßteutscher, Sigrid / Scherer, Philipp (2018): *Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative?* In: *Politische Vierteljahresschrift*, H. 3, S. 453.
- <sup>69</sup> Tetzlaff, Rainer (2016): *Der Islam, die Rolle Europas und die Flüchtlingsfrage.* Opladen, Berlin, Toronto. S. 86f.
- <sup>70</sup> Vgl. Ebd. S. 87.

# POPULISMUS, INTEGRATION UND POLITISCHE BILDUNG<sup>1</sup>



*Dr. Simon T. Franzmann*  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

## EINLEITUNG

Die Entwicklung der Demokratien Europas, Asiens sowie Nord- und Südamerikas wirft die Frage auf, wie mit Populismus umzugehen ist. Gefährdet er den Zusammenhalt in einer Gesellschaft, oder ist er schon Ausdruck eines nicht mehr existenten Zusammenhalts? Der Frage nach dem Umgang mit Minderheiten sowie Migrantinnen und Migranten gilt hierbei besondere Aufmerksamkeit. Jedes politische Gemeinwesen – sei es eine Kommune, eine Region, ein Bundesland, ein Staat oder eine transnationale Organisation – steht vor der Aufgabe, unterschiedliche Gruppen zu einem gemeinsamen Ganzen zu formen. Bildung spielt seit jeher die zentrale Rolle, nicht nur gemeinsame Werte, sondern auch die Möglichkeiten der friedlichen Konfliktaustragung zu vermitteln. Politische Bildung ist dabei die zentrale Vermittlungsinstanz der Frage, wer mit welchen Prozessen in ein politisches System integriert werden soll. Die Integration in ein Gemeinwesen kann dann als gelungen angesehen werden, wenn der „Andere“ als frei und gleich akzeptiert wird. Gleiches als gleich zu akzeptieren ist keine politische Kunst. Wird lediglich Gleiches akzeptiert, kann selbst die Integration ähnlicher Wertevorstellungen, zum Beispiel verschiedener christlicher Konfessionen, nicht gelingen. Die Frage der Einheitlichkeit einer politischen Gemeinschaft ist Urbestandteil der Auseinandersetzung um die bestmögliche politische Ordnung. Aristoteles widmet die ersten Kapitel seiner „Politik“ dieser Frage. Dabei zeigt er die logischen Widersprüche in der von Platon übermittelten Staatslehre des Sokrates auf. Die Bildung einer Gemeinschaft macht laut Aristoteles nur Sinn, wenn Personen aufgrund

unterschiedlicher Fähigkeiten zusammenkommen. Durch gegenseitige Ergänzung können sie gemeinsam zu neuer Stärke finden. Je homogener die Mitglieder einer Gemeinschaft sind, desto weniger können sie ihre gegenseitigen Schwächen aufheben.<sup>2</sup> Hier habe Sokrates sich geirrt, als er eine größtmögliche Einheitlichkeit anstrebte. Tatsächlich brauchten wir in Europa einige Jahrhunderte, um selbst die Austragung

„PROBLEMATISCH WIRD ES,  
WENN POPULISTISCHE IDEEN  
DIE INTEGRATIONSLEISTUNG  
EINER GESELLSCHAFT UN-  
TERMINIEREN UND AM ENDE  
DAS GEGENTEIL VON DEM ER-  
REICHEN, WAS DIE ANHÄNGER  
DES POPULISMUS SELBST  
EBENSO WIE IHRE GEGNER  
AUCH ANSTREBEN, NÄMLICH  
EINE GEEINTE UND FRIED-  
LICHE GESELLSCHAFT.“

der Konfessionsunterschiede nicht mehr in Bürgerkriegen enden zu lassen. Thomas Hobbes entwickelte aus dieser Bürgerkriegserfahrung das Bild des Leviathans, der als Verkörperung des starken Staates den Frieden und somit die Integration der sich ansonsten feindlich gegenüberstehenden Gruppen sichere. Diese eher autoritäre Lösung des Integrationsproblems inspirierte die Idee des verfassungsgestützten Rechtsstaates, der die heutige liberale Demokratie mit ihren institutionalisierten Kanälen zur Konfliktaustragung und Kompromissfindung als Lösung entstehen ließ. Nur scheint gerade diese Funktion der Integrationsleistung liberaler Demokratien etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Das Gegenbild einer populistischen Demokratie, in der „das wahre, einheitliche Volk“ alle Entscheidungen trifft, erfreut sich zunehmender Popularität. Es entspricht nur scheinbar dem Ideal einer rechtsstaatlichen Demokratie. Es dockt durchaus an die Schwächen des liberalen Demokratiemodells an und kann je nach gesellschaftlichen Umständen seine Berechtigung haben. Die Verbreitung populistischer Ideen ist nicht per se gut oder schlecht. Es kommt auf die gesellschaftlichen Hintergründe an, vor denen sie geäußert werden und am Ende ihre Wirkung entfalten. Problematisch wird es, wenn populistische Ideen die Integrationsleistung einer Gesellschaft unterminieren und am Ende das Gegenteil von dem erreichen, was die Anhänger des Populismus selbst ebenso wie ihre Gegner auch anstreben, nämlich eine geeinte und friedliche Gesellschaft. Politische Bildung hat die Aufgabe, auf diese möglichen inhärenten Widersprüche des Populismus hinzuweisen, auf die Mechanismen der Kompromissfindung in der liberalen Demokratie hinzuweisen und grundsätzlich die Bürgerinnen und Bürger eines Staates zur effektiven Teilhabe am Gemeinwesen anzuleiten. Der zum Exzess getriebene Populismus unterminiert das gesellschaftliche Vertrauen und bedroht damit nicht nur die Demokratie, sondern grundsätzlich den Wohlstand einer Gesellschaft. Um dies zu verdeutlichen müssen wir uns zunächst mit seinem konkreten Inhalt beschäftigen.

## DER BEGRIFF DES POPULISMUS

Was wird denn nun genau unter Populismus verstanden? Nicht nur Akteure in der Politischen Bildung sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, gesellschaftliche Alltagsverständnisse des Populismusbegriffes mit seiner wissenschaftlichen Definition zusammenzuführen. Innerhalb der Wissenschaft selbst haben sich

je nach Teildisziplin zwar im Kern verwandte, aber am Ende doch sehr unterschiedliche Begriffsverständnisse etabliert. Kommunikationswissenschaftler fokussieren sich gemäß ihrer Disziplin auf populistische Rhetorik und sehen Populismus als Stilmittel, während Soziologen Populismus als gesellschaftliche Bewegung analysieren. Innerhalb der Politikwissenschaft wird Populismus entweder als Organisationsstrategie oder als Set an Ideen aufgefasst (siehe Handbuch OUP). Für die Politische Bildung erscheint die Fokussierung auf das letzte Verständnis – Populismus als Ideenset – am sinnvollsten, da sie sich gezielt kritisch mit solchen Ideen und ihren Wirkungen auf das zwischenmenschliche Handeln in der Öffentlichkeit auseinandersetzen kann. International hat sich durchgesetzt, sinngemäß auf die von Cas Mudde vorgeschlagene Minimaldefinition zurückzugreifen: Populismus ist demnach eine *Komplémentärdeologie*, der zufolge Politik Ausdruck eines einheitlichen Volkswillens (*Rousseaus volonté générale*) sein sollte und die Gesellschaft von einem Antagonismus zwischen tugendhaftem Volk und korrupter Elite geprägt ist.<sup>3,4</sup> Populismus ist somit als die gleichzeitige Verbindung dreier Elemente anzusehen: (1) Verabsolutierung der Volkssouveränität; (2) Anti-Elitismus; (3) eine – im Kern anti-pluralistische – Freund-Feind-Gesinnung im Politischen. Es ist tatsächlich die Kombination dieser drei Elemente, die Populismus kennzeichnet. Ein alleiniger Anti-Elitist, ohne exzessive Verabsolutierung der Volkssouveränität, kann nicht als Populist angesehen werden, und ein Anhänger einer wie auch immer geartete direkten Demokratie muss nicht zugleich einer anti-liberalen Freund-Feind-Gesinnung im Politischen anhängen. Die Freund-Feind-Gesinnung wird zwar nicht von allen Autorinnen und Autoren als Definitionsmerkmal ausgeführt, dann jedoch zumindest als notwendige Konsequenz des Anti-Elitismus und der Volkszentriertheit angesehen.<sup>5</sup> Empirisch finden sich zwar populistische Parteien, die modernen Gesellschaftsentwürfen offen gegenüber stehen, wie zeitweise die niederländische *List Pim Fortyún*; doch auch sie definierte sich in gleichzeitiger Gegnerschaft zu Elitismus und Pluralismus.<sup>6</sup> Häufigstes Kennzeichen des Populismus ist die moralisierende Gegenüberstellung eines „tugendhaften Volkes“ und einer „korrupten Elite“, gegen die es sich zu wehren habe. Politische Entscheidungen erscheinen dann im Lichte einer Elitenverschwörung. Dort, wo wirklich korrupte Eliten regieren oder gar eine Verschwörung stattfindet, haben solche Argumente ihre Berechtigung. Schwierig wird es allerdings dann, wenn politisch Andersdenkenden grundsätzlich ihre guten Absichten abgesprochen werden. Als Beispiele: Ein

Brexit-Befürworter, der die Europäische Union für eine von Deutschland aus gesteuerte Verschwörung gegen das britische Volk hält, wird sich kaum einer sachlichen Debatte über die Folgen des Brexit öffnen. In ähnlicher Weise finden wir in Deutschland Behauptungen einer von der Bundesregierung betriebenen Umvolkung des deutschen Volkes, die mit der nicht erfolgten Schließung der Balkanroute durch Bundeskanzlerin Angela Merkel im Sommer 2015 begründet wird, als hätte Merkel selbst den Syrienkrieg zur Auslösung der Flüchtlingsbewegung initiiert. Solche populistischen Argumentationsfiguren vergiften den politischen Diskurs und erschweren die Kompromissfindung zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen. Andersdenkenden ihre moralische Integrität abzusprechen begründet eine Ablehnung des Pluralismus. Allerdings ist es nicht die einzelne anti-plurale Haltung, die das demokratische Zusammenleben gefährdet. Wie Decker<sup>7</sup> richtig anmerkt, können liberale Demokratien solche anti-liberale Kritik integrieren und darüber hinaus als Korrektiv zur Entdeckung und Behebung tatsächlicher Fehlentwicklungen nutzen. Dies ist eine gute Nachricht für die Politische Bildung, da sie in der Behandlung des Populismus positiv wirken kann, indem sie die möglichen schädlichen Wirkungen aufzeigt. Wenn es nur Gut und Böse, Wahr und Falsch gibt, dann akzeptiert die Populistin oder der Populist im Kern nicht die Möglichkeit, dass die eigene Meinung falsch sein könnte und der Andersdenkende zumindest zum Teil Recht haben könnte. Ferner ignoriert sie oder er, wie unterschiedlich Interessen und Meinungen innerhalb der Bevölkerung gelagert sein können, dass eben kein homogener Volkswille vorliegt. Die mangelnde Trennschärfe in der Unterscheidung zwischen *dem Volk* und *der Bevölkerung* markiert sprachlich die Unterscheidung zwischen anti-pluralistischem Populismus und pluralistisch orientiertem demokratischen Diskurs. Es ist offenkundig, dass der populistische Anti-Pluralismus dem Integrationsgedanken entgegengesetzt.

Der populistische Anti-Elitismus richtet sich nicht nur gegen konkrete Personen und institutionalisierte Machtstrukturen, sondern gegen einen als vorherrschend wahrgenommenen Diskurs.<sup>8</sup> Die vorherrschenden Ideen und Werte einer Gesellschaft werden abgelehnt. Entsprechend variiert der politische Inhalt, gegen den sich der Populismus wendet. In Europa erleben wir seit Jahren den Aufstieg des *Rechtspopulismus*, der sich gegen die als vorherrschend geltenden Werte wie Individualismus, Internationalismus und Multikulturalismus wendet. Inhaltlich verfolgt er die

Exklusion von Bevölkerungsgruppen, die aus Sicht des Populisten nicht zum einheitlichen „Volk“ gehören. Als politisch „rechts“ gilt in der Politikwissenschaft allgemein die Befürwortung einer Hierarchie, während „links“ als Streben nach mehr Gleichheit definiert wird.<sup>9</sup> Der europäische Rechtspopulist befürwortet eine kulturelle Hierarchie, in der er seine eigene Kultur wenn nicht an der Spitze, dann doch als vielen anderen Kulturen überlegen ansieht. Betz<sup>10</sup> hat dafür den Begriff des „differentialistischen Nativismus“ geprägt, der sich im Unterschied zu dem Rechtsextremismus des 20. Jahrhunderts nicht mehr in plumpem Rassismus äußert. Kern ist die Forderung nach kultureller Distanz. Anderen Kulturen wird durchaus ihre Existenzberechtigung zugesprochen; allerdings wird die Vermischung unterschiedlicher Kulturen abgelehnt.<sup>11</sup> Das „Wir-gegen-die-anderen“ richtet sich hier nicht nur gegen Eliten und Institutionen, sondern noch stärker gegen Gruppe von Außenseitern, die nicht zum vermeintlich „wahren Volk“ gehören und daher exkludiert werden sollen.<sup>12</sup> Der Linkspopulismus wird dagegen meist als inklusiver Populismus interpretiert, zumindest in Lateinamerika, wo er aggressiv den Einbezug der armen Bevölkerungsschichten proklamiert. Aber auch er kann zu einem autoritären Regime führen, wie das Beispiel Venezuela zeigt. Die meisten Links- wie Rechtspopulisten sind sich aber weder ihres Populismus, noch den damit einhergehenden Widersprüchen und Problemen bewusst. Die große Herausforderung für eine Gesellschaft im Umgang mit Rechts- oder Linkspopulismus ist weniger die offen geäußerte Ausländer- oder Wirtschaftsbürgerfeindlichkeit. Es ist vielmehr die dauernde Propagierung der Freund-Feind-Konstellation als Interpretationsschema alles Politischen. Sie mündet in der Etablierung nicht-kooperativer Handlungsformen und der Ablehnung von Verständigung. Diese mögliche langfristige Vergiftung der politischen Kultur ist das langfristige Problem des Populismus, das eine Intervention der Politischen Bildung nötig macht. Dies wird in den folgenden Abschnitten deutlich.

## POPULISMUS UND DEMOKRATIE

Populisten halten sich für gute Demokraten. Tatsächlich werden nicht wenige für sich reklamieren, den „wahren“ Demokratiebegriff zu vertreten. In aktuellen international-vergleichenden Studien zeigt sich immer wieder, dass die Personen mit stark ausgeprägten populistischen Einstellungen die Demokratie zwar grundsätzlich befürworten, aber von ihrer realen Aus-

prägung enttäuscht sind. Dies unterscheidet sie von rechts- oder linksradikalen Systemgegnern, auf die sich lange Zeit die Politische Bildung in Deutschland konzentriert hat. Faschisten und orthodoxe Kommunisten lehnen die liberale, repräsentative Demokratie schlechthin ab und sind entsprechend leicht zu identifizieren. Ein Populist hingegen mag sich etwaiger problematischer Einstellungen gegenüber der Demokratie nicht einmal bewusst sein. Die lateinische Herleitung von Populus – das Volk – ist nur eine scheinbare Entsprechung des griechischen Demos in Demokratie, sofern nicht der Kunstbegriff Demokratist gebildet wird. Ein Populist ist im Kern kein Demokrat, sondern wenn überhaupt ein Demokratist. Dabei knüpft der Populismus in seiner Kritik der realen Ausprägung der Demokratie an zwei Dilemmata an, die jedem demokratischen System innewohnen: Wie können die inneren und äußeren Grenzen des Wahlvolkes bestimmt werden? Wie können diejenigen kontrolliert werden, die die Funktion der demokratischen Prozesse kontrollieren und gewährleisten sollen?<sup>13</sup> Die Problematik des Rechtspopulismus besteht darin, dass er diese Fragen nicht offen stellt, sondern direkt Antworten vorgibt. Diese Antworten negieren die real existierende plurale Gesellschaft. Und diese Antworten sprechen „den Politikern“, den Eliten“ und „den Medien“, also auch den Kontrolleuren demokratischer Prozesse, jede Form des guten Willens ab. Sie tragen auf diese Art und Weise aber nicht zur Abmilderung oder gar Lösung dieser Dilemmata, die einer jeden Demokratie inhärent sind bei. Im Gegenteil, sie verstärken diese Probleme, weil sie auf der einen Seite die Exklusion der von politischen Entscheidungen betroffenen Personengruppen forcieren, auf der anderen Seite durch den von ihnen selbst verstärkten Vertrauensverlust gegenüber Eliten und Medien diese Kontrollmechanismen ihrer Legitimation und somit Funktionsfähigkeit berauben. In gewisser Weise verstärkt der Rechtspopulismus genau die Probleme, die er zu bekämpfen vorgibt. Dies gilt, gerade weil Populisten die vermeintlich „wahre“ Demokratie herstellen wollen, indem sie die Idee des homogenen Volkswillens überbetonen.<sup>14</sup>

Der Behauptung, es gäbe den „wahren“ Volkswille, der in direkten Volksabstimmungen zum Tragen kommt, ist ein parteiübergreifender Mythos. Dieser Mythos hält sich auch in Deutschland hartnäckig und verhilft populistischen Argumentationsfiguren meist unbeabsichtigt zu Akzeptanz. Die wahre Demokratie sei die direkte Demokratie –die repräsentative Demokratie sei es nicht. Hier liegt offenkundig ein Mangel an Politi-

scher Bildung vor, als dass die grundlegenden Mechanismen der repräsentativen, aber auch der direkten Demokratie nicht bekannt sind. Die Politikwissenschaft ist sich schon seit längerem einig, dass es so etwas wie „die Direkte Demokratie“ nicht gibt. Vielmehr gibt es direktdemokratische Instrumente, die in Verbindung mit repräsentativ-demokratischen Elementen genutzt werden können. Solche direktdemokratischen Instrumente sind in der Schweiz und im US-Bundesstaat Kalifornien stark ausgebaut. Sie finden sich auch in vielen deutschen Landesverfassungen und kommen auf kommunaler Ebene in Deutschland ebenfalls regelmäßig zur Anwendung. Referenden oder Volksbefragungen an sich sind weder gut noch schlecht. Sie können positive wie negative Wirkungen entfalten. Einige Personen mögen den verstärkten Gebrauch von Referenden und Volksbefragungen normativ für wünschenswert halten, andere hingegen nicht. Aufgabe der Politischen Bildung kann nicht sein, den Gebrauch solcher Instrumente besonders zu befürworten oder im Gegenteil zu bekämpfen. Aufgabe der Politischen Bildung sollte es aber sein, darauf hinzuweisen, dass direktdemokratische Instrumente den Kompromiss nicht kennen. Sie können durchaus die Demokratiequalität heben, wenn es im Rahmen eines Referendums dazu kommt, dass sich die Bevölkerung breit über ein Thema informiert und ein echter Austausch verschiedener Positionen stattfindet. Problematisch ist aber ihr Charakter als Nullsummenspiel: Wird eine einfache Ja-/Nein-Frage gestellt, so ist bei einer direktdemokratischen Abstimmung kein Kompromiss mehr möglich. Was das Ja-Lager gewinnt, das verliert das Nein-Lager und umgekehrt. Das gilt übrigens nicht nur für sachbezogenen Volksabstimmungen, sondern auch für personalbezogene Volksabstimmungen, wie es Präsidentschaftswahlen sind. Sie bestätigen und verstärken damit die Weltsicht, dass Politik in Freund-Feind-Konstellationen zu denken sei. Entsprechend beliebt sind direktdemokratische Instrumente bei Populistinnen und Populisten. Eine besondere Form direktdemokratischer Instrumente sind Personenwahlen, zum Beispiel die direkte Wahl eines Staatspräsidenten. Die Idee des Populismus geht Hand in Hand mit einer starken Personalisierung der Politik. Wenn es das eine, tugendhafte Volk gibt, das lediglich von einer korrupten Elite regiert wird, dann müssen in dieser Weltsicht die Institutionen schlecht sein, denn sonst würde schließlich das wahre Volk und nicht die korrupte Elite regieren (Müller 2016: 129-130).<sup>15</sup> Der ursprünglich aus Deutschland stammende, aber in den 1930er Jahren vertriebene und dann in den USA tätige

Politikwissenschaftler Juan Linz<sup>16</sup> sah genau darin den Nachteil präsidentieller Systeme wie in Lateinamerika und den USA gegenüber parlamentarischen Systemen wie in Deutschland und Großbritannien. Präsidentschaftswahlen, vor allem sehr knappe Wahlen, erzeugen bei einer stark polarisierten Gesellschaft zu viele Verlierer. Sie sind Nullsummenspiele, weil zwischen den Lagern der beiden Präsidentschaftskandidaten im letzten Wahlgang kein Kompromiss zu finden ist. Im späteren politischen Prozess steht dann zudem die starke Legitimation über die Direktwahl des Präsidenten der ebenfalls von der Bevölkerung legitimierten, gewählten Abgeordnetenmehrheit im Parlament gegenüber. Wer ist denn nun im Streitfall die eigentlich legitimierte politische Institution – Parlament oder Präsident? Die Verfassung in präsidentiellen Systemen kennt hier in der Regel keine Lösung; Blockaden sind die Folge, deren Auflösung meist durch eine populistische Ansprache der Bevölkerung oder gar einem Putsch durch einen der Akteure herbeizuführen versucht wird.<sup>17</sup> Ein Zweig der Politikwissenschaft sieht insbesondere präsidentielle Systeme als anfällig für die schädlichen Wirkungen des Populismus. Die immer wieder kehrende Forderung, auch in Deutschland den Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen, erscheint vor diesem Hintergrund als keine besonders kluge Idee. Sie würde die ohnehin bestehenden Personalisierungstendenzen nur weiter verstärken.

Nun könnte man auf die Idee kommen, dass semi-präsidentielle Systeme ohne die strikte Gewaltenhemmung präsidentieller Systeme vor solche Blockaden gefeit wären. Dem ist aber nicht so. Die Blockade liegt nun nicht mehr zwischen Parlament und Präsident, sondern innerhalb der Exekutive zwischen Präsident auf der einen und Premierminister oder Kanzler auf der anderen Seite.<sup>18</sup> Wir kennen eine solche Konstel-

lationen nur zu gut aus der deutschen Geschichte: die Weimarer Republik war im modernen politikwissenschaftlichen Sinne ein semi-präsidentielles System, bei dem sowohl der Reichspräsident als auch die Parlamentsmehrheit den Kanzler abberufen konnte. In parlamentarischen Systemen wie der BRD kann die Abberufung nur das Parlament, zum Beispiel über ein konstruktives Misstrauensvotum, vornehmen. In präsidentiellen Systemen sind Exekutive und Legislative strikt voneinander getrennt. Zum Ende der Weimarer Republik erlaubte das semi-präsidentielle System dem damaligen Reichspräsidenten Hindenburg, mit Hilfe von Notverordnung eine Regierung gar gegen die Parlamentsmehrheit einzusetzen. Diese Präsidialkabinette ab 1930 stellten schon vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten das Ende der funktionierenden Demokratie in Deutschland dar.<sup>19</sup> Die Institutionen des bundesdeutschen Grundgesetzes sind von dieser historischen Erfahrung geprägt. Es gibt keine direkte Volkswahl des Präsidenten, die als „Prämie für Demagogen“ funktionieren könnte, wie es der erste deutsche Bundespräsident Theodor Heuß formulierte. Wir würden heute „Prämie für Populisten“ sagen.

Wir brauchen aber gar nicht so weit in die Geschichte des 20. Jahrhunderts zurück zu gehen, um die möglichen problematisch populistischen Wirkungen von direktdemokratischen Sachentscheidungen zu verdeutlichen. Die Brexit-Entscheidung ist ein Paradebeispiel, wie eine Ja-/Nein-Entscheidung zu viele Verlierer produziert. Das Vereinigte Königreich Großbritannien war vor der Abstimmung zwar Teil der Europäischen Union, allerdings auf Grund seines ausgehandelten Rabattes, der Nicht-Teilnahme am Wechselkursmechanismus II gegenüber dem EURO und der Nicht-Teilnahme am Schengen-Abkommen, längst nicht so stark integriert wie Deutschland oder Frankreich. Salopp formuliert

„DER BEHAUPTUNG, ES GÄBE DEN ‚WAHREN‘ VOLKSWILLEN, DER IN DIREKTEN VOLKSABSTIMMUNGEN ZUM TRAGEN KOMMT, IST EIN PARTEIÜBERGREIFENDER MYTHOS. DIESER MYTHOS HÄLT SICH AUCH IN DEUTSCHLAND HARTNÄCKIG UND VERHILFT POPULISTISCHEN ARGUMENTATIONSFIGUREN MEIST UNBEABSICHTIGT ZU AKZEPTANZ.“

war das Vereinigte Königreich zum Teil in der EU, zum Teil nicht. Wie das Brexit-Votum offenbarte, entsprach dies ungefähr dem, was ein Kompromiss innerhalb der britischen Bevölkerung inhaltlich mitgetragen hätte: die eine Hälfte der Bevölkerung war für die EU-Mitgliedschaft, die andere Hälfte dagegen. Das Referendum hat diese Zwischenposition nicht anerkannt und somit eine Wirkung entfaltet, die selbst die Austrittsbefürworter wohl nicht intendiert haben. Möglicherweise wäre es gar nicht erst zum Brexit-Referendum gekommen, wären sich die handelnden Eliten in Großbritannien der Wirkungsfolgen und die häufig mit ihr einhergehenden populistischen Wahlkämpfe bewusst gewesen.

## POPULISMUS IN ZEITEN DES NEUEN KULTURELLEN KONFLIKTES

Die besondere Sprengkraft des Populismus in Europa ergibt sich durch die Gleichzeitigkeit der Transformation der politischen Auseinandersetzung. Im Industriezeitalter waren die Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“ untrennbar mit der Befürwortung einer gelenkten oder möglichst freien Marktwirtschaft verbunden. Dies war seit dem zweiten Weltkrieg quer durch Europa die dominierende Konfliktlinie. In einer Art „stillen Revolution“<sup>20</sup> kamen spätestens ab den 1970er Jahren vermehrt Wertefragen auf die politische Tagesordnung, die von der gängigen sozio-ökonomisch geprägten Links-Rechts-Unterscheidung absorbiert wurde. So verbanden sich alternative, grüne und libertäre Positionen mit ökonomisch linken Positionen, während traditionelle, nationale und autoritäre Positionen sich mit ökonomisch rechten Positionen zusammenfügten.<sup>21</sup> Als Ausdruck dieser wertebasierten Ergänzung des ökonomischen Konfliktes etablierten sich grüne Parteien, die sich zunächst überwiegend im linken Parteienspektrum ansiedelten.<sup>22</sup> Mit der fortschreitenden De-Industrialisierung sowie der ökonomischen wie politischen Entgrenzung, der Globalisierung, transformierte sich dieser Raum weiter.<sup>23</sup> Ökonomisch geht es nun eher um die Teilhabe an der Globalisierung, weniger um Staat und Markt an sich. Kulturell entwickelt sich eine neue kulturelle Konfliktlinie, in der sich libertär-universalistische Wertehaltungen und kommunitaristisch-traditionelle Wertehaltungen gegenüberstehen.<sup>24</sup> Dabei dominiert nun die gesellschaftspolitische, wertebasierte Konfliktlinie die politische Auseinandersetzung, während die ökonomische Dimension davon

zunehmend absorbiert wird.<sup>25</sup> Im Ergebnis werden die neuen ideologischen Debatten zwischen Kosmopoliten und Nationalstaatsanhängern geführt und nicht mehr über das Ausmaß der politischen Intervention in Marktprozesse. Eines der beiden Dilemmata einer jeden Demokratie, nämlich die innere und äußere Grenzziehung des eigenen Wahlvolks, ist nun zentraler Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Es ist die Frage, die Populisten eindeutig abstrakt beantworten können; aber sie bieten eine geschlossene Antwort an, die auf die Exklusion weiter Teile der schon teilhabenden Bevölkerung hinausläuft und somit desintegrierend wirkt. Die Politische Bildung sollte die Frage der inneren und äußeren Grenzziehung einer Demokratie offen stellen und diskutieren. Sie sollte aber auch darauf hinweisen, welche Gefahren geschlossene Antworten mit sich bringen.

Die Transformation des politischen Raumes verschafft populistischen Bewegungen aber auch eine reale Argumentationsgrundlage. Es gibt tatsächlich eine Krise der Repräsentation, die Populisten beklagen können. Die Parteien, die noch dem alten Konfliktliniensystem des Industriezeitalters entstammen, passen mit ihren Erzählungen und Ideologien nicht mehr ideal zur neuen, kulturellen Konfliktlinie. Diese neue Konfliktlinie durchschneidet Christ- wie Sozialdemokraten, ähnlich wie es im 19. Jahrhundert schon einmal der Fall war. Gerne wird übersehen, dass sich die katholische Zentrumsparterie in Abgrenzung und Opposition zum (protestantischen) Konservatismus herausgebildet hat. Die Bildung der konfessionsübergreifenden CDU zur Vereinigung der vormals gegnerisch handelnden Konservativen und Christdemokraten war eine große Innovationsleistung nach dem zweiten Weltkrieg.<sup>26</sup> Sie war so erfolgreich, dass der Blick darauf vernebelt wurde, dass wie jetzt bei einer Reaktivierung der kulturellen Konfliktlinie die eher kosmopolitisch orientierten Christdemokraten und die Nationalkonservativen kaum noch länger in ein und derselben Partei zu halten sind. Die bis 1990 bestehende Bedrohung durch den gemeinsamen kommunistischen Feind existiert schlicht und ergreifend nicht mehr. Für die Sozialdemokraten stellt sich die Herausforderung in modifizierter Form. Sie verliert das ihr früher geneigte kosmopolitisch orientierte Bürgertum an die Grünen, die keine Rücksicht auf industriegewerkschaftliche Interessen nehmen muss; gleichzeitig kann sie aber auch nicht mehr die Teile der Arbeiter und Angestellten an sich binden, die sich von der ökonomischen wie politischen Entgrenzung bedroht fühlen.<sup>27</sup>

## DIE INNEREN WIDERSPRÜCHE DES POPULISMUS

Als Ausdruck realer Krisen, auch als Folge der beschriebenen Transformation des politischen Raumes, kann Populismus theoretisch als Korrektiv in einer repräsentativen Demokratie wirken. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass Populismus an sich innere Widersprüche in sich birgt, die zum Gegenteil der eigenen proklamierten Ziele führen. Es sind dies im Wesentlichen (1) ein falsches Demokratieversprechen und (2) ein falsches Wohlstandsversprechen. Sie werden offenkundig, wenn Akteure mit ungefilterter populistischer Komplementärideologie an die politische Macht kommen. Besonders deutlich wird dies in Umgang und Auseinandersetzung mit der Opposition. Die Bildung einer als legitim anerkannten Opposition, die in freien Wahlen darum kämpfen kann, künftig Regierungsmehrheit zu werden, ist einer der großen Meilensteine im Demokratisierungsprozess eines jeden Landes.<sup>28</sup> Populisten in der Opposition reklamieren dieses Recht gerne und laut für sich. Ihre Anti-Eliten- und Anti-Establishment-Rhetorik geht häufig mit dem Beklagen eines unfairen Wettbewerbs gegenüber ihnen, den Populisten, einher. Sie würden das aussprechen, was „das Volk“ denke und wolle, aber von den Eliten nicht gewollt wäre, dass es gesagt würde. Selbst in der Opposition profitieren Rechtspopulisten häufig von der erfolgreichen Inszenierung als Außen-seiter. Die österreichische FPÖ hat dies noch 1994 unter Jörg Haider mit einem Wahlplakatspruch perfekt inszeniert: „Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist.“ Mit „ihn“ ist Jörg Haider gemeint, mit „Sie“ das nicht näher spezifizierte Establishment. Wo es nur einen einheitlichen Volkswillen gibt, wird jede differenzierende Stimme als Feind des guten Volkswillens gesehen. Der Populismus als Komplementärideologie schließt die kompromisshafte Verständigung mit anderen gesellschaftlichen wie politischen Akteuren grundsätzlich aus. Erlangen Populisten jedoch selbst Regierungsverantwortung, dann erkennen sie selten die Opposition gegenüber ihrer Regierung als legitim an. Sie würde als populistische Partei ansonsten ihren eigenen Alleinvertretungsanspruch als Stimme des Volkes selbst untergraben.<sup>29</sup> Einmal an der Regierung, bleiben nur drei Möglichkeiten: (1) die Unterdrückung der Opposition und ihre Brandmarkung als illegitim; (2) die Übertragung des Freund-Feind-Schemas auf das Ausland, also die Gegnerschaft auf eine externe Elite, sei es die USA, die EU, Deutschland oder eine andere Organisation; (3)

das Aufgeben der populistischen Argumentationsfigur und die Akzeptanz der Spielregeln des repräsentativ-demokratischen Systems. Im günstigsten Fall wird letzteres passieren, allerdings sehen wir meist die ersten beiden Möglichkeiten verwirklicht. Wir kennen dieses Verhaltensschema schon länger aus Lateinamerika: Kommen die dortigen Populisten an die Regierung, untergraben sie die horizontalen Verantwortlichkeiten innerhalb des politischen Systems und entziehen der pluralistischen Demokratie ihre Grundlage.<sup>30</sup> Die europäischen Populisten in Ungarn, Polen und der Türkei folgen einfach nur dieser dem Populismus innewohnenden Sachlogik. Die Verabsolutierung des Volkswillens duldet keine Opposition. Dann endet der Populismus mit seinem Anspruch an eine „wahre“ Demokratie in einer defekten, illiberalen Demokratie.

Das falsche Wohlstandsversprechen ergibt sich aus den in Aussicht gestellten kurzfristigen Vorteilen für das „wahre“ Volk. Die Absetzung der korrupten Elite ist zugleich das implizite Versprechen, den gesellschaftlichen Wohlstand zu mehren. Die Bekämpfung der „Feinde“ – auch derjenigen, die nicht korrupt sind – unterminiert das Vertrauen in der Gesellschaft. Die Bevorzugung der „Freunde“ erfolgt gleichzeitig fast immer mit einer kurzfristig expansiven Politik. Somit sind die wesentlichen Voraussetzungen für eine langfristig wirtschaftlich prosperierende Entwicklung nicht gegeben. Die Türkei scheint derzeit genau auf einen solchen Pfad einzubiegen. Historisch ist der Prototyp für diese Entwicklung allerdings Argentinien. Als ursprünglich eines der reichsten Länder der Welt hat es sich bis heute nicht von den langfristigen Folgen des Peronismus erholen können. Ungefilterter Populismus bedroht somit nicht nur die Demokratie, sondern den gesamten Wohlstand eines Gemeinwesens.

## WAS KANN DIE POLITISCHE BILDUNG TUN?

Politische Bildung kann nun auf die empirischen Beispiele rund um den Globus und die historischen Episoden in der deutschen Geschichte verweisen. Sie kann und sollte aber vielmehr die Dilemmata und offenen Fragen einer jeden Demokratie – nämlich wo ihre inneren und äußeren Grenzen liegen und wie die Kontrolle der Machthabenden sichergestellt werden kann – unvoreingenommen diskutieren. Unvoreingenommen heißt hier, populistische Lösungsvorschläge nicht von vorneherein abzulehnen. Es gilt aber, auch

auf die Schwächen und inneren Widersprüche hinzuweisen. Eine Möglichkeit wäre, hierfür ein Planspiel zu nutzen. So könnten Schülerinnen und Schüler in einem ersten Schritt in Teams Oppositionsstrategien entwerfen, von denen mindestens eine populistisch ist. Im zweiten Schritt würden dann jeweils eine oder mehrere der Oppositionsparteien an die Regierung kommen. Im Aushandeln der Koalitionen und in der Regierungsausübung sollten dann die Widersprüche offenkundig werden, dass nämlich bei Beibehaltung einer radikal-populistischen Rhetorik eine Opposition nicht mehr als legitim angesehen werden kann. Sprich: Einmal an der Regierung, kann der Populismus das für sich selbst reklamierte Opferrecht – Opfer von einem Parteienkartell und/oder falscher Medienberichterstattung zu sein – ohne Gewaltausübung nicht mehr aufrechterhalten. Dies ist die anti-pluralistische Konsequenz eines unreflektiert radikal weiterverfolgten Populismus. So wie es wie selbstverständlich Börsenspiele an den Schulen gibt, wäre ein ebenso selbstverständliches Politikplanspiel sinnvoll. Allerdings darf sich niemand Illusionen darüber machen, dass sich in der künstlichen Umgebung des Klassen- oder Schulungsraums die Unterschiede zwischen den potentiell schädlichen und potentiell nützlichen Aspekten des Populismus kaum vollständig vermitteln lassen. Dies gilt umso mehr, als dass Wohnumgebung und Schülerschaften zunehmend sozialstrukturell so homogen gestaltet sind, dass eben die Vielheit der Gesellschaft nicht abgebildet wird. Dort, wo früher klassischerweise Personen aller Schichten zusammenkamen, war der Wehr- und Zivildienst. Seine Abschaffung erfolgte unter rein verteidigungspolitischen und militärstrategischen Überlegungen, dass nämlich heutzutage mit einer Amateurarmee nicht effizient die Aufgaben einer modernen Armee erfüllt werden können. In Zeiten der entgrenzten Gesellschaften ist die Logik einer allgemeinen Dienstpflicht oder eines allgemeinen Sozialdienstes aber eine andere. Sie dient zum aktiven Lernen, wie Gesellschaft funktioniert und wer alles zur Gesellschaft gehört. Zudem böte dieser Sozialdienst, der natürlich auch bei der Bundeswehr abgeleistet werden könnte, ein nach außen hin sichtbares Zeichen, wer aktiv zum Gelingen des Gemeinwesens beiträgt. Kurz: Der allgemeine Sozialdienst respektive eine allgemeine Dienstpflicht könnte eine großartige Integrationsleistung erbringen. Somit ist aus meiner Sicht nicht die Aussetzung des Wehrdienstes, sondern die Aussetzung des Zivildienstes (und die Beschränkung auf Männer) im Sinne einer Prophylaxe sowohl gegenüber schädlichen Populismuswirkungen als auch zunehmender gesellschaftlicher Desintegration zu beklagen. ■

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag stellt eine überarbeitete und erweiterte Version zweier Vorgängerbeiträge dar: Simon T. Franzmann (2017): *Populismus als Herausforderung für die Politische Bildung. Politisches Lernen 1-2*, S. 10-13. sowie ders. (2018): *Wer ist das Volk? Rechtspopulismus und Demokratie. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V./Außerschulische Bildung*, Berlin.
- <sup>2</sup> Aristoteles (1995). *Politik. Aristoteles Philosophisches Schriften in sechs Bänden: Band 4*, übersetzt von Eugen Rolfe, Felix Meiner Verlag. 1260 b 27 – 1262 b 31.
- <sup>3</sup> Die Originaldefinition lautet: „a thin-centred ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, 'the pure people' versus 'the corrupt elite', and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people". (Mudde und Kaltwasser 2013: 149-150).
- <sup>4</sup> Mudde, Cas (2004). *The Populist Zeitgeist. Government and Opposition*, 39(4), 542-563. S. 543.
- <sup>5</sup> Vgl. Ebd. S. 544-545.
- <sup>6</sup> Mudde, Cas (2017). *An Ideational Approach. The Oxford Handbook of Populism*, S. 34.
- <sup>7</sup> Decker, Frank (2018). *Was ist Rechtspopulismus? Politische Vierteljahresschrift 59 (2)*, S. 355.
- <sup>8</sup> Canovan, M. (1999). *Trust the People! Populism and Two Faces of Democracy (Vol. 47, pp. 2-16)*. Keel University Political Studies, S. 3.
- <sup>9</sup> Bobbio, Norberto (1994). *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach.
- <sup>10</sup> Betz, H.G. (2002). *Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31*, S. 253.
- <sup>11</sup> Decker, Frank (2000). *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in Westeuropa*. VS Verlag Sozialwissenschaften, S. 31-32.
- <sup>12</sup> Berbuir et al 2015.
- <sup>13</sup> Kaltwasser 2014.
- <sup>14</sup> Mudde, Cas (2004). *The Populist Zeitgeist. Government and Opposition*, 39(4), 542-563.
- <sup>15</sup> Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus?: Ein Essay*. Edition Suhrkamp. Frankfurt a.M. & Berlin: Suhrkamp, S. 29-30.
- <sup>16</sup> Linz, Juan J. (1990). *The Perils of Presidentialism.* *Journal of Democracy 1 (1)*: 51-69.
- <sup>17</sup> Vgl. Ebd.
- <sup>18</sup> Sedelius, Thomas / Linde, Jonas (2018). *„Unravelling semi-presidentialism: democracy and government performance in four distinct regime types.“* *Democratization 25 (1)*: 136-157.
- <sup>19</sup> Winkler, Heinrich August (2002). *Der lange Weg nach Westen. Band 2*. München 2002.
- <sup>20</sup> Inglehart, Ronald (1971). *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*, *American Political Science Review 65(4)*: 991-1017.
- <sup>21</sup> Marks, Gary, Lisbeth Hooghe, Moira Nelsen and Erica Edwards (2006). *Party Competition and European Integration in the East and West – Different structure, same causality*, *Comparative Political Studies 39(2)*: 155-75.
- <sup>22</sup> Kitschelt 1990
- <sup>23</sup> Kriesi, Hanspeter et al. (2006). *Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared*, *European Journal of Political Research 45(6)*: 921-56.
- <sup>24</sup> Bornschieer, Simon (2010). *The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe*. *West European Politics*, 33(3), 419-444.
- <sup>25</sup> Kitschelt 2003
- <sup>26</sup> Kirchheimer, Otto (1965). *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, *Politische Vierteljahresschrift 6(1)*: 20-41.
- <sup>27</sup> Kitschelt, Herbert (1994). *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- <sup>28</sup> Dahl, Robert A. (1966). *Political Oppositions in western democracies*. New Haven: Yale University Press.
- <sup>29</sup> Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus?: Ein Essay*. S. 73.
- <sup>30</sup> Ruth, Saskia P. (2018). *Populism and the Erosion of Horizontal Accountability in Latin America*. *Political Studies*, 66(2), 356-375.



### **III. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN**

## WAS DIE MENSCHEN „WIRKLICH“ DENKEN – DEMOKRATIE IN ZEITEN DES POPULISMUS AM 27. MÄRZ 2018

Zum Auftakt des Projektes „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ fand am 27. März 2018 in der Bonner Akademie eine Veranstaltung zum Thema „Was die Menschen ‚wirklich‘ denken – Demokratie in Zeiten des Populismus“ statt. Über die konkreten Herausforderungen für unser politisches System durch den erstarkenden Populismus diskutierten Jörg Schönenborn, Fernsehdirektor des Westdeutschen Rundfunks, Angelika Hellemann, stellvertretende Politikchefin der Bild am Sonntag, Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, und Frank Stauss, Politikberater und Werbetexter. Die Moderation der Podiumsdiskussion übernahm Stefan Weigel, stellvertretender Chefredakteur der Rheinischen Post.



Jörg Schönenborn (2.v.r.), Fernsehdirektor des Westdeutschen Rundfunks



Angelika Hellemann, stellvertretende Politikchefin der Bild am Sonntag



Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte (M.), Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen



Der Blick aufs Podium: Frank Stauss, Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, Moderator Stefan Weigel, Jörg Schönenborn und Angelika Hellemann (v.l.n.r.)

In seiner Begrüßung bezeichnete **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, das Thema des Abends als drängende Systemfrage, die eine Selbstevaluierung unseres politischen Systems zunehmend erforderlich mache, gerade auch vor dem Hintergrund, dass Populisten die Ängste der Menschen sehr geschickt ausnutzten. Teile der Gesellschaft – das dürfe man genauso wenig vergessen – hätten allerdings tatsächliche Gründe, Meinungsbildern und Weichenstellern gegenüber ihr Misstrauen auszusprechen, weshalb die Ängste der Menschen nicht per se verteufelt werden dürften. Dabei täten sich einige Politiker in ihrer zunehmenden Bürger-

verdrossenheit jedoch schwer; etlichen fehle die Fantasie, an eine Gesellschaft zu denken, die mehr sei als ein Markt.

Auf die zu Beginn der Diskussion von Moderator **Stefan Weigel** aufgeworfene Frage, inwiefern die Lücke zwischen politischem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit von „den Populisten“ ausgenutzt werden, erläuterte **Jörg Schönenborn** Taktik und Strategie: Sie seien sehr geschickt darin, gerade die Menschen und ihre Ängste zu adressieren, die sich von der Politik übergangen oder sogar ignoriert fühlten. Vor dem Hinter-

grund, dass zu viele Debatten etwa zum Thema Islam noch immer mit erhobenem Zeigefinger geführt würden, müssten auch die Medien entsprechende Lehren daraus ziehen und Sachthemen ernsthaft und vollumfänglich diskutieren.

**Angelika Hellemann** widersprach mit Blick auf die Islamdebatte: Medial werde diese ausgeschlachtet und befeure lediglich die Öfen derjenigen, die extreme oder gar extremistische Ansichten zu dem Thema hegten, weit wichtigere und relevantere Themen lasse sie hingegen verblassen. Besonders spiegele sich dies in den sozialen Medien wieder, in denen die Debatte weit populistischer und oft polemisch sowie von Meinung und Emotion geprägt sei. So sorgten die sozialen Netzwerke für eine Verzerrung der demokratischen Debattenkultur; gleichermaßen würden sie jedoch von einer steigenden Anzahl an Menschen als Hauptinformationsquelle genutzt.

**Frank Stauss** unterstützte dieses Argument: Die fast zwanzigminütigen Erläuterungen Angela Merkels zu den Abstiegsängsten wachsender Teile unserer Gesellschaft in der Regierungserklärung hätten zu einem deutlich geringeren medialen Echo geführt als die neuste von Innenminister Horst Seehofer ausgelöste Diskussion um die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre. Eigentlich, so Stauss, bewegten die Menschen ganz andere Themen als die, die tagtäglich unsere Schlagzeilen dominierten. Die größte Herausforderung für die Bundesrepublik seien weder Islam oder

Migration, sondern vor allem die Binnenmigration innerhalb unseres Landes. Hinzu komme, dass Digitalisierung und demographischer Wandel nicht mehr nur bloße Schlagwörter seien, sondern drängende Herausforderungen unsere Zeit, auf die endlich passende Antworten gefunden werden müssten.

Mit Blick auf unser politisches System verdeutlichte **Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte**, dass zivilisierter Streit und eine gesunde Diskussionskultur das Fundament unserer Demokratie seien und nicht, wie oftmals angenommen, ein immerwährender Konsens aller Parteien. Politische Konstellationen wie die Große Koalition führten jedoch zu einer „Debattenallergie“, die Populisten erst die Chance eröffneten, in der politischen Monotonie aufzufallen. Zur Skepsis gegenüber dem politischen System komme außerdem noch eine wachsende Medienverdrossenheit hinzu, die zu einer Flucht ins Internet und in die sozialen Medien führe. Dies sei auch Resultat unserer Stigmatisierungskultur, in der viele das Gefühl hätten, nicht sagen zu dürfen, was sie eigentlich denken.

Insgesamt, so waren sich die Diskutanten einig, müsse man den Menschen jedoch wieder mehr zuhören. Rex Tillerson habe den Wahlerfolg von Donald Trump einst mit dem kurzen Satz „Can you hear me now?“ erklärt; diesen gelte es auch unter Einbezug der Wahlerfolge der AfD künftig ernster zu nehmen. Wie dies gelingen kann, wird nicht zuletzt auch die Bonner Akademie in den kommenden drei Jahren im Rahmen des Projektes. ■



*Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, übernahm die Begrüßung des Abends*

## DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „RECHTE VOR GERICHT – EINE BILANZ DES NSU-PROZESSES“ AM 25. JUNI 2018

Zum Thema „Rechte vor Gericht – Eine Bilanz des NSU-Prozesses“ diskutierten Dr. Mehmet Daimagüler, Nebenklageanwalt im NSU-Prozess, Dr. Christos Katzidis, MdL und Kreisvorsitzender der CDU Bonn, Meral Sahin, Vorsitzende der IG Keupstraße Köln, und Prof. Dr. Benno Zabel, Strafrechtler an der Universität Bonn, am 25. Juni 2018 im Bonner Kirchenpavillon. Wilfried Pastors, Redakteur bei der BILD-Zeitung, übernahm die Moderation des Abends.



Der Blick aufs Podium: Dr. Christos Katzidis, Meral Sahin, Moderator Wilfried Pastor, Dr. Mehmet Daimagüler und Prof. Dr. Benno Zabel.

Auf die Relevanz des Prozesses verwies **Prof. Dr. Dieter Engels**, stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der BAPP, in seiner Begrüßung und Einführung. Ähnlich wie der Baader-Meinhoff-Prozess werde auch dieses Verfahren sich im kollektiven Gedächtnis der Menschen festsetzen. Der zunächst große personelle Fokus auf die Hauptangeklagte Beate Zschäpe habe vor allem zu Beginn des Prozesses jedoch das Leid der Opfer verdeckt, dies müsse spätestens nun – kurz vor Abschluss des Prozesses – stärker in den Vordergrund treten.

Die mangelnde Aufklärung im Rahmen des NSU-Prozesses kritisierte im Anschluss **Meral Sahin**. Die Untersuchungen hätten sich nur auf die drei Haupttäter konzentriert, obwohl eindeutig sei, dass dahinter ein größeres Netzwerk gestanden haben müsse. Auch ge-

sellschaftlich sei kein umfassender Wunsch nach Aufklärung zu spüren gewesen, hier hätten deutlich mehr Menschen entsprechende Fragen stellen müssen.

Inwieweit die juristische Realität mit den Erwartungen der Betroffenen kollidiere, erläuterte **Prof. Dr. Benno Zabel**. Ein Strafprozess könne nicht hauptverantwortlich eine gesellschaftliche Sensibilisierung erzeugen, sondern nur auf gesellschaftliche Impulse einwirken. Demnach müsse man zwischen zwei Fragestellungen unterscheiden: Wie gehen wir auf der einen Seite mit dem Rassismus und dem grauenhaften Hintergrund um und welche juristischen Möglichkeiten haben wir auf der anderen Seite? Dieses Dilemma entstehe vor allem im Rahmen politischer Prozesse wie dem NSU-Verfahren.

**Dr. Mehmet Daimagüler** kritisierte ebenfalls die starre Verfahrensführung, die über Fragen von Schuld und Unschuld nicht hinausgegangen sei und nicht einmal versucht habe, die dahinterstehenden Strukturen und Netzwerke näher zu beleuchten. Zu denken, dass mit dem Tod von zwei Mitgliedern auch der NSU zerstört sei, sei naiv. Der institutionelle Rassismus, der sich auch schon während der polizeilichen Ermittlungen deutlich gezeigt habe, hätte das Vertrauen der Betroffenen in den Staat letztendlich vollkommen zerstört. Nicht zuletzt deshalb dürfe die Suche nach der Wahrheit nicht mit dem Urteilsspruch enden.

**Dr. Christos Katzidis**, der vor seiner politischen Karriere langjährig als Polizeirat tätig war, zeigte sich fassungslos gegenüber den polizeilichen Ermittlungen, auch diese müssten eigentlich strafrechtlich verfolgt werden. Zudem gebe es intern einige Möglichkeiten,

etwa für Rassismus und ‚Racial Profiling‘ zu sensibilisieren. Doch nicht nur die Polizei müsse ihre Methoden hinterfragen, gleiches gelte auch für die Politik. Vor allem gehe es darum, bestehende Befugnisse zu ändern, um zukünftig besser aufklären zu können. Ähnliche Ermittlungsfehler hätten auch im ‚Fall Anis Amri‘ stattgefunden und dürften sich nicht noch ein weiteres Mal wiederholen.

Insgesamt, so waren sich die Diskutanten einig, sei der Prozess hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Umso wichtiger sei es, was man nach dem offiziellen Abschluss daraus mache. Dies betreffe vor allen Dingen auch die Frage der V-Leute, deren Rolle im gesamten Komplex an vielen Stellen zweifelhaft bleibe. Vor allem die politische Kontrolle der V-Leute müsse zukünftig deutlich verbessert werden, wenn man das System nicht insgesamt in Frage stellen wolle. ■



*Prof. Dr. Benno Zabel, Professor für Strafrecht an der Universität Bonn, ordnete den Prozess juristisch ein.*



*Meral Sahin, Vorsitzende der IG Keupstraße Köln, verwies auf zahlreiche Fragen, die auch nach Abschluss des Prozesses weiterhin offen bleiben.*



*Dr. Christos Katzidis, MdL und Kreisvorsitzender der CDU Bonn, stellte Parallelen zu den Behörden- und Ermittlungsfehlern im Fall Anis Amri her.*



*Dr. Mehmet Daimagüler, Anwalt der Nebenklage im NSU-Prozess, hielt fest dass die Aufklärung des gesamten Komplexes mit Prozessende nicht abgeschlossen sein dürfe.*

## TOWNHALL MIT OBERBÜRGERMEISTER THOMAS KUFEN AM 19. NOVEMBER 2018 IN ESSEN

Am 19. November 2018 diskutierte Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, im Rahmen eines offenen Bürgergesprächs mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Unperfekthaus in Essen. Dr. Alexander Marinos, stellvertretender Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), übernahm die Moderation des Abends.

In seiner Begrüßung mahnte **Prof. Bodo Hombach**, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger offenbar nicht mehr abgeholt und mitgenommen fühlen würden. Dabei verwies er auf den Präsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Schäuble der jüngst im Deutschlandfunk sagte, dass der Bürger noch nie so viele Möglichkeiten gehabt hätte, sich Gehör zu verschaffen wie heute. Und dennoch, so Prof. Hombach, scheinen die Bürger zu wenige oder falsche Antworten auf ihre Fragen zu bekommen – so zumindest ihr Gefühl.

Nach einigen einleitenden Fragen des Moderators **Dr. Alexander Marinos** hatten die Essener Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit sich mit Ihren Anliegen direkt an den Essener Oberbürgermeister zu wenden und zu formulieren, an welchen Stellen sie sich dringenden Unterstützungsbedarf durch die Kommune wünschen. Thematisch unterlag die Veranstaltung nicht zuletzt auch deshalb keinerlei Einschränkungen. Prägnantestes Thema des Abends war in jedem Fall das erst jüngst gerichtlich angeordnete Dieselfahrverbot für Teile der A40, die direkt durch Essen führt.



*Rund 150 Menschen nutzten die Gelegenheit zur Townhall ins Essener Unperfekthaus zu kommen.*

Wie das Verbot in der Praxis umgesetzt werden soll, war eine Frage, die die über 150 anwesenden Gästen beschäftigte. **Oberbürgermeister Kufen** verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die Pläne natürlich eingehalten werden müssen, das Ganze müsse gleichzeitig aber auch realistisch und umsetzbar bleiben. Die Frage des „Wie“ sei weiterhin nicht geklärt. Daran anschließend erläuterte der ebenfalls anwesende Essener Polizeipräsident, dass das Verbot die Polizeiarbeit in Essen ernsthaft bedrohe. Ein Großteil der Einsatzfahrzeuge der Polizei Essen seien eben jene Diesel-Autos, die nun verbannt werden sollen. Somit wäre es nach Inkrafttreten des Verbots gar nicht möglich für die Polizei, überhaupt auszurücken. **Frank Richter** bezeichnete es gar als einen „realen Wahnsinn“, während der deutlich schmutzigere Schiffsverkehr gar nicht ins Visier gerate.

Neben dem Diesel-Verbot wurden noch weitere Themen und Fragen der Bürger diskutiert: Beim Thema Sicherheit unterstrich der Polizeipräsident Richter, dass Essen die viertsicherste Großstadt Deutschlands sei, die Beamten aber die Sorgen und Ängste der Bürger dennoch sehr ernst nehmen würden. Ganz konkret wurde beim Thema Sicherheit eine Bürgerin aus Essen-Steele: Sie verwies auf die Gründung einer Bürgerwehr, die Anwohner und Bürger in Angst versetzten würde und machte deutlich, dass sie nicht von ihnen, sondern vor ihnen beschützt werden möchte. Der Oberbürgermeister betonte entschlossen, dass es sich hierbei auch um Hooligans und Gewalttouristen aus Nachbarstädten handeln würde, die Polizei sich bereits darum kümmere und keine Toleranz für solche Aktionen aufbrächte. Von ziviler Seite versicherte Kufen bereits neue Mittel und eine bessere Ausbildung für die Ordnungsämter und deren Angestellte, um für mehr Präsenz vor Ort sorgen zu können.

Neben greifbaren Problemen in den Stadtteilen hakten die Bürger auch beim Thema Integration nach. Dabei spielte ganz konkret die Frage, was Integration bedeutet und wer überhaupt wohin integriert werden soll, eine entscheidende Rolle. Ohne auszuweichen, erklärte Thomas Kufen, dass für ihn eine vernünftige Mischung

der Bevölkerung wichtig und förderungswert sei. Dabei seien Prävention, Förderung und Bildungschancen von essentieller Bedeutung bei dem Thema. Darüber hinaus, so Kufen, bewege sich bereits etwas. Stadtteile, die früher als verschrien galten, seien heute deutlich besser in ihrer Lebensqualität. Insgesamt sei Integration aber ein Prozess, der nie aufhört. Die Stadt Essen arbeite bereits seit Jahrzehnten daran und fördere durch die Unterstützung zahlreicher Projekte ein funktionierendes Miteinander. Bei der Integration von Geflüchteten sei es wichtig, Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen und Menschen von Beginn an zu begleiten, um ihnen einen Einstieg in die Gesellschaft zu erleichtern.

Zum Ende des Bürgergesprächs wurde auch über das städteübergreifende Thema „Wohnen“ gesprochen. Viele Bürger beklagten sich in ihren Redebeiträgen darüber, dass die Stadt ihre Grundstücke an private Investoren veräußern würde, anstatt eigenen sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Dabei, so lautete häufig der Vorwurf, ginge es der Verwaltung nur um den Profit. Dem widersprach der Oberbürgermeister erklärend. So würde kein „ständiger Verkauf“ stattfinden. Die Gebäude, die von der Stadt veräußert wurden, sei-

en häufig renovierungsbedürftig und nicht mehr mit einem vernünftigen Haushalt zu verwalten. Auch dem Vorwurf des Verkaufs an sogenannte „Heuschrecken“ widersprach der Oberbürgermeister: Teilweise habe die Veräußerung gar Arbeitsplätze in Essen gerettet. Bezahlbarer Wohnungsraum sei ein wichtiges Thema in der Stadt und ein langfristiges Ziel, so Kufen.

Ziel der Veranstaltung war die konkrete Förderung aktiver Mitbestimmung und Teilhabe der Essener Bürgerinnen und Bürger. Darauf zielt u.a. auch das Forschungsprojekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft ab“, dass die Gründe für die wachsende Unzufriedenheit und zunehmende Entfremdung breiter Gesellschaftsschichten von etablierten politischen und gesellschaftlichen Institutionen untersucht. Ziel ist es, dabei nicht nur das Verständnis für die Unzufriedenheit einer wachsenden Zahl von Menschen zu verbessern, sondern auch auf Grundlage einer fundierten Analyse der Situation im Ruhrgebiet greifbare Ansätze zur Re-Integration der ‚abgehängten‘ Bevölkerungsgruppen in das politische und gesellschaftliche Leben sowie konkrete Bildungsangebote – speziell für junge und alte Menschen – zu entwickeln und umzusetzen. ■



*Thomas Kufen (l.), Oberbürgermeister der Stadt Essen, und Dr. Alexander Marinos (r.), stellvertretender Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), nahmen die Fragen aus dem Publikum auf.*



*Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, dem Oberbürgermeister ihre Fragen zu stellen.*



*Der Essener Polizeipräsident Frank Richter war ebenfalls anwesend und stellte sich den Fragen der Anwesenden.*



*Der Oberbürgermeister nahm die Fragen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst.*

## PODIUMSDISKUSSION „WAS IST HEIMAT? ZUR POLITISCHEN WIRKUNGSMACHT EINER FAST VERGESSENEN KATEGORIE“ AM 29. NOVEMBER 2018 IN BERLIN

Am 29. November 2018 veranstaltete die Bonner Akademie in Kooperation mit der Brost-Stiftung und der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin eine Podiumsdiskussion zum Thema „Was ist Heimat? Zur politischen Wirkungsmacht einer fast vergessenen Kategorie“. Auf dem Podium diskutierte Alexander Schweitzer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, gemeinsam mit den beiden Autoren Alexander Schimmelbusch („Hochdeutschland“) und Lucas Vogelsang („Heimaterde. Eine Weltreise durch Deutschland“) den aktuell kontroversen Begriff der Heimat. Der Journalist und Moderator Louis Klamroth führte durch den Abend.



*Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, verweist in seiner Einführung auf die wachsende Bedeutung von Regionalität.*

In seinen einführenden Worten verwies **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, auf ein wachsendes Bewusstsein für Regionalität. Die erstarkte Heimat-Debatte beleuchtete die Sehnsucht nach einem Rückzugsort in einem durch Digitalisierung und Globalisierung beschleunigten Zeitalter. Darüber hinaus legte er die historische Belastung des Begriffes dar. Auch aus diesem Grunde dürfe man die Definitionsmacht nicht an spaltende Kräfte abgeben: „Ich finde es ehrenwert, dass Volksparteien ihnen dieses Wort nicht überlassen wollen.“, so Prof. Hombach.

Zu Beginn der Diskussionsrunde richtete der Moderator **Louis Klamroth** den Blick auf die im Vorjahr vollzogene Erweiterung des Innenministeriums durch das Ressort Heimat. Die Frage, ob man dem Bundesinnenminister Horst Seehofer für diese Initiierung dankbar sein müsse, verneinte **Alexander Schweitzer** in diesem Zusammenhang, da sich der Heimatbegriff nach seiner Auffassung nicht politisch definieren lasse. **Lucas Vogelsang** stimmte diesem Standpunkt zu. „Seehofer reitet Rodeo auf einem Pferd, das er nicht zähmen kann.“, so der Autor, der anhand dieser Aus-



*Alexander Schweitzer, MdL und Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion des Landes Rheinland-Pfalz und Lucas Vogelsang, Autor und Journalist.*



*Alexander Schimmelbusch, Autor und Journalist.*



*Monika Fuhr, ständige Vertreterin des Bevollmächtigten in Berlin, begrüße die Gäste in den Räumlichkeiten der Landesvertretung*



*Der Blick aufs Podium: Alexander Schimmelbusch, Louis Klamroth, Alexander Schweitzer, Lucas Vogelsang*

sage die explosive Wirkungsmacht der Diskussion rund um die vielfältige Auffassung von „Heimat“ veranschaulichte.

**Alexander Schimmelbusch** ging auf die Problematik des Heimatverlustes ein, dem er eine ökonomische Ursache beimaß. Nicht Zuwanderung stelle die primäre Gefährdung des Heimatgefühles dar, wie häufig von Rechtspopulisten statuiert, sondern Vermögensabbau. Alexander Schweitzer stimmte dem zu und betonte zudem die beschwerlichen Lebensbedingungen in strukturschwachen ländlichen Regionen. Als Beispiele nannte er die Schließung zahlreicher Geschäfte und den Mangel einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung. Städte hingegen stünden vor dem drängenden Problem der Wohnungsknappheit, fügte Schimmelbusch ergänzend hinzu.

Darüber hinaus betonte er, dass die aufgezeigten Herausforderungen das gesellschaftliche Zugehörigkeitsgefühl breiter Bevölkerungsschichten bedrohten. Dies könne zu einer empfundenen Ausgrenzung führen. Wie eine Person die eigene, individuelle Position in der Gesellschaft wahrnimmt – ob sie sich dieser zugehörig oder von ihr abgehängt fühlt – ist laut Lucas Vogelsang untrennbar mit dem täglich erlebten Umfeld verknüpft. „Heimat ist da, wo Dir Dein Umfeld nicht egal ist.“, so Vogelsang, der somit ebenfalls dem kollektiven Gemeinschaftsgefühl eine bedeutsame Rolle zusprach.

Die Frage nach der Ursache für das Wiederaufkommen der Heimatdebatte beantwortete Alexander Schweitzer mit der These, dass eine Demokratie eine gemeinschaftsstiftende Identität benötige. Die Diskussion über die Definition des Heimatbegriffes dürfe allerdings nicht ausgrenzen, sondern müsse offen gehalten werden. Dem zustimmend merkte Alexander Schimmelbusch an, dass Heimat aktuell noch viel zu schmal definiert werde. Lucas Vogelsang erkannte in der aktuellen Debatte ein rhetorisches Tänzeln um die Frage, was eigentlich „deutsch“ sei.

Auf dem Podium herrschte Einigkeit darüber, dass Heimat eine Kategorie darstellt, die sich – nicht zuletzt aufgrund der starken persönlichen Aufladung – einer feststehenden Definition entzieht. Passend dazu bezog Lucas Vogelsang im Schlusswort der Diskussion das berühmte Berlin-Zitat Karl Schefflers auf den Heimat-Begriff: Dieser sei, wie auch die schnelllebige Hauptstadt, „dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein.“ ■

## WORKSHOP VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT – AKZEPTANZ, PARTIZIPATION UND BILDUNG

Am 7. Dezember 2018 begrüßte Prof. Dr. Jörg Blasius vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in Vertretung für Projektleiter Prof. Dr. Volker Kronenberg rund 30 Gäste zu einem Expertenworkshop im Rahmen des Forschungsprojektes „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“.



Die Teilnehmer des Workshops „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Akzeptanz, Partizipation und Bildung“ am 7. Dezember 2018.



Prof. Dr. Jörg Blasius, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

**Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner**, Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI), nahm in seinem Impulsvortrag eine Problematisierung der Begriffspaare „Integration“ und „Mehrheitsgesellschaft“ aus kultursoziologischer Perspektive vor. Eine „Mehrheitsgesellschaft“ oder eine gesellschaftliche „Mitte“, die einen homogenen Norm- und Wertbestand vertrete, sei schon seit dem 19. Jahrhundert einer pluralistischen Gesellschaftsform gewichen. Es gehe darum, soziale Integration in ihren pluralistischen Gesellschaften zu organisieren, indem man das Individuum etwa durch politische Bildung für die bundesdeutschen Verfassungsprinzipien der Freiheitlichkeit, der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und der Sozialstaatlichkeit „zurück“ gewinne.

**Tim Achtermeyer**, Ratsherr der Stadt Bonn und ehemaliger Landessprecher der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen, betonte in seinem Impulsvortrag wiederum einen anderen Lösungsansatz: Statt in der politischen Bildung sehe er im Sozialstaat die

zentrale Stellschraube gegen gesellschaftliche Spaltungslinien, deren Ausprägungen er links wie rechts im parteipolitischen Spektrum – aber auf beiden Seiten mit der gleichen „Antwort“ einer Abschottung gegenüber dem Globalisierungs- und Modernisierungsdruck der Gegenwart – beobachte.

**Anne Knauf**, Leiterin der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft des DGB Nordrhein-Westfalen, knüpfte in ihrem Impuls aus gewerkschaftliche Perspektive an die Funktion sozialer Teilhabe für gesellschaftliche Integration an. Das Ruhrgebiet sei diesbezüglich ein „Brennglas“ für Probleme, die es vielfach in der Republik gäbe, wie zum Beispiel Langzeitarbeitslosigkeit. Im aktuellen Grundsicherungssystem sieht sie auch eine Ursache für die eingangs identifizierte soziale Desintegration: „Als ‚Hartz IV‘ diskutiert wurde, konnte man sich nicht vorstellen, was die damals bereits befürchtete Entsolidarisierung der Gesellschaft bedeuten würde. Heute sehen wir es.“ Daher brauche es neue Modelle und vor allem gute, tarifliche Arbeit.

Denn wohlgleich der individuelle Wert der Arbeit zwar über reinen Lohnerwerb hinausgehe, schütze gute Arbeit vor einem individuellen Kontrollverlust, vor einem Gefühl der Unsicherheit und des „Ausgeliefertseins“ gegenüber aktuellen Globalisierungs- und Modernisierungsprozesse. Die Begegnung am Arbeitsplatz könnte darüber hinaus auch einen Beitrag dazu leisten, der Entfremdung gesellschaftlicher Gruppen entgegenzuwirken und „Filterblasen“ zu durchbrechen.

Die Notwendigkeit solcher „sozialen Plattformen“ für die gesellschaftliche Integration kristallisierte sich im Referat von **Bedia Torun** von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Gelsenkirchen und in der von Projektmitarbeiter **Marco Jelic** geleiteten Diskussion und Aussprache

heraus. Frau Torun stellte in ihrem Vortrag verschiedene Quartiersprojekte der AWO im Ruhrgebiet vor, die allen soziokulturellen Milieus – migrantisch, deutsch, jung und alt – eine organisierte Form des „Miteinanders“ bieten würden. **Prof. Dr. Frank Decker**, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, hob in seinem Schlusswort zum Workshop diesbezüglich die kommunale Ebene hervor, die aus politikwissenschaftlicher Perspektive ein oft stiefmütterlich behandeltes, für die soziale Integration von Gesellschaften jedoch besonders interessantes Beschäftigungsfeld sei. Hier Lösungen zu finden, für die soziale Frage wie auch für die Akzeptanz von Migration, helfe auch dem parteipolitischen Rechtsruck entgegenzuwirken und den Zusammenhalt zu stärken. ■



*Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, Vorstandsmitglied am Kulturwissenschaftliches Institut Essen*



*Tim Achtermeyer, Ratsherr der Stadt Bonn Bündnis90/Die Grünen*



*Anne Knauf, Leiterin der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft des DGB Nordrhein-Westfalen*



*Bedia Torun von der Arbeiterwohlfahrt Gelsenkirchen*

## WER HÄLT DAS LAND ZUSAMMEN? – REPRÄSENTATION UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN AM 22. MÄRZ 2019 IM „JAHRHUNDERTHAUS“ IN BOCHUM

„Wer hält das Land zusammen?“ lautete die zentrale Fragestellung, mit der sich eine prominent besetzte Podiumsdiskussion der Bonner Akademie und der Brost-Stiftung am 22. März 2019 im Bochumer „Jahrhunderthaus“ befasste. Über „Repräsentation und gesellschaftliche Teilhabe“ – die im Besonderen im Ruhrgebiet, aber auch in Gesamtdeutschland – „vor neuen Herausforderungen“ steht, diskutierten Oliver Wittke, MdB (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sebastian Hartmann, MdB, Vorsitzender der NRWSPD, die Vorsitzende des DGB NRW, Anja Weber sowie der renommierte Demoskop Manfred Güllner, Direktor des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Durch die Abendveranstaltung führte Moritz Kupper – als NRW-Korrespondent des Deutschlandfunks.



*Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bonner Akademie, begrüßt die Diskutanten und Gäste.*

**Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Projektleiter des Forschungsprojekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft“, betonte in seinen einführenden Worten die stabilisierende, integrative Wirkung von Volksparteien und Gewerkschaften. „Was Volksparteien wie Gewerkschaften bisher immer ausgezeichnet hat, ist ihre Fähigkeit, verschiedene soziodemographische Spektren zusammenzuführen, deren partikulare Interessen zu bündeln, zu destillieren und in praktische Politik für die Mehrheitsgesellschaft zu transformieren.“ Aufgrund vielfältiger gesellschaftlicher, politischer und kultureller Wandlungsprozesse, sinkender Zustimmungswerte und Mitgliederzahlen stünden diese gesellschaftsverbindenden Institutionen heute jedoch vor großen strukturellen Herausforderungen: „Insbesondere im Ruhrgebiet, wo die sozialen Abstiegsgängste im Zuge des Strukturwandels besonders groß sind und zugleich ein hoher Anteil von Migranten lebt, ist die Gefahr, dass ein relevanter Teil der Gesellschaft sich ausgeschlossen fühlt, besonders groß.“

Gleich zu Beginn der Podiumsdiskussion bekannte sich **Oliver Wittke, MdB** unmissverständlich zur bundesrepublikanischen Parteiendemokratie und zum

spezifischen Typus der Volksparteien. Sie seien in einer pluralistischen Gesellschaft zur notwendigen Bündelung einer Vielzahl unterschiedlicher Meinungen und zum Ausgleich verschiedener Interessen unerlässlich und hätten sich in der Vergangenheit dabei bewährt: So bestehe heute weitestgehend ein nicht nur parteiübergreifender, sondern auch gesamtgesellschaftlicher Konsens über die freiheitlich-demokratische Grundordnung, über die Soziale Marktwirtschaft als ökonomisches Modell und nicht zuletzt über die feste Verankerung im europäischen Einigungsprojekt. Kritisch sah Wittke jedoch den gesellschaftlichen Megatrend der Individualisierung, den er in einem immer stärker zunehmenden Maße auszumachen glaubt.

Die positive Bewertung der Parteiendemokratie durch seinen christdemokratischen Abgeordnetenkollegen aus dem Deutschen Bundestag bekräftigte **Sebastian Hartmann, MdB** zwar durchaus – dem Auseinanderdriften der „Mehrheitsgesellschaft“ in eine zunehmende partikulärer werdende „Minderheitengesellschaft“ dürfe jedoch nicht begegnet werden, indem man etwa postmaterialistischen Fragestellungen die politische Relevanz abspreche. Vielmehr, so Hartmann, solle „die Antwort auf Individualisierung nicht noch mehr Individualität, sondern Solidarität sein.“ Mit Blick auf die Digitalisierung formulierte er den Anspruch, dass aus diesem technologischen Fortschritt auch sozialer Fortschritt folgen müssen – sonst spalte sich auch hier die Mehrheitsgesellschaft einmal mehr in vermeintliche „Gewinner“ und „Verlierer“ eines unaufhaltsamen Megatrends unserer Zeit. Darüber hinaus zeige aber die – etwa in Bezug auf die Vermögensverteilung – vielfach attestierte soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik, dass es auch an der Zeit sei, die verteilungspolitische Frage neu zu stellen.

Aus gewerkschaftlicher Perspektive stimmte **Anja Weber**, DGB-Vorsitzende Nordrhein-Westfalens, in den Kanon ihrer Mitdiskutanten ein, die in den Prozessen der Globalisierung und der Individualisierung die gesellschaftlichen Fliehkräfte ursächlich verorten. Das Land zusammenzuhalten, sei immer auch die Aufgabe von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gewesen, so Weber. Mit den neuen Herausforderungen, denen sich auch die organisierte Arbeitnehmerschaft gegenüber sieht, sei es jedoch an der Zeit, auch die Kommunen finanziell besser auszustatten, um sie vor Ort handlungsfähiger zu machen, und die politische Bildung an den Schulen zu forcieren, um ein Bewusstsein für die Komplexität politischer und ökonomischer Prozesse im Zeitalter der Globalisierung zu vermitteln. In diesem Kontext essentiell für die Gewerkschaften seien vor allem die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen: „Es geht darum, Mitbestimmung und Tarifbindung zu stärken – so schafft man Gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt.“

**Prof. Manfred Güllner**, der die lebhafteste Diskussion unter den Podiumsteilnehmern fortwährend mit Zahlen aus der demoskopischen Forschung untermauerte, attestierte zumindest mit Blick auf die beiden Volksparteien einen handfesten Vertrauensverlust in der Bevölkerung und einen damit ebenfalls einhergehenden Verlust an gesellschaftlicher Bindekraft, der bereits weit vor die in diesem Zusammenhang oftmals in Spiel gebrachte Etablierung der AfD zurückreiche. Grund dafür sei vielmehr eine Entfernung der Politik von den Bürgerinnen und Bürgern sowie eine wahrgenommene Fokussierung der politischen Themenagenda auf gesellschaftliche Minderheiten, denn auf die Anliegen der Mehrheit der arbeitenden Menschen. Dieser Vertrauensverlust sei gerade im Ruhrgebiet besonders signifikant: Während bundesweit 51 Prozent der Bürgerinnen und Bürger etwa ihrem Bürgermeister – der meist als am unmittelbarsten wahrgenommene Repräsentant des politischen Systems – Vertrauen schenken, gilt dies hier nur für 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger.

Die zuvor vieldiskutierten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse sind für Güllner letztlich Ausdruck eines steten sozialen Wandels, der schon immer existiert habe – und wie immer sei es aber auch jetzt entscheidend, wie die Politik darauf reagiere. Gleiches gelte für die AfD: Ein für rechtspopulistisches bis rechtsradikales Gedankengut empfängliches und prinzipiell parteiförmig abrufbares Potenzial habe es in der deutschen Bevölkerung schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges gegeben. ■



*Der Blick aufs Podium: Sebastian Hartmann, Olivier Wittke, Prof. Manfred Güllner, Anja Weber und Moderator Moritz Küpper (v.l.n.r.)*



*Olivier Wittke (r.), MdB und Staatssekretär am Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Sebastian Hartmann (l.), MdB und Vorsitzender der SPD NRW*



*Prof. Manfred Güllner, Geschäftsführer des forsa-Instituts und Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW*



*Sebastian Hartmann (l.), MdB und Vorsitzender der SPD NRW und Olivier Wittke (r.), MdB und Staatssekretär am Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*

Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Vizekanzler Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Matthias Döpfner sowie Bundespräsident a.D. Christian Wulff und Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)



[www.facebook.com/bapp.bonn](https://www.facebook.com/bapp.bonn)



[www.twitter.com/BonnerAkademie](https://www.twitter.com/BonnerAkademie)





Brost  
Stiftung

**BA PP**  
BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK